



Stenografischer Bericht

113. Sitzung

Dienstag, 3. November 2020,

Magdeburg, Landtagsgebäude

Inhalt:

Eröffnung	3	Erste Beratung	
Oliver Kirchner (AfD)	4	b) Stärkung der Rechte des Parlaments und verantwortungsvolles Handeln während der Covid-19-Pandemie	
Siegfried Borgwardt (CDU).....	4	Antrag Fraktion DIE LINKE - Drs. 7/6786	
Tagesordnungspunkt 1		c) Sachsen-Anhalt in der zweiten Coronawelle - solidarischer Schutz und zielgenaue Maßnahmen	
a) Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Herrn Dr. Reiner Haseloff zum Thema: „Stand der SARS-CoV-2-Pandemie und die zu ihrer Bekämpfung notwendigen Maßnahmen“		Antrag Fraktion DIE LINKE - Drs. 7/6787	
Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident)	5	Alternativantrag Fraktion AfD - Drs. 7/6798	
Dorothea Frederking (GRÜNE)	14	Eva von Angern (DIE LINKE)	25
Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident)	14	Dr. Andreas Schmidt (SPD).....	29
Daniel Roi (AfD).....	16	Eva von Angern (DIE LINKE)	30
Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident)	16	Oliver Kirchner (AfD).....	30
Matthias Lieschke (AfD)	21		
Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident)	21		
Wulf Gallert (DIE LINKE)	23		
Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident)	24		

Sebastian Striegel (GRÜNE)	34
Oliver Kirchner (AfD).....	34
Eva von Angern (DIE LINKE)	35
Oliver Kirchner (AfD).....	35
Dr. Katja Pähle (SPD).....	35
Cornelia Lüddemann (GRÜNE)	43
Jens Diederichs (fraktionslos).....	46
André Poggenburg (fraktionslos)	47
Siegfried Borgwardt (CDU)	48
Dr. Katja Pähle (SPD).....	55
Abstimmung zu a	56
Abstimmung zu b	56

Tagesordnungspunkt 2

Aktuelle Debatte

Stopp dem Coronakrisenmodus - Einbindung des Parlaments um- gehend gewährleisten

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/6795**

Robert Farle (AfD)	57
--------------------------	----

Tagesordnungspunkt 3

Zweite Beratung

Entwurf eines Gesetzes über die Auflösung der Personenzusam- menschlüsse alten Rechts in Sach- sen-Anhalt

Gesetzentwurf Landesregierung - **Drs.
7/4653**

Beschlussempfehlung Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Fors- ten - **Drs. 7/6754**

(Erste Beratung in der 78. Sitzung des
Landtages am 29.08.2019)

Jürgen Barth (Berichterstatter).....	60
Hannes Loth (AfD)	62
Guido Heuer (CDU)	63
Hannes Loth (AfD)	63
Siegfried Borgwardt (CDU)	64
Hannes Loth (AfD)	64
Abstimmung	64

Tagesordnungspunkt 4

Beratung

Erster Zwischenbericht der En- quete-Kommission „Linksextre- mismus in Sachsen-Anhalt“

Bericht Enquete-Kommission „Links-
extremismus in Sachsen-Anhalt“ -
Drs. 7/6669

Hagen Kohl (Berichterstatter)	65
Dr. Falko Grube (SPD).....	65
Henriette Quade (DIE LINKE).....	66
Sebastian Striegel (GRÜNE)	67
Dietmar Krause (CDU).....	68
Hagen Kohl (AfD).....	68
Dietmar Krause (CDU).....	68
Daniel Roi (AfD)	69

Schlussbemerkungen	70
---------------------------------	----

Beginn: 15:01 Uhr.

Eröffnung

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sehr geehrte Damen und Herren! Hiermit eröffne ich die 113. Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt der siebenten Wahlperiode und begrüße Sie alle auf das Herzlichste.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! In Magdeburg, in der Hauptstadtregion und in ganz Sachsen-Anhalt

(Unruhe)

- ich bitte um Einstellung der Gespräche - danke - steigt die Zahl der Infektionen mit dem Coronavirus inzwischen mit exponentieller Dynamik an.

Auf der Grundlage einer am 28. Oktober 2020 zwischen der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder erzielten Vereinbarung hat die Landesregierung am 29. Oktober 2020 im Interesse des Aufhaltens des Infektionsgeschehens und zur Vermeidung einer akuten nationalen gesundheitlichen Notlage Maßnahmen beschlossen, die eine erhebliche Reduzierung der Kontakte in der Bevölkerung bewirken sollen. Dieser allgemeinen gesellschaftspolitischen Zielstellung muss sich auch der Landtag von Sachsen-Anhalt stellen.

(Zuruf: Deswegen durchgesetzt!)

Ich habe deshalb auf Empfehlung des Stabes der Landtagsverwaltung und nach Erörterung in der gestrigen Sitzung des Ältestenrates folgende Entscheidungen getroffen: Mit einer Allgemeinverfügung habe ich im Landtagsgebäude eine weitreichende Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung in Kraft gesetzt. Ich weise ergänzend darauf hin,

(Zuruf)

dass der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg gestern auch für die Stadt Magdeburg eine weitreichende Maskenpflicht verfügt hat.

(Unruhe)

Ich habe die Vorsitzenden der Ausschüsse schriftlich mit Nachdruck aufgefordert,

(Unruhe)

das Ausschussberatungsgeschehen, das inzwischen wieder Normalniveau erreicht hatte, unbedingt an die veränderte Lage anzupassen.

Ich habe die Fraktionen schriftlich aufgefordert, ihr Beratungs- und Veranstaltungsgeschehen an die veränderte Lage anzupassen.

In der Landtagsverwaltung werden ab morgen alle Beschäftigten, deren dienstliche Leistungen auch in Teleheimarbeit erbracht werden können, in Teleheimarbeit versetzt, sofern dem nicht dienstliche Gründe entgegenstehen.

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie mit Nachdruck, die allen bekannten Hygieneregeln auch hier im Plenarsaal einzuhalten. Das bedeutet konkret, dass ich Sie bitte, hier im Saal zumindest dann die Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen, wenn Sie sich von Ihrem Platz durch den Saal zu einem Saalmikrofon oder zum Rednerpult oder zu einem der Ausgänge bewegen. Gleiches gilt, wenn Gespräche mit anderen Kolleginnen und Kollegen geführt werden. Das gilt für das gesamte Landtagsgebäude.

Sie können in den Beratungen - auch hier im Saal - Ihre Maske ablegen, wenn ein Mindestabstand zu anderen Personen von mindestens eineinhalb Metern eingehalten wird oder eine geeignete Abtrennung zu anderen Plätzen vorhanden ist. Ich hoffe, dass wir in der nächsten Sitzung des Plenums diese Abtrennungen im Saal verfügbar haben.

(Zustimmung - Unruhe)

Sie können die Maske am Rednerpult abnehmen.

Indem Sie die Regelungen einhalten, helfen Sie mit, dieses Haus arbeitsfähig zu halten und Ihre wie die Gesundheit aller Kolleginnen sowie unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schützen. Und: Sie nehmen dadurch Ihre Vorbildfunktion verantwortungsbewusst wahr.

(Unruhe)

Ich bitte vor allem jene im Haus, die kein Verständnis für diese Maßnahmen aufbringen können oder wollen, verantwortungsbewusst mitzutun. Zweifel an den Maßnahmen sind das eine, die Befolgung der Regelungen ist das andere.

(Beifall)

Politische Auseinandersetzungen über die Maßnahmen werden wir hier durch Rede und Gegenrede austragen und, falls erforderlich, demokratisch mit Mehrheit entscheiden. Politische Schlachten, meine sehr geehrten Damen und Herren, sollen und müssen also nicht über das Tragen oder Nichttragen der Maske geschlagen werden.

Einen Hinweis möchte ich hier für unseren Plenarsaal noch geben. Sie alle haben vom Landtag zur Verfügung gestellte Masken auf Ihren Plätzen liegen. Bitte - wie schon in der ersten Sitzung gesagt - nutzen Sie die weißen Masken, die dort liegen, und nehmen nicht Ihre farblich gestalteten Masken, die Sie gern auf den Fluren

des Gebäudes tragen können. Hier im Plenarsaal bitte die weißen Masken nehmen.

Ich bitte Sie nochmals oder fordere Sie auf: Seien Sie bitte diszipliniert! Ich danke Ihnen, wenn Sie dieses befolgen.

(Unruhe)

Sehr geehrte Damen und Herren! Anlass der heutigen außerordentlichen Sitzung ist das Verlangen

(Unruhe)

- ja, das ist alles gut; ich freue mich doch, wenn Sie die Maske von meinem Platz nehmen; es freut mich, wenn Sie die aufsetzen -

(Heiterkeit und Zustimmung)

von 22 Abgeordneten und damit eines Viertels der Mitglieder des Landtages. Als Beratungsgegenstand wurde das von der Fraktion der AfD beantragte Thema für eine Aktuelle Debatte „Stopp dem Coronakrisenmodus - Einbindung des Parlaments umgehend gewährleisten“, in der Drs. 7/6795 vorliegend, benannt. Parallel verlangt die Landesregierung die Einberufung des Landtages zur Abgabe einer Regierungserklärung; die Unterrichtung liegt Ihnen in der Drs. 7/6778 vor.

Artikel 45 unserer Verfassung und § 55 Abs. 4 der Geschäftsordnung gibt mir in diesen Fällen auf, unverzüglich das Hohe Haus einzuberufen, um zumindest den angegebenen Gegenstand zu beraten. Dem bin ich gefolgt. Zusätzlich hat der Ältestenrat in seiner ebenfalls außerordentlichen gestrigen Sitzung weitere Gegenstände zur Beratung auf die Tagesordnung gesetzt.

Zur Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses. Ich stelle hiermit die Beschlussfähigkeit fest.

Entschuldigungen von Mitgliedern der Landesregierung liegen mir nicht vor.

Zur Tagesordnung. Sehr geehrte Damen und Herren! Die Tagesordnung für die heutige Sitzung des Landtages liegt Ihnen vor. Gibt es hierzu Ihrerseits Bemerkungen oder Anregungen? - Herr Kirchner, bitte.

Oliver Kirchner (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ich wollte, bevor wir jetzt die Tagesordnung beschließen, gern zu Folgendem aufrufen: Aufgrund der islamistischen Anschläge in unserem Nachbarland, aber auch in unserem Land und den zwei Enthauptungen in Paris und in einer anderen Stadt in Frankreich finde ich es angemessen, dass wir, weil wir hier Verantwortungsbewusstsein zeigen müssen - was wir auch mit den Masken tun sollen - und dies auch unseren Nachbarländern

schuldig sind, eine Schweigeminute abhalten. Diese möchte ich hiermit beantragen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sehr geehrter Herr Kirchner, wir können derartige Dinge gern tun. Ich bin immer gern dazu bereit, wenn Sie mich vor der Sitzung darüber informieren. Deswegen werde ich das an dieser Stelle nicht tun. Wir werden das an einer anderen Stelle sicherlich nachholen können, aber hier jetzt nicht. Ich bitte Sie: Wenn Sie das nächste Mal etwas haben, kommen Sie bitte vertrauensvoll zu mir und sagen mir das. Dann kann ich das vorbereiten.

(Zustimmung)

Sie möchten noch einen Nachsatz sagen. Bitte.

Oliver Kirchner (AfD):

Noch einen Satz dazu. Das hätte ich gern getan, aber da es erst gestern in der Nacht passiert ist, blieb mir nicht anderes übrig, als es jetzt hier zu machen. Wir hatten bis soeben Fraktionssitzung. Es ging nicht anders. - Vielen Dank.

(Unruhe)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sehr geehrter Herr Kirchner, auch wir hatten gestern Fraktionssitzung. Sie wissen, dass ich immer sehr früh im Hause bin. Sie hätten heute früh ganz bestimmt den Weg zu mir gefunden,

(Zurufe)

wenn Sie das gewollt hätten.

(Widerspruch - Unruhe)

Ich habe gemerkt, dass Sie es nicht wollen.

(Zurufe - Unruhe)

Ich sehe zur Tagesordnung eine Wortmeldung von Herrn Borgwardt.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Frau Präsidentin, wenn Sie gestatten: Wir könnten deren Anliegen durchaus nähertreten. Ich teile aber die Auffassung, dass wir das in einer regulären Sitzung machen. Dann geht das geordnet vonstatten und dann wissen es auch alle.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

So sehe ich das auch.

(Zustimmung - Unruhe)

Ich habe nur gesagt: In der heutigen Sitzung machen wir das nicht. - Wir werden es an anderer Stelle auf jeden Fall nachholen.

Ich sehe, es gibt keine Anmerkungen oder Änderungswünsche zur Tagesordnung. Damit können wir so verfahren.

Bevor wir aber in die heutige Tagesordnung einsteigen, möchte ich gern die Gelegenheit nutzen und das Mitglied des Europäischen Parlaments Herrn Sven Schulze recht herzlich im Hohen Hause, dem Landtag von Sachsen-Anhalt, begrüßen. Er wird - wie wir das derzeit handhaben - unten in unserem Besucherzentrum sitzen und die Plenarsitzung verfolgen. Er hatte ein Anliegen, hat er den Weg zu mir gefunden und hat mich das vorab wissen lassen. Deswegen an dieser Stelle: Herzlich willkommen im Hohen Hause!

(Beifall)

Wir steigen in die Tagesordnung ein.

Und zwar kommen wir zur Beratung zu

Tagesordnungspunkt 1

- a) **Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Herrn Dr. Reiner Haseloff zum Thema: „Stand der SARS-CoV-2-Pandemie und die zu ihrer Bekämpfung notwendigen Maßnahmen“**

Erste Beratung

- b) **Stärkung der Rechte des Parlaments und verantwortungsvolles Handeln während der Covid-19-Pandemie**

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/6786**

- c) **Sachsen-Anhalt in der zweiten Coronawelle - solidarischer Schutz und zielgenaue Maßnahmen**

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/6787**

Alternativantrag Fraktion AfD - **Drs. 7/6798**

Herr Ministerpräsident, ich bitte Sie, zum Rednerpult zu gehen. Dort dürfen Sie Ihre Maske absetzen. Sie haben das Wort, bitte.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Frau Präsidentin! Verehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Coronakrise betrifft nicht allein Deutschland, sie betrifft nicht allein Europa, die Coronakrise betrifft die ganze Welt. Und so, wie wir heute hier diskutieren, wird überall auf der Welt diskutiert. Die Maßnahmen, die wir im Kampf gegen das Virus verhängt haben, werden manchmal weniger einschneidend, manchmal drastischer auf der ganzen Welt verhängt.

Sachsen-Anhalt ist keine Insel der Glückseligen, die vom Coronavirus verschont bleibt; das muss uns allen bewusst sein. Gewiss: Lange haben wir es durch ein fein abgestimmtes Instrumentarium und eine gute Abstimmung zwischen Land und Kommunen geschafft, die Ausbreitung des Virus zu verzögern und zeitweise zurückzudrängen. Ich möchte allen Bürgerinnen und Bürgern in Sachsen-Anhalt danken, die dies durch ihr verantwortungsbewusstes Handeln ermöglicht haben.

(Beifall)

Doch nun steigen auch bei uns die Fallzahlen rapide, auch wenn wir immer noch besser dastehen als die meisten anderen Bundesländer. Selbst wenn die Lage bei uns noch nicht so zugespitzt ist wie in anderen Regionen Europas: Machen wir uns bitte nichts vor! Es hat keinen Sinn, jetzt in Vogel-Strauß-Manier den Kopf in den Sand zu stecken und die Existenz des Virus auszublenden. Das bringt das Virus nicht zum Verschwinden. Es ist jetzt auch nicht die Zeit für parteipolitische Ränkespiele, gegenseitige Schuldzuweisungen und Belehrungen.

(Unruhe)

Was die Menschen von uns erwarten, ist, dass wir handeln, dass wir Lösungen für den Weg aus der Krise finden. Die Menschen erwarten ebenso, dass dies schnell und fundiert geschieht.

(Zustimmung)

Schon jetzt ist offenkundig: Wenn wir jetzt nicht gehandelt hätten, würden wir auf den Intensivstationen bald chaotische Verhältnisse haben. Es würde noch viel mehr Tote geben und die Ärzteschaft müsste in einer Triage Menschen abweisen, die damit dem sicheren Tod geweiht wären.

Diese Schreckensdystopie, die in anderen Staaten bereits Realität ist, wollen und müssen wir gemeinsam verhindern. Dieser Aufgabe haben wir uns in Sachsen-Anhalt gestellt. Das haben auch die Regierungschefs der Länder in Abstimmung mit der Bundeskanzlerin in der letzten Woche getan.

Seit Beginn der Pandemie war der Landesregierung und mir dabei immer die Abstimmung mit dem Landtag von Sachsen-Anhalt wichtig. Ich habe mich an dieser Stelle seit Ende März bereits viermal an Sie gewandt, um Maßnahmen der Landesregierung zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie zu erläutern, um Ihre Fragen zu beantworten und Hinweise aus dem Parlament aufzunehmen. Angesichts der dramatischen Zuspitzung der Situation und aufgrund der Schwere der neuerlichen Eingriffe ist es der Landesregierung wichtig, nicht allein die sie tragenden Fraktionen, sondern die Gesamtheit dieses Hohen Hauses

über die Lage in Deutschland und im Speziellen in Sachsen-Anhalt zu informieren sowie die beschlossenen Maßnahmen Ihnen gegenüber zu erläutern.

Dass die Lage dramatisch ist, steht außer Zweifel. Wir beobachten in Sachsen-Anhalt, wie in Deutschland insgesamt, seit Anfang Oktober eine stetig zunehmende Anzahl an Neuinfizierten. Darüber hinaus ist zuletzt eine so auch von Experten nicht erwartete Beschleunigung der Verbreitung des Covid-19-Virus zu verzeichnen. In einem Zeitraum von wenigen Wochen hat sich in Sachsen-Anhalt die Zahl der Neuinfizierten je 100 000 Einwohner innerhalb von sieben Tagen mehr als verachtfacht und in den meisten anderen Ländern liegt der Wert noch bedeutend höher.

Wie in Deutschland insgesamt bereits seit geraumer Zeit können wir auch in unserem Land inzwischen etwa drei Viertel der Neuinfektionen nicht mehr eindeutig einem konkreten Ansteckungskontakt zuordnen und daher nicht mehr wirksam eindämmen. Setzt sich diese Entwicklung fort, droht eine unkontrollierbare Ausbreitung des Virus, die, wie es die Kanzlerin richtig darstellte, nicht allein den phasenweisen Zusammenbruch unseres Gesundheitssystems zur Folge hätte, sondern mittelfristig auch andere Infrastrukturen in Gefahr bringen würde, dies mit massiven sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen.

Die Regierungschefinnen und -chefs der Länder und die Bundeskanzlerin haben in diesem Zusammenhang gemeinsam die Gefahr eines nationalen Gesundheitsnotstandes festgestellt, der in wenigen Wochen alle Teile der Bundesrepublik erfassen würde, sollte sich diese Entwicklung fortsetzen.

Auch in Sachsen-Anhalt wird die Pandemie ohne weiteres Zutun mit einer nur kurzen Verzögerung denselben Verlauf nehmen wie in den anderen, bisher noch stärker betroffenen Bundesländern. Um dies abzuwenden, müssen temporär auch in Sachsen-Anhalt Eindämmungsmaßnahmen wieder ausgeweitet werden. Dies tun wir nicht allein aufgrund der Lage in Sachsen-Anhalt, sondern wir verstehen dies auch als ein Zeichen der nationalen Solidarität, der Solidarität gegenüber den Bundesländern, die besonders unter den Auswirkungen der Pandemie zu leiden haben. Aber wir tun es auch im Wissen darum, dass die derzeitigen Maßnahmen nur Erfolg haben können, wenn sie in der gesamten Bundesrepublik gleichzeitig und identisch greifen.

Darum hat die Landesregierung letzten Donnerstag in einer Sondersitzung des Kabinetts beschlossen, die zwischen Bund und Ländern abgestimmten Maßnahmen im Rahmen einer zweiten Änderung der Achten Eindämmungsverord-

nung umzusetzen. Hauptziel ist es, dass alle Bürgerinnen und Bürger die Kontakte zu Menschen außerhalb des eigenen Hausstands auf ein absolut nötiges Minimum reduzieren. Dies soll helfen, die Zahl der Kontakte möglichst schnell um bis zu 75 % zu senken.

Wir alle haben gesehen, wie wirksam Kontaktbeschränkungen in der ersten Zeit der Pandemie zu deren Eindämmung beigetragen haben. Das muss uns nun erneut gelingen.

Die Unterbindung von möglichst vielen Kontakten soll zudem dadurch erreicht werden, dass auch die Anzahl der Orte, an denen es zu vielen Kontakten kommen kann, für eine absehbare Zeit reduziert wird.

Wir sollten dabei aber nicht vergessen, dass die Kontaktbeschränkungen für den November sehr viel weniger rigide sind als diejenigen im Frühjahr. So ist es das vorrangige Ziel der Länder und des Bundes, Kindern und Jugendlichen weiterhin den Besuch von Kindertagesstätten, Horten und Schulen zu ermöglichen. Auch bleiben Einrichtungen des Handels und des Handwerks, die im Frühjahr noch schließen mussten, unter Beachtung der Hygieneregeln geöffnet. So sollen die Auswirkungen der notwendigen Eindämmungsmaßnahmen auf die deutsche Wirtschaft so weit wie möglich begrenzt werden. Wir dürfen schließlich in der Pandemie nicht die Zukunftschancen unseres Landes verspielen.

Daher haben wir beschlossen, zur Reduzierung der Kontaktmöglichkeiten in erster Linie Institutionen und Einrichtungen zu schließen und Veranstaltungen zu untersagen, die der Freizeitgestaltung zuzuordnen sind. Darüber hinaus soll auf nicht notwendige Reisen und überregionale tages-touristische Ausflüge verzichtet werden, dies mit dem Ziel, die Mobilität und damit die Möglichkeit vieler Kontakte zu verringern.

Der Bundeskanzlerin und den Regierungschefinnen und -chefs der Länder war bei dieser Entscheidung sehr bewusst, dass von den beschriebenen Schließungen und Verboten erneut Selbstständige, Unternehmen und deren Mitarbeiter in einem hohen Maße betroffen sind, die bereits seit dem Beginn der Pandemie massiv unter den beschlossenen Maßnahmen leiden. Ich persönlich kann daher die Enttäuschung und vor allem die Sorge derjenigen Betroffenen, deren Briefe, E-Mails und Telefonanrufe mich in den vergangenen Tagen erreichten bzw. die ich persönlich sprechen konnte, wie den DEHOGA-Vorstand und weitere Vertreter von Kammern und Verbänden, gut nachvollziehen.

(Zustimmung)

Ich bedauere diese neuerliche Einschränkung des öffentlichen wie privaten Lebens nicht nur sehr;

sondern ich kann auch den Unmut vieler Menschen verstehen.

Für mich war es in diesem Zusammenhang bei meiner Entscheidung für erneute Kontaktbeschränkungen daher besonders wichtig, dass der Bund ein Hilfsprogramm in einem außergewöhnlichen Umfang über insgesamt 10 Milliarden € zugesagt hat. Die von den beschlossenen Maßnahmen erfassten Betriebe, Selbstständigen, Vereine und Einrichtungen sollen zeitnah und unbürokratisch für die Einschränkung ihres Geschäftsbetriebes Hilfe erhalten. Ich füge ein: Das war eine ganz wesentliche Voraussetzung und daran wollen wir uns auch insgesamt messen lassen. Deswegen werden wir dieses Prozedere, das die Bundesregierung derzeit bearbeitet, jeden Tag beschleunigen helfen.

(Zustimmung)

Unternehmen mit bis zu 50 Mitarbeitern sowie Selbstständigen soll ein Anteil von 75 % des entsprechenden Umsatzes aus dem November 2019 erstattet werden. Für Unternehmen und Selbstständige, die im November 2019 noch keine Umsätze aufwiesen, zum Beispiel weil die Unternehmen erst danach gegründet wurden, soll zudem eine adäquate Regelung verabredet werden. Bei Soloselbstständigen, die es vor allem im Kulturbereich gibt, soll ein Zwölftel des Jahresumsatzes 2019 die Bemessungsgrundlage sein.

Für größere Unternehmen werden die Hilfen so gestaltet sein, dass die beihilferechtlichen Möglichkeiten voll ausgeschöpft werden. Darüber hinaus werden die Programme für die hauptsächlich betroffenen Wirtschaftsbereiche, wie die Kultur- und Veranstaltungswirtschaft, sowie für Soloselbstständige verlängert und verbessert.

Ein weiteres Element wollen wir gemeinsam auf den Weg bringen. Morgen befasst sich der Finanzausschuss dieses Hohen Hauses mit der Beschaffung von 500 000 Antigen-Schnelltests. Die ersten 100 000 Tests könnten, sofern der Ausschuss dem zustimmt, noch in dieser Woche bestellt, somit schnellstmöglich geliefert und über die Bundeswehr an die Gesundheitsämter verteilt werden. Damit stellen wir ein wichtiges Instrument für den Schutz vulnerabler Gruppen zu Verfügung.

Verehrte Abgeordnete! Wir stehen vor der Notwendigkeit, einerseits schnell effektive Eindämmungsmaßnahmen umzusetzen. Andererseits wollen wir zugleich Kindertagesstätten, Horte und Schulen offen halten sowie die negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft, soweit dies möglich ist, begrenzen. Angesichts dieser Herausforderung sind - damit teile ich die Einschätzung der Bundesregierung - die beschlossenen

Maßnahmen geeignet, erforderlich und verhältnismäßig.

Bezogen auf Sachsen-Anhalt bedeutet die Übertragung dieses Beschlusses, dass wir zumindest vorübergehend den Weg der verantwortlichen Rückführung der Covid-19-Eindämmungsmaßnahmen, also unseren Sachsen-Anhalt-Weg, verlassen müssen und erst in einigen Wochen weitergehen können. Das ist aus den von mir beschriebenen Gründen richtig und wichtig. Es ist wichtig für die Menschen, die jetzt motiviert werden müssen, sich auf das, was wir gemeinsam auf den Weg gebracht haben, einzulassen. Zugleich hält die Landesregierung grundsätzlich an ihrem Kurs der regional differenzierten Interventionen und des Grundvertrauens gegenüber der breiten Mehrheit der Bevölkerung fest.

Aus diesem Grund haben wir auch bewusst keine neue Eindämmungsverordnung beschlossen, sondern lediglich die bestehende Achte Verordnung für vier Wochen abgeändert bzw. ergänzt. Diese Änderungsverordnung liegt Ihnen vor, weshalb ich nicht jede Maßnahme im Detail benennen muss. Ergänzt wird sie durch zielgenaue Allgemeinverfügungen der Landkreise und kreisfreien Städte, wo dazu Anlass besteht. Die große Differenzierung im Lande kann man jeden Tag den Medien entnehmen.

Lassen Sie mich jedoch ausdrücklich festhalten, allen beschlossenen Maßnahmen liegt eine grundsätzliche Überlegung zugrunde: Je später die Infektionsdynamik umgekehrt wird, desto länger oder umfassender sind Beschränkungen erforderlich und desto größer wird die Gefahr, dass es wie in anderen Staaten zu Ausgangsverboten kommen kann. Das ist eine Erkenntnis, die die Landesregierung dazu bewog, den Beschluss der Regierungschefinnen und -chefs und der Bundeskanzlerin fast eins zu eins zu übernehmen, anstatt einen eigenständigen Weg Sachsen-Anhalts zu gehen.

Zur Durchsetzung dieser Maßnahmen hat die Landesregierung zudem zeitlich befristet den Bußgeldkatalog angepasst und die Möglichkeit geschaffen, die Ordnungskräfte vor Ort durch Sicherheitskräfte zu unterstützen. Das heißt, die Umsetzung der Maßnahmen wird kontrolliert und Verstöße dagegen werden sanktioniert. Dies sind wir all jenen Mitbürgerinnen und Mitbürgern schuldig, die ihre Verantwortung wahrnehmen und die ihr persönliches Verhalten der verschärften Situation anpassen. Es sind notwendige Maßnahmen, die wir in den einzelnen Regionen praktizieren und die in sehr unterschiedlicher Form zur Anwendung kommen, je nachdem, wie es die jeweilige Situation erfordert.

Die Akzeptanz dieser temporären Maßnahmen ist wichtig und wird darüber entscheiden, inwieweit

das, was wir zeitlich auf vier Wochen limitiert haben, ausreicht. Das ist auch das, was wir mit der Kanzlerin verabredet haben. Wir werden in 14 Tagen, am Montag in zwei Wochen, die vorliegenden Zahlen evaluieren und möglicherweise über fachliche Konsequenzen nachdenken, wenn es darum geht, die verbleibenden zwei Wochen so zu nutzen, dass die Eindämmung der Pandemie deutschlandweit erfolgreich sein kann.

Genauso wichtig ist es, die Wirkung der Maßnahmen jederzeit im Blick zu behalten. Ich sage den Bürgerinnen und Bürgern Sachsen-Anhalts nicht nur zu, dass die Landesregierung gemeinsam mit dem Bund zwei Wochen nach Inkrafttreten der Maßnahmen eine Evaluierung vornehmen wird, sondern auch, dass keine Einrichtung und kein Betrieb länger geschlossen werden, keine Veranstaltung länger untersagt bleiben wird, als es zur akuten Bekämpfung der Pandemie notwendig ist.

Damit sich diese Notwendigkeit für die beschlossenen Maßnahmen möglichst zeitnah erübrigt, müssen wir uns alle darauf besinnen, dass wir selber Teil der Lösung sind. Es muss uns gelingen, in Deutschland die zweite Welle der Covid-19-Pandemie zu brechen. Wir müssen es schaffen, die Zahl der Neuinfektionen nachhaltig zu reduzieren und damit wieder eine deutlich flachere Infektionskurve zu erreichen.

Die aktuellen Zahlen für heute haben Folgendes zutage gefördert: Allein von gestern Nachmittag zu heute Vormittag sind weitere 104 infizierte Personen in Sachsen-Anhalt registriert worden. Wir haben im Land eine pro 100 000 Einwohner gerechnete auf sieben Tag saldierte Quote von 56 Infizierten erreicht. Das ist eine Situation, die jenseits der Schwelle ist, die wir politisch vereinbart haben, um automatisch mit Sondermaßnahmen zu reagieren.

Wenn wir mit den Maßnahmen erfolgreich sind, kann das Wiedererreichen eines höheren Maßes an Lebensqualität in der Advents- und Weihnachtszeit Ergebnis der Anstrengungen aller Bürgerinnen und Bürger in Sachsen-Anhalt und in Deutschland sein. Aber - das füge ich ein - das ist kein Automatismus. Das hängt davon ab, wie wir die nächsten vier Wochen gemeinsam und mit großer Akzeptanz der getroffenen Maßnahmen gestalten.

Daher appelliere ich an alle Sachsen-Anhalterinnen und Sachsen-Anhalter: Helfen Sie dabei mit! Nehmen Sie Verantwortung für Ihre Mitmenschen wahr! Befolgen Sie die beschlossenen Maßnahmen! Lassen Sie uns gemeinsam zurück auf den Sachsen-Anhalt-Weg finden!

(Zustimmung)

Leisten Sie Ihren Beitrag dazu - das geht nur gemeinsam -, dass wir unser Land gut durch diese bisher noch nicht da gewesene Krise bringen.

Lassen Sie mich abschließend noch Folgendes sagen, verehrte Abgeordnete, Frau Präsidentin. Wenn wir unseren Blick auf unser Land richten, dann sehen wir, wie sich in den letzten Monaten eine in Teilen auch sehr gegenläufige Entwicklung gezeigt hat. Die Effekte, die wir im Frühjahr erreicht haben, und die hohe Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger damals, auch sehr stark beeinflusst von den Bildern, die weltweit über die Medien transportiert worden sind, haben dazu geführt, dass wir es - auch mit dem saisonalen Vorteil des Sommer - geschafft haben, auf ein sehr, sehr niedriges Niveau bei den Infektionen zu kommen. In dieser Zeit haben wir es auch geschafft, in vielen Bereichen unserer Gesellschaft mit entsprechenden Hygieneplänen wieder die Arbeitsfähigkeit zu sichern, und konnten damit versuchen, die wirtschaftliche Stabilität wiederherzustellen.

Die jetzige Situation, wiederum sehr stark negativ beeinflusst durch saisonale Einflüsse - das ist, wie gesagt, ein europaweites Phänomen -, führt dazu, dass wir glauben, wir würden viele Dinge, die wir erlangt und erreicht haben, wieder verlieren. Ich bin aber, weil jeder Tag neu darüber entscheidet, was in den folgenden 14 Tagen in unserem Lande passiert, zutiefst überzeugt davon, dass wir es durchaus in der Hand haben, diesen Prozess weiterhin zum Positiven zu steuern, und dass es zumindest in deutlichem Maße gelingen kann, den Anstieg der Zahlen, die wir gerade in den letzten zwei, drei Wochen erlebt haben, deutlich zu bremsen und gegebenenfalls sogar trotz der bevorstehenden Wintermonate umzudrehen. Das ist keine Unmöglichkeit.

Unabhängig davon ist klar, dass wir uns nicht aus dem Gesamtgeschehen herauslösen können. Wir wissen, dass sich aus vielen Bereichen Deutschlands und Europas infolge der Mobilität und aufgrund der entsprechenden logistischen Beziehungen immer wieder auch Effekte in unser Land hineinbewegen.

Aber entscheidend ist - das ist unsere Erkenntnis -, dass die Hotspots, die wir derzeit im Lande haben und die insbesondere die Landkreise und Städte in sehr große Schwierigkeiten gebracht haben, auf ganz wenige individuelle Versagensmomente und Versagensprozesse zurückzuführen sind, die man bezüglich der Kausalkette sehr stark eingrenzen kann. Solange das in den letzten Tagen noch möglich war, ist zumindest auch die Erkenntnis gewachsen, dass es ein zu bewältigender Prozess ist.

Aber die Entscheidung weniger Menschen, sich gegen die verordneten Maßnahmen, die wir auf

den Weg gebracht haben, bewusst aufzulehnen, führt dazu, dass der überwiegende Teil der Gesellschaft in Mitleidenschaft gezogen wird und sehr starke Einschränkungen der Grundrechte hinnehmen muss, was eigentlich vermeidbar wäre.

Deswegen ist es unser gemeinsames soziales Verantwortungsgefüge, das wir in unserem Lande aufrechterhalten müssen, wenn es darum geht, dass wir nicht wegsehen, dass wir alle in der Verantwortung stehen und dass wir vor allen Dingen auch dafür werben, dass das, was wir jetzt tun, nicht ein Stressfaktor ist, den wir in die Gesellschaft hineintransportieren, um polarisierend zu wirken. Wir wollen vielmehr genau das Gegenteil bewirken, nämlich eine Gesellschaft erhalten, die sowohl im Hinblick auf die Generationenverantwortung als auch im Hinblick auf den sozialen Zusammenhalt weiterhin zusammensteht und die die Probleme, die vor uns stehen, auch gemeinsam bewältigt.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass das möglich ist. Dafür brauche ich auch Ihre Kraft als Abgeordnete, die als Multiplikatoren und wesentliche Beispielgeber in unserer Gesellschaft mit der Landesregierung gemeinsam diesen Prozess bewältigen und entsprechend gestalten können. Also lade ich Sie ganz herzlich dazu ein. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Es gibt mehrere Wortmeldungen. Doch bevor ich die erste Wortmeldung zulasse, möchte ich der Ordnung halber darauf hinweisen, dass noch zwei Anträge der Fraktion DIE LINKE, zum einen in der Drs. 7/6786 zu dem Thema „Stärkung der Rechte des Parlaments und verantwortungsvolles Handeln während der Covid-19-Pandemie“ und zum anderen in der Drs. 7/6787 zu dem Thema „Sachsen-Anhalt in der zweiten Coronawelle - solidarischer Schutz und zielgenaue Maßnahmen“, sowie ein Alternativantrag der AfD-Fraktion in der Drs. 7/6798 vorliegen, über die in verbundener Debatte mit beraten wird.

Jetzt lasse ich die erste Wortmeldung zu. Der Abg. Tobias Rausch hat sich als Erster zu Wort gemeldet.

(Daniel Roi, AfD: Da ist noch eine Intervention!)

- Ich habe Sie gesehen.

(Daniel Roi, AfD: Das ist aber eine Kurzintervention! Dafür muss man sich hier hinstellen!)

- Ja, Herr Roi, das machen Sie vorschriftsmäßig. Das finde ich auch korrekt. Aber jetzt kommen erst die Fragesteller an die Reihe. Diese haben sich vorher gemeldet. - Bitte Herr Rausch, Sie haben jetzt das Wort.

Tobias Rausch (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Haseloff, ich glaube, ich spreche für viele, wenn ich sage, keiner leugnet Corona. Aber niemand ist bereit, für ein Virus, bei dem eine Überlebenschance von 99 % besteht, unseren Wohlstand, unsere Arbeitsplätze, unsere Freiheit, unsere Demokratie und unser Privatleben zu opfern. Das ist der Diskurs, den wir führen müssen. Sie können nicht sagen, diesen Diskurs wollten Sie nicht führen, weil das alles so schlimm sei.

Die Statistik, die Sie als Land selbst herausgeben, sieht wie folgt aus: Wir haben bei 2,2 Millionen Einwohnern derzeit 5 338 Coronainfizierte bzw. Personen, die infiziert waren, zu verzeichnen. Bei den Intensivbetten sind es elf Personen. Das entspricht einem Anteil von 0,2 % der Infizierten bzw. einem Anteil von lediglich 0,0005 % der gesamten Bevölkerung. Das besagt Ihre Statistik mit Stand vom 1. November 2020, 12:18 Uhr.

Dann sagen Sie gegenüber der „MZ“: Die Infektionszahlen in Sachsen-Anhalt hätten diesen Schritt nicht erfordert - das betonen Sie noch einmal -, es gehe jetzt aber um einen Akt nationaler Solidarität. Dazu ist meine Frage an Sie, ob Sie als Ministerpräsident den Lockdown unter Berücksichtigung der Interessen des Landes Sachsen-Anhalt aufgrund der Zahlen und der Sachlage, die vor Ort und nicht irgendwo im Berchtesgadener Land vorherrschen, tatsächlich für gerechtfertigt halten.

Und ich frage Sie, wie Sie damit leben können, dass Sie für zahlreiche Unternehmenspleiten in Sachsen-Anhalt und für zahlreiche Schicksale von Mitarbeitern verantwortlich sind, die nämlich ein Kurzarbeitergeld von nur 60 %

(Zuruf)

oder 67 % bekommen, die ihre Rechnungen nicht bezahlen können, die nicht wissen,

(Zurufe: Frage!)

wie sie ihre Miete bezahlen können,

(Zuruf: Frage! - Weiter Zurufe)

wie Sie damit leben können, dass Kinder sozial isoliert werden,

(Zuruf: Frage! - Weitere Zurufe)

weil Sie auf einmal auf die Idee gekommen sind, Sportstätten zu schließen, sodass Jugendsport nicht stattfinden kann

(Zurufe)

und diese ganzen Dinge? Wie können Sie persönlich als Landesvater, als Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff, mit dieser Entscheidung leben, dass Sie das den Bürgern aufgrund der vorweg genannten Zahlen, die Sie selbst als Land festlegen - -

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Rausch, Ihre zwei Minuten sind um.

Tobias Rausch (AfD):

Wie können Sie damit leben?

(Beifall)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Ministerpräsident, Sie haben jetzt das Wort.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Herr Abgeordneter, ich könnte nicht in Ruhe leben, wenn ich diese Entscheidung nicht getroffen hätte.

(Beifall)

Ich sage Ihnen auch, warum. Wir haben die Entwicklung in der Tendenz sehr, sehr gut beobachtet, weil wir in den letzten Monaten und vor allen Dingen Wochen in unserem Land eben auch eine sehr transparente Situation hatten. Das, was sozusagen die derzeitige Statistik darstellt, dass wir eben einen überwiegenden Teil inzwischen nicht mehr nachverfolgen können bezüglich der kausalen Zusammenhänge der Infektionen, resultiert daraus, dass das in der dritten und vierten Generation der entsprechenden Infektionen einfach nicht mehr möglich ist. Ab einem bestimmten Wert, zahlenmäßig auch erfasst in der Statistik, ist es nicht mehr möglich, dies in den Gesundheitsämtern zu leisten.

Da wir als Land zum Zeitpunkt dieser Entscheidung noch klar unter der magischen Grenze von 50 lagen, wäre es für unser Land zu dem Zeitpunkt nicht notwendig gewesen, wenn nicht der deutsche Durchschnitt und die gesamtdeutsche Situation uns praktisch dringend zum gemeinsamen Handeln aufgefordert hätten. Denn für uns war klar, dass wir das, was in anderen Bundesländern, nicht nur in einzelnen Kommunen oder Landkreisen, schon läuft, den Trend zu Werten deutlich über 100, mit zeitlicher Verzögerung ebenfalls erleben werden, weil wir als Bundesland mitten im Herzen Europas und im Herzen

Deutschlands schlicht und einfach in dem Gesamtzusammenhang stecken.

Angesichts der Inzidenz von 56 Fällen pro 100 000 Einwohner in sieben Tagen im Landesdurchschnitt war klar, dass wir das erreichen werden und dass demzufolge Handlungsbedarf besteht.

Der Unterschied zu dem, was Sie jetzt sagen, zu dem, was im Prinzip im Frühjahr für möglich gehalten wurde, wenn sich das prolongiert hätte, wenn es sich so entwickelt hätte, nämlich eine riesige Zahl an Insolvenzen, die übrigens nicht eingetreten ist,

(Tobias Rausch, AfD: Weil Sie das außer Kraft gesetzt haben! - Weitere Zurufe)

auch durch die Änderung des Insolvenzrechts. Aber wir hatten noch nie so ein - -

(Zuruf: Das ist doch bloß außer Kraft getreten! Die Fristen wurden verlängert!)

- Lassen Sie mich doch erst einmal ausreden.

(Zurufe)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Mein verehrter Kollege, Sie haben eben - -

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Die Insolvenz - -

(Zurufe)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Einen kleinen Moment, einen kleinen Moment, Herr Ministerpräsident.

(Zuruf von Tobias Rausch, AfD)

- Sie haben eine Frage gestellt. Dann müssen doch mindestens - -

(Unruhe)

- Herr Rausch, ich rede mit Ihnen. Sie haben eine Frage gestellt; dann müssen Sie mindestens demjenigen, der die Frage gestellt bekommt, auch die Möglichkeit geben zu antworten. - Bitte, Herr Ministerpräsident.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Danke schön, Frau Präsidentin. - Und Sie müssen mich auch die einzelnen Fragen, die Sie in Ihrer einen Fragestellung untergebracht haben, entsprechend aufrufen lassen. Die Insolvenzstatistik sieht anders aus, als Sie sie beschrieben haben, sicherlich aufgrund einer Änderung der Insolvenzordnung, das ist klar,

(Zurufe)

aber auch kombiniert mit der Kurzarbeiterregelung und mit der Möglichkeit, dass wir jetzt gerade die Luft brauchen, um dabei zu helfen, diesen Arbeitsplatz- und Firmenverlust zu vermeiden.

Dieses Konzept haben wir in den Jahren 2009 und 2010 - damals waren Sie noch nicht im Landtag - in der Finanz- und Wirtschaftskrise schon genauso angewandt. Das sind doch Instrumente, mit denen wir schon gearbeitet haben. Die sind doch erprobt. Die haben durchaus auch eine Wirkung erzeugt, auch wenn es damals etwas schneller lief, während wir in der Coronasituation jetzt durchaus einen längeren Weg vor uns haben. Aber das sind Instrumente, um die uns übrigens viele Nationen auf der Welt beneiden.

Auf der anderen Seite will ich Folgendes sagen: Die Einschnitte, die wir in der Gesellschaft vorgenommen haben, sind ein wesentlich kleinerer Teil dessen, was wir im Frühjahr hatten. Wir haben bis auf die benannten Sektoren, die wir auch mit entsprechenden Wirtschaftshilfen versehen werden, ansonsten die gesamte Wirtschaft am Laufen gehalten.

Wir haben alle Kitas am Netz. Wir haben alle Schulen am Netz. Das sind in sämtlichen Schulformen insgesamt 250 000 Schülerinnen und Schüler. Wenn Sie sich das einmal im Sinne des Betreuungsmodus, der notwendig wäre, als Entzug in der Volkswirtschaft vorstellen, dann hätten wir wirklich die Situation, die Sie beschrieben haben. Die ist aber nicht eingetreten.

Es ist dieses Mal ein ganz gezieltes Herangehen, sicherlich auch in den Bereichen, wo es uns besonders schmerzt, weil dort gute Hygienekonzepte vorliegen, wo aber die Kontaktdichte sehr, sehr hoch ist.

Wir kommen im Prinzip nur weiter und können im Prinzip nur Zeit schinden, um die Eindämmung vorzunehmen, um letztendlich wieder unter die 50 zu kommen, damit wir die Nachverfolgbarkeit durch die Gesundheitsämter sichern, wenn wir die Kontaktdichte um rund 75 % reduzieren. Diese Menge an Kontakten erfolgt nun einmal mehrheitlich im Freizeitbereich, im privaten Bereich. Wir wissen doch, wo es die großen Ausbrüche gegeben hat: im privaten Bereich, im illegalen Bereich, wo längst schon durch Verordnungslage viele Sache ausgeschlossen waren, aber wo man, und zwar kleine Gruppen der Bevölkerung, schlicht und einfach bewusst dagegen verstoßen hat.

Sehen Sie sich allein das Beispiel in Magdeburg an, wie eine einzige quasi illegale Veranstaltung diese Stadt in eine Situation gebracht hat, die man sich noch vor 14 Tagen, vier Wochen kaum vorstellen konnte. Andere Beispiele könnte ich Ihnen genauso bringen, aus dem Süden oder

aus dem Nordosten des Landes. Wir haben diese Beispiele und wissen doch, wo wir ansetzen müssen. Und genau das machen wir.

Wir versuchen mit der Kontaktreduzierung für die Dauer von vier Wochen genau das hereinzuholen, was wir brauchen, um bestimmte Strukturen wieder aufzurüsten in dem Sinne, dass die Gesundheitsämter personell verstärkt werden müssen und dass wir wieder Boden unter die Füße bekommen, wenn es um die Nachverfolgbarkeit und damit um die Bewältigungsfähigkeit der Gesamtsituation geht.

(Zustimmung)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Ich habe jetzt eine Ausnahme gemacht. Die beiden, die sich schon für eine Kurzintervention hingestellt hatten, habe ich gebeten, sich wieder zu setzen, weil es noch einen Moment dauert; denn es gibt noch mehrere Fragesteller. - Der nächste Fragesteller wird der Abg. Herr Büttner sein. Bitte, Herr Büttner.

Matthias Büttner (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ich habe gerade mit Entsetzen die Ausführungen des Ministerpräsidenten verfolgt, der davon gesprochen hat, dass diese neuen Maßnahmen wie zum Beispiel das Schließen von Fitnessstudios und das Schließen von gastronomischen Einrichtungen jetzt zum durchbrechenden Erfolg führen sollen. Ich weiß nicht, auf welche wissenschaftliche Grundlage Sie sich dabei stützen.

Ich meine, Ihr RKI, also das Robert-Koch-Institut, hat nun schon in der Vergangenheit - dazu steht es auch noch heute - ganz klar und deutlich gesagt, dass gerade diese Einrichtungen nicht die Infektionstreiber sind. Die Infektionstreiber auf den ersten drei Plätzen sind Wohnstätten mit 63,6 %, medizinische Einrichtungen mit 8,6 % und Arbeitsplätze mit 5,3 %. Die Gastronomie liegt mit 0,5 % ganz, ganz hinten, Fitnessstudios ebenfalls.

Unter diesen Gesichtspunkten frage ich Sie: Für wie erfolgreich halten Sie diese Maßnahmen? Was wird passieren, wenn Sie in zwei, drei Wochen feststellen, dass diese Maßnahmen für Einrichtungen, die laut Robert-Koch-Institut nicht als Treiber der Pandemie gelten, nicht fruchten? Schließen Sie einen Komplett-Lockdown aus? Oder kann es sein, dass Sie in drei Wochen sagen: Wir müssen jetzt wieder einen Komplett-Lockdown machen? - Das ist meine erste Frage.

Angesichts der Tatsache, dass wir gerade erst am Anfang der kalten Jahreszeit stehen und dass, wie ich gerade ausgeführt habe, Ihre Maßnahmen nicht zum Erfolg führen werden, weil es einfach

die falschen Maßnahmen sind, ist meine zweite Frage: Wie sieht es denn mit noch mehr Intensivbetten aus? Ist bei Ihnen auch schon einmal irgendwo der Gedanke gereift, dass jetzt vielleicht ein paar mehr Intensivbetten geschaffen werden müssen? - Denn Sie haben hier klar und deutlich das Szenario an die Wand gemalt, dass das Gesundheitssystem zusammenbrechen könnte.

(Unruhe)

Mich würde jetzt interessieren, ob es denn auch möglich ist, mehr Intensivbetten bereitzustellen. - Sie werden dazu jetzt wahrscheinlich

(Unruhe)

- das ist furchtbar hier mit diesem Krach - sagen, dass das Geld kostet. Aber haben Sie schon einmal eruiert - das ist eine weitere Frage - ,

(Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

wie hoch die Steuerausfälle für das Land Sachsen-Anhalt aufgrund Ihrer jetzt verhängten Maßnahmen gegen gastronomische Einrichtungen und Fitnessstudios sein werden? - Danke.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Noch einmal ein kurzer Hinweis zu Fragestellungen: Bitte eine Frage und eventuell noch eine kurze Nachfrage formulieren und dabei bitte die zwei Minuten Redezeit einhalten. - Bitte, Herr Ministerpräsident.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Uns sind die Statistiken dazu, was die einzelnen Komponenten in der Summe der Infektionen anbelangt, voll bewusst. Dieses Mal besteht der fachliche Ansatz aber nicht darin, dass wir besonders neuralgische, problematische oder risikobehaftete Bereiche in den Blick genommen haben. Vielmehr haben wir im Prinzip eine Bewertung vorgenommen, was volkswirtschaftlich unangetastet zu lassen ist.

Denn ansonsten tritt genau das ein, was Sie gesagt haben: riesige Steuereinnahmeverluste, weiterhin entsprechende Dämpfungen der wirtschaftlichen Dynamik mit all den Konsequenzen für einen Staat, für einen Sozialstaat, und vor allen Dingen auch für das Gesundheitswesen.

Es geht um die Reduzierung der Kontakte. Das heißt, nicht das Arbeitsteam, in dem man ständig in der gleichen Kohorte unterwegs ist, ist das Problem. Das Problem ist vielmehr, dass man sich im Freizeitbereich und im Bereich der Touristik sowie der entsprechenden Bewegungen innerhalb Deutschlands und Europas ständig auf einem Terrain bewegt, das mit hohen Infektions-

zahlen verbunden ist. Wenn Sie Sachsen-Anhalt verlassen, dann gelangen Sie überall automatisch in Regionen mit höheren Infektionszahlen; es sei denn, Sie springen über Brandenburg gleich nach Mecklenburg-Vorpommern. Ansonsten sind Sie überall in Bereichen unterwegs, in denen das Risiko so groß ist, dass dadurch schlicht und einfach unsere aktuelle Entwicklung negativ beeinflusst wird.

(Unruhe)

Es geht darum, dass man die Kontaktdichte in den Bereichen, die volkswirtschaftlich nicht systemrelevant sind, sondern die die Freizeit und freiwillige Aktivitäten betreffen und mit freiwilligen Entscheidungen der Bürgerinnen und Bürger verbunden sind, herunterfährt, vor allen Dingen im privaten Bereich, und dass man Wege findet, damit man sich im privaten Bereich nicht ansteckt. Es geht darum, dass man die Regelungen zur Zahl der Hausstände und zur maximalen Anzahl von zehn Personen, die wir festgelegt haben, auch im Privaten wirklich einhält. Darum geht es.

Wenn wir das schaffen, dann haben wir eine Chance, im System sozusagen Luft zu bekommen. Damit bin ich bei den Intensivbetten. Wir haben in jeder Kabinettsitzung und darüber hinaus fast täglich Analysen dazu vorliegen, was zur Verfügung steht, wie das in Konkurrenz zu den anderen Versorgungsstrukturen der Krankenhäuser zu sehen ist, was wir für Corona vorhalten müssen usw. Das haben wir ständig auf dem Schirm. Der limitierende Faktor sind nicht die Betten und die Beatmungsgeräte, sondern das Personal.

(Zuruf von Robert Farle, AfD - Weitere Zurufe)

- Lassen Sie sich einmal von dem Europaabgeordneten, der vor Ort zusieht, berichten, wie es in Belgien zurzeit aussieht: Dort sind infizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gesundheitswesens gezwungen weiterzuarbeiten, weil dort schlicht und einfach die Ressourcen völlig aufgebraucht sind. Unabhängig davon sollten Sie sich vielleicht einmal informieren, wie die Situation in anderen europäischen Staaten um uns herum aussieht. Ich kann Ihnen sagen: Das ist nicht ansatzweise das, was ich mir für dieses Land vorstellen oder wünschen kann, nämlich dass man bestimmte Sachen laufen lässt, dass der Staat nicht interveniert, dass man bestimmte Situationen mehr oder weniger sehenden Auges auf sich zukommen lässt. Es geht darum, genau das zu verhindern,

(Beifall)

und nicht die Triage anzuwenden und darüber zu entscheiden, wer lebenswert oder wer nicht

lebenswert ist, wer durchkommen oder wer nicht durchkommen könnte.

(Starker, lang anhaltender Beifall)

Vielmehr geht es darum, dass jeder Mensch die gleiche Würde hat, dass darum gekämpft werden muss, ihn mit den maximalen Möglichkeiten zu versorgen. Das ist unser Ziel und das können wir noch erreichen. Deswegen machen wir das Ganze.

Ich habe auch Verständnis für die betroffenen Branchen. Aber wie gesagt: Wir hätten nicht zugestimmt - das ist ein klarer Vertrag mit der Bundesregierung -, wenn wir nicht glauben würden, dass wir das mit dem Gesamtableau, das wir finanziell in Aussicht gestellt haben und das wir - so hoffen wir - in den nächsten Tagen unbürokratisch auf den Weg bekommen, einfangen können.

Nachdem wir auch mit den Spitzenvertretern dieser Branchen gesprochen haben, ist letztlich ein Einsehen vorhanden. Denn was hülfe es, wenn wir all das nicht gemacht hätten? - Wir hätten uns sozusagen aus dem 16er-Kordon herausbewegt und hätten im Prinzip einfach so weitergemacht wie bisher. Sie denken doch nicht im Ernst, dass bei geöffneten Hotels und Gaststätten usw. - gut, Gaststätten betreffen auch den Individualverbrauch innerhalb der Kommune - von irgendwoher ein Gast kommen würde, dessen Heimatort eine dunkelrote Farbe in der Statistik aufweist, der schlicht und einfach seinen Ort gar nicht verlassen darf?

Wir sind doch letztlich alle in dieser Situation gefangen und miteinander verbunden. Entweder kommen wir als Deutschland gemeinsam durch oder auch nicht. Darüber können wir uns stundenlang unterhalten. Wir haben das gut bewertet.

Um einer Anmerkung gleich zuvorzukommen, vielleicht ein letzter Aspekt. Wir stützen uns nicht auf einen Einzelnen oder ein einzelnes Institut - weil Herr Drost oder wer auch immer ständig namentlich genannt wird -, sondern wir holen uns eine breite politische Beratung aus den Fachinstituten und von den Fachleuten ein.

Die Leopoldina als Bündelungsbehörde oder, besser gesagt, als Bündelungsakademie - sie hat mit ihren Mitgliedschaften auch Behördenstrukturen im Hintergrund - sichert uns auch eine breite Beratung. Wenn sie für uns letztlich eine solche klare Empfehlung zur Kontaktbeschränkung formuliert, dann sind wir gut beraten - wenn wir nicht grob fahrlässig und strafrechtsrelevant handeln wollen -, diesen Empfehlungen auch zu folgen. Das kann ich Ihnen an dieser Stelle nur sagen. Wir haben uns das sehr, sehr gut überlegt.

(Zuruf von Matthias Büttner, AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Es tut mir leid, Herr Büttner. Sie haben Ihre Fragestellung schon so weit ausgeweitet, dass es nicht mehr nur eine Frage war. Es liegt noch eine Reihe von Wortmeldungen vor. Ich kann das verstehen, Sie könnten es immer weiter ausweiten. Aber Sie haben Ihr Fragerecht an dieser Stelle ausgeschöpft.

(Zuruf)

Wir kommen zu dem nächsten Fragesteller, Herrn Loth. Danach kann sich Frau Frederking fertig machen und zum Mikrofon gehen. - Herr Loth, Sie haben etwas vergessen. Bitte benutzen Sie auf Ihrem Weg zum Mikrofon die Maske.

(Hannes Loth, AfD: Ich gehe zurück und hole sie! - Heiterkeit)

- Jawohl. Jetzt haben Sie den Weg doppelt genommen. Sie hatten die Verpackung noch nicht einmal geöffnet.

(Hannes Loth, AfD: Ich hatte meine hier!)

Sie können Ihre Frage jetzt schon stellen; denn am Mikrofon brauchen Sie die Maske nicht.

Hannes Loth (AfD):

Danke schön, sehr geehrte Frau Präsidentin. - Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich glaube, in demselben Artikel, den mein Kollege Herr Rausch vorhin angesprochen hat, wird auch Herr Ministerpräsident Reiner Haseloff zitiert. In dem Artikel heißt es: Das gilt auch für Treffen in der Öffentlichkeit, ebenso für Wohnungen; in Letzteren sind allerdings Kontrollen nicht möglich. Ministerpräsident Reiner Haseloff, CDU, sagte: Bei der gegenseitigen Sozialkontrolle sei jetzt jeder Einzelne in der Pflicht.

Was bitte ist gegenseitige Sozialkontrolle? Und welche Pflicht hat der Einzelne? Ist es Ihr Ernst, dass ich, wenn mein Nachbar eines seiner Kinder und die Enkelkinder zu Besuch hat und vielleicht noch seine zweite Tochter hinzukommt, beim Amt anrufe und sage: Kollegen, kommt vorbei, ihr müsst jemanden abholen?

(Zuruf)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Ministerpräsident.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Schauen Sie unsere Verordnung. Darin wird im Prinzip genau geklärt, was von jedem Bürger und von jeder Bürgerin an Mitwirkungspflichten und entsprechenden Dingen einzuhalten ist. Das ist ganz klar. Es war nie - weder im Kabinett noch

sonst irgendwo - davon die Rede, dass wir die Privatsphäre in irgendeiner Weise tangieren.

Aber Sie können mir doch nicht sagen, dass es nicht aufgefallen ist, wenn Veranstaltungen wie hier in Magdeburg mitten im öffentlichen Raum stattfinden, die in dieser Form als private Veranstaltung nicht regulär mit allem Drum und Dran angemeldet und genehmigt worden ist, und dass so etwas von Bürgerinnen und Bürgern nicht zur Kenntnis genommen werden kann. Das ist das, was ich an dieser Stelle mit einer klaren Abgrenzung zur Privatsphäre, in die wir als Staat nicht hineingehören, in Bezug auf jeden Bürger und auf offene Augen im öffentlichen Raum auch bei privaten Aktivitäten sagen muss.

Wollen wir zu einer Wegsehgeseellschaft werden, wenn irgendwo ein Schaufenster eingeschlagen wird, wenn jemand geschlagen wird, wenn jemand massakriert wird?

(Zuruf)

Sollen wir schlicht und einfach nicht unsere ganz normale Verantwortung auch im Sinne der sozialen Kontakte wahrnehmen? Sollen wir, wenn jemand die Maske nicht richtig aufgesetzt hat, nicht sagen: Bitte setzen Sie zu meinem Schutz und zum Schutz anderer, aber auch zu Ihrem eigenen Schutz die Maske auf? Wollen wir uns nur noch als Individuum, völlig abgekoppelt von der Gesamtgesellschaft um uns herum, durch diese Gesellschaft bewegen und uns anschließend darüber wundern, dass es kaum noch Zusammenhalt gibt, dass kaum noch eine gewisse soziale Bindung vorhanden ist, dass man kaum noch Verantwortung füreinander übernimmt?

(Zurufe)

Wir führen teilweise Diskussionen, die für mich schlicht und einfach nicht mehr nachvollziehbar sind.

(Zurufe)

Das ist damit gemeint. Wir haben eine soziale Verantwortung. Wir sind soziale Wesen. Deswegen halten wir die Schulen geöffnet. Denn wir wissen, dass die Kinder, wenn sie jetzt zu Hause bleiben müssen, nach Wochen und Monaten schlicht und einfach eine ganz schwierige Entwicklung nehmen, dass Familien in Stresssituationen geraten und möglicherweise zerbrechen. Es geht darum, dass wir die Bürger als soziale Wesen mit sozialer Verantwortung füreinander in dieser Gesellschaft aktiv werden lassen.

(Zuruf von Tobias Rausch, AfD - Weitere Zurufe)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident.

(Zuruf von Tobias Rausch, AfD)

- Sie sind jetzt gar nicht an der Reihe, Herr Rausch!

(Tobias Rausch, AfD: Aber genau so sieht es doch aus!)

- Nein! Sie sind jetzt nicht an der Reihe. Sie erhalten von mir jetzt auch nicht das Wort.

(Zurufe)

Jetzt hat Frau Frederking die Möglichkeit, ihre Kurzintervention zu tätigen. Bitte.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Ziel des neuen Lockdowns ist es, die Kontakte einzuschränken, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen und die Infektionsrate zu reduzieren.

(Unruhe)

Dieser Ansatz ist richtig. Aber ich denke, er ist noch nicht ausreichend und noch nicht zielgenau genug. Es gibt aus meiner Sicht noch Verbesserungspotenzial. Denn es fehlen noch immer strenge Grundregeln, die eigentlich überall angewendet werden müssten, wenn Menschen zusammenkommen. Wir haben ja noch Kontakte. Wir sind hier zusammen, die Menschen an den Arbeitsplätzen oder auch in den Warteräumen ärztlicher Praxen sind es.

(Zuruf)

Es fehlen zum Beispiel vielfach Vorgaben für ein effektives Lüftungsmanagement. Ich denke, Vorgaben, die dazu beitragen, das Virus einzudämmen, sollten als zentrale Vorgaben formuliert werden. Ich bitte die Landesregierung darum, so etwas auf den Weg zu bringen. Ziel muss es sein, dass überall das Mögliche getan wird, um das Virus einzudämmen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Frederking. Das war eine Kurzintervention. - Sie können darauf erwidern, Sie müssen es aber nicht.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Ich kann dazu vielleicht sagen, dass ein Staat natürlich nicht jede einzelne Fallgestaltung vorgeben und organisieren kann, weil letztlich das Lebensumfeld so unterschiedlich ist und die Verantwortung im Subsidiaritätsprinzip auch in den Bereichen verortet bleiben muss, in denen die Fachkompetenz vorhanden ist.

Wenn Sie zum Beispiel von bestimmten Berufsgruppen sprechen, dann muss man berücksich-

tigen, dass es Berufsgenossenschaften und Verbände gibt. Es gibt genau diejenigen, die zum Beispiel im Bereich DEHOGA als DEHOGA-Bundesverband usw. auch Vorgaben machen.

Ja, man kann immer sagen, dass das vielleicht noch nicht hinreichend ausdifferenziert und fein genug ziseliert ist. Aber, Frau Frederking, wenn es gelingt, das, was für jeden eigentlich schon offenkundig ist, auch einzuhalten, dann haben wir schon mehr als die halbe Miete drin. Das kann ich Ihnen sagen.

Wenn Sie sich das, was wir an Ursachen für Infektionen nachverfolgen können, einmal genau anschauen, dann werden Sie sich fragen, warum es trotz all dieser Regeln, die vorhanden sind, nach einem Dreivierteljahr an bestimmten Punkten aufgrund von Ignoranz noch immer plötzlich zu Hotspots kommt, die vermeidbar gewesen wären. Wir haben fast keinen Hotspot, eigentlich keinen richtig großen Hotspot, der durch eine Regelungslücke entstanden ist. Hotspots entstehen vielmehr aufgrund der Ignoranz der vorhandenen Regelungen. Das ist unser Problem.

(Zustimmung)

Dass wir im Bereich Schule usw. trotzdem weiterarbeiten müssen, ist klar. Ich möchte an dieser Stelle noch eine Zahl unterbringen: Wir haben insgesamt 250 000 Schülerinnen und Schüler, wenn ich die Berufsschülerinnen und -schüler hineinrechne. Davon sind aktuell 633 Schüler und 267 Berufsschüler, also insgesamt vier Promille, in Quarantäne bzw. in irgendeiner Form des nicht normalen Schulbetriebes.

Daran sehen Sie, dass zum Beispiel die Festlegungen über das Landesschulamt zur Lüftungsstrategie usw. usf. bisher durchaus gewirkt haben. Die harten Monate kommen noch. Das wissen wir, die Kälte kommt noch.

Aber daran merkt man, dass wir diese Sektoren durchaus im Griff haben, wenn man sich einigermaßen an die Standards hält, die wir vorgegeben haben. Da, wo es richtig hochgegangen ist, ist es die Ignoranz der existierenden Regelungen.

Und das schmerzt, weil es vermeidbar ist, weil wir demzufolge heute in der Hand haben, was in den nächsten 14 Tagen passiert und welche Statistiken wir in 14 Tagen haben, weil wir aufgrund der eigentlich üblichen Inkubationszeit schlicht und einfach heute darüber entscheiden, wie zum Beispiel die Zwischenevaluation aussieht.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Wir haben weitere Wortmeldungen. Jetzt ist als nächster Fragesteller der Abg. Herr Jan Wenzel Schmidt, dann Herr Roi mit seiner Kurzintervention an der Reihe. - Bitte.

Jan Wenzel Schmidt (AfD):

Herr Ministerpräsident, Sie und Ihre Kollegen haben angekündigt, dass es für die vom Lockdown betroffenen Unternehmen Hilfe geben soll in Höhe von 10 Milliarden €. Dabei sollen 75 % des Umsatzes aus dem Vorjahr im November erstattet werden.

Gerade in der Gastronomie sind viele Unternehmen betroffen. Man weiß, dass der Umsatz sich in erster Linie aus gestellten Rechnungen zusammensetzt. Die Preiskalkulation im Gastronomiebereich entsteht durch Kosten plus Gewinnspanne, die der Unternehmer noch oben drauf rechnet. Damit habe ich letztlich den Preis und dann auch entsprechende Umsätze.

Nun haben wir den Lockdown. In der Gastronomie sind die Mitarbeiter höchstwahrscheinlich in Kurzarbeit. Somit fallen die Kosten weg. Die Rohstoffe für das Herstellen der Speisen fallen ebenfalls weg. Zwei große Kostenpunkte sind damit weggefallen. Kosten wie Miete, Leasingraten usw. bleiben.

Wäre es, wenn ich sehe, dass es nur 10 Milliarden € sind, die deutschlandweit zur Verfügung stehen, nicht viel sinnvoller gewesen, als Bezugsgröße statt des Umsatzes die übrig gebliebenen Kosten zu nehmen, plus die Gewinne des Unternehmers, damit der seinen Lebensalltag bestreiten kann? - Denn so, wie es aktuell geregelt ist, wird doch das Geld nicht für viele Unternehmen reichen.

Können Sie denn sagen, wie viele Unternehmen anspruchsberechtigt sind? - Da werden doch für ein Unternehmen höchstwahrscheinlich noch 1 000 bis 10 000 € bleiben. Viele Unternehmen werden dann entweder zu viel oder deutlich zu wenig bekommen.

Also, zwei Fragen. Die erste Frage: Warum der Umsatz? Und die zweite Frage: Wie viele antragsberechtigte Unternehmen in Deutschland hätten ein Anrecht auf diese 10 Milliarden €?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Ministerpräsident.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Erstens. Es muss schnell gehen. Das heißt, wir brauchen eine Berechnungsgröße, die schnell abgreifbar ist. Nach Aussage des Bundesfinanzministers ist der Umsatz eine Größe, die bis hin zu den Finanzamtsinformationen aus dem Vorjahr durchaus abgreifbar ist.

Zweitens. Die Branche selber hat nach Durchrechnen der Situation, die mit diesem Algorithmus verbunden ist, sehr, sehr schnell erkannt, dass

damit eine echte Hilfe und ein echtes Auffangen der im November entstandenen Situation für sie verbunden ist. Das ist für mich der Parameter. Ich bin kein Gastronom. Ich bin da kein Fachmann und keiner, der darin Erfahrungen hat.

Wenn die unmittelbar Betroffenen sagen, das ist okay so, das ist eine Verfahrensweise, mit der wir leben können, dann ist das für mich ein Zeichen dafür, dass das Instrument so schlecht nicht gewählt wurde.

Was die Gesamtsumme anbelangt: Wir haben bewusst in der Formulierung mit dem Bund darauf geachtet, dass es nicht nur im engeren Sinne direkt betroffene Unternehmen sind. Wir haben vielmehr den Betroffenheitsfaktor sehr breit gezogen, damit faktisch auch die indirekten Schäden letztendlich mit ausgeglichen werden, zum Beispiel durch Abreisen von Touristen usw. usf., sodass das alles dort mit eingeht und dies mit dem Rechenschema eingefangen werden kann.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. - Jetzt ist Herr Roi mit seiner Kurzintervention an der Reihe. Bitte.

Daniel Roi (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Also, Herr Haseloff, ich glaube nicht, dass die jetzt verordneten Maßnahmen dazu führen, dass die Menschen sich weniger privat treffen. Ich will nicht noch einmal ins Detail gehen, aber es sind ja vorhin die Zahlen genannt worden, in welchen Bereichen es Infektionen gegeben hat. Ich glaube, dass Ihre Maßnahmen gerade dazu führen, dass private Kontakte zunehmen werden, rein faktisch. Und ich glaube, dass Ihre Maßnahmen nicht verhältnismäßig sind. Das hat auch das Urteil zum Berbergsverbot gezeigt.

Ich will Ihnen aber etwas anderes sagen, nämlich wie die Maßnahmen zustande kommen. Sie haben in Ihrer Regierungserklärung gleich am Anfang gesagt, die Landesregierung habe sich mehrfach mit dem Landtag abgestimmt. Das waren Ihre Worte.

Als Abgeordneter des Hohen Hauses und des Landtages möchte ich dem entschieden widersprechen. Sie haben uns lediglich über Ihre Verordnungen in Kenntnis gesetzt, und zwar jeweils, nachdem sie in Kraft getreten sind. Das ist auch heute wieder der Fall.

Herr Ministerpräsident, wenn man sich abstimmt, dann stimmt man eben über etwas ab. Eine Abstimmung über die von Ihnen verordneten Maßnahmen hat es in diesem Landesparlament noch nicht gegeben.

(Beifall)

Das will ich hiermit feststellen. Ich fordere Sie auf, in der Öffentlichkeit nicht das Bild zu zeichnen, der Landtag habe darüber abgestimmt oder man habe sich im Landtag abgestimmt; denn es ist schlicht und ergreifend die Unwahrheit, was Sie der Öffentlichkeit sagen.

Ich kann Ihnen des Weiteren sagen - ich habe ja zwei Minuten Zeit -, Sie haben gesagt, Sie bekommen Anrufe und Nachrichten. Auch ich als Abgeordneter und wir als Abgeordnete bekommen Nachrichten von Eltern, von Unternehmern, von verzweifelte Gastwirten, die diese Maßnahmen infrage stellen. Sie fragen uns, was wir dagegen tun und was hier im Landtag los ist, warum es dafür eine Mehrheit gibt.

Genau das ist der Grund meiner Intervention. Indem Sie sagen, es hat hier eine Abstimmung gegeben, sagen Sie die Unwahrheit. Ich bin nicht mehr bereit, mich als Abgeordneter für Maßnahmen zu rechtfertigen, die Sie per Verordnung durchsetzen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Roi, Sie hatten zwei Minuten Zeit, und die sind jetzt auch schon vorbei.

Daniel Roi (AfD):

Das wollte ich Ihnen mit auf den Weg geben. - Vielen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Bitte, Herr Ministerpräsident.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Ich lege auch großen Wert darauf, dass Sie das nicht so transportieren, dass wir beide miteinander diese Maßnahmen abgestimmt hätten.

(Beifall)

Denn ich möchte, wie auch alle anderen Fraktionen, auch der Opposition auf der linken Seite, Ihre Vorstellungen bezüglich unserer Aktivitäten, auch als Landesregierung, nicht umgesetzt sehen. Vielmehr gehe ich davon aus, dass zumindest das Grundverständnis, trotz aller Differenz zwischen regierungstragenden Fraktionen und der Opposition, die bei uns in der Verfassung auch in der Unterschiedlichkeit sehr eindeutig gefasst ist, näher beieinander ist als das, was Sie sozusagen an Philosophie zur Bewältigung der Pandemie derzeit hier entwickeln.

(Zurufe)

Das ist das eine.

(Zurufe)

Und das Zweite, was ich Ihnen sagen möchte: Auch eine Landesregierung exekutiert derzeit in diesem Zusammenhang Bundesrecht. Die Verordnungsermächtigung, die uns in die Notwendigkeit versetzt, dann Verordnungen zu machen, führt eben zu entsprechenden Entscheidungen, die aber bei uns im Benehmen und auch in der grundsätzlichen Abstimmung, zumindest mit den Koalitionsfraktionen, erfolgen.

Ansonsten würden wir, weil bei mir im Kabinett bisher immer die Einstimmigkeit zugrunde gelegt wurde, bei einer Konsensfindung und auch Kompromissfindung nicht zu einem Ergebnis gekommen sein. Wir sind aber zu einem Ergebnis gekommen. Und wir haben das bisher auch einigermaßen vernünftig hinzubekommen versucht.

Die andere Sache ist die: Der Bund hat schon erkannt, dass es im Rahmen seiner Zuständigkeit, was das Bundesinfektionsschutzgesetz angeht, einen Handlungsbedarf gibt, nicht nur aufgrund von Entscheidungen, die dann plötzlich die Oberverwaltungsgerichte in einzelnen Bundesländern getroffen haben oder aufgrund der Hinweise des Landesgerichtshofs, wie auch immer er sich genau nennt, in Bayern, wo man letztendlich auch die Verfassung - -

(Zuruf)

- Ist ja egal. Jedenfalls sind dort die Hinweise da.

Die Bundesregierung - das wissen wir seit heute - arbeitet ja schnell an der Formulierungshilfe, die die Bundestagsfraktionen der Koalition dort schon in den nächsten Tagen in die Behandlung nehmen werden. Und ich glaube, nach jetziger Planung am 18. November wird es dazu eine Sondersitzung von Bundestag und Bundesrat geben, wo wir eine Konkretisierung des Bundesinfektionsschutzgesetzes erleben werden. Diese hat genau das an Lücke zu schließen, was derzeit an unbestimmten Rechtsbegriffen bzw. auch an mehr oder weniger sehr schwierig rechtlich haltbaren Entscheidungen in Verordnungen hineingefügt wurde.

Man hat ja gesehen, welche Dinge durch Oberverwaltungsgerichte in Deutschland kassiert wurden. Es muss eine Einheitlichkeit anders gegeben sein, als das bisher der Fall ist, wo wir mehr oder weniger, immer aufgrund der regionalen Situation zum Beispiel, die Bundesstrategie überhaupt nicht umsetzen können, wenn bei uns die Zahlen besser sind und logischerweise dann bestimmte Maßnahmen nicht mehr haltbar gewesen sind.

In der Richtung ist etwas in Bewegung. Das heißt, das zuständige Parlament, nämlich der Bundestag, wird sich dieses Themas annehmen, wird dort eine Gesetzesnovellierung vornehmen. Dann ist zu schauen, inwieweit das dann mit

einer neuen Qualität bestimmte Dinge, die wir in den letzten Monaten erlebt haben, aufzulösen hilft.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Wir haben die nächste Wortmeldung: Herr Dr. Tillschneider. Und fertigmachen bzw. vorbereiten könnte sich Herr Höse. - Sie haben das Wort.

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):

Herr Ministerpräsident, Sie haben erklärt, dass der höchste Motivationsgrund Ihres Handelns die Achtung vor dem absoluten Wert eines jeden Lebens ist. Das nehme ich Ihnen nicht ab. Denn Sie wissen genauso gut wie ich, dass die Auswirkungen der Coronamaßnahmen, aufs Ganze gesehen - sowohl die gesundheitlichen, aufgrund des Tragens dieser ungesunden Maske, als auch die psychischen und viele mittelbaren und unmittelbaren Auswirkungen -, mehr Schaden am Menschenleben anrichten als dieses Virus selbst.

Das nehme ich Ihnen nicht ab, weil Sie eine Gesundheitspolitik verantworten, die über Rationalisierung im Gesundheitswesen diskutiert, die verantwortlich ist für Krankenhausschließungen. Ich nehme es Ihnen einfach nicht ab; auch weil Sie eine Einwanderungspolitik verantworten, die Massen von Kriminellen und Gewalttätern ins Land spült.

Ich nehme Ihnen nicht ab, dass der Respekt vor Menschenleben Ihr höchster Motivationsgrund ist. Und die AfD nimmt es Ihnen nicht ab. Sie versuchen zwar, Leute für dumm zu verkaufen, aber da bekommen Sie von uns Gegenwind. Das wäre die Anmerkung.

Und die Frage: Sie haben in der Presse erklärt, dass die Maßnahmen in Sachsen-Anhalt eigentlich nicht notwendig sind. Das haben Sie genau so erklärt.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ganz ruhig!

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):

Es wäre in Sachsen-Anhalt nicht notwendig, aber aus nationaler Solidarität machen wir es trotzdem.

Solidarität ist, wenn der, mit dem ich solidarisch bin, was davon hat. Jetzt frage ich Sie einmal: Was haben denn die Bayern davon, wenn wir in Sachsen-Anhalt, wo diese scharfen Maßnahmen eigentlich nicht notwendig wären, uns diese gleichen Maßnahmen auferlegen? - Die Frage hätte ich gern beantwortet.

(Beifall)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Ministerpräsident.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Das Erste weise ich strikt von mir. Wenn Sie mir solche Dinge unterstellen, dann, sage ich mal, hängt das vielleicht auch damit zusammen, dass Sie inzwischen für Ihre Überspitzung und Überzeichnung bekannt sind und auch in diesem Haus solche Sachen von sich geben, wozu ich sage, das lasse ich mir als Ministerpräsident und auch Abgeordneter vor allen Dingen nicht gefallen.

(Zurufe)

- Ja? - Das sage ich Ihnen, ja.

(Beifall)

Es geht um menschliches Leben und es geht auch um die Reduzierung von Infektionen, die, wenn wir nicht handeln würden, eintreten würden und bei denen in Teilen reversible, aber oftmals auch irreversible Schäden beim Menschen bleiben, die, wenn diese Zahl so weiter anwächst, eine völlig andere Gesellschaft erzeugen würden.

(Zurufe)

Da können Sie weiter bagatellisieren, wie Sie wollen. Ich bin bestimmt nicht als derjenige bekannt, der nicht, wenn die Zahlen und die Entwicklungen sich positiv entwickeln, dafür eintritt, dass wir Öffnungen machen bzw. auch die Verhältnismäßigkeit tagesaktuell überprüfen.

Mit Solidarität habe ich eben nicht nur die nationale gemeint, sondern auch die Solidarität in unserem eigenen Land. Denn wir wussten ja, was mit zeitlicher Verzögerung und auch aufgrund des Zusammenwirkens sämtlicher Mechanismen innerhalb von Deutschland auf uns zukommt. Wir müssen eben eine Solidarität üben, die verhindert, dass wir in bestimmte Eskalationsstufen hineinkommen, die ich vorhin beschrieben habe, die ich uns aber ersparen möchte, bis hin zu weiteren Einschränkungen von Grundrechten.

Wenn wir das alles nicht wollen, dann müssen wir jetzt handeln. Es gibt trotzdem keine Garantie dafür, dass es alles hundertprozentig greift. Aber wir haben ja Erfahrungen vom Frühjahr, dass bestimmte Maßnahmen durchaus Effekte gebracht haben. Und es ist unsere verdammt Pflicht und Schuldigkeit, das auch wieder zu praktizieren.

Und vielleicht noch die letzte Sache zum Gesundheitswesen. Ich kann nur sagen: Hut ab vor denjenigen, die dort tagtäglich hart arbeiten und dafür sorgen, dass es bisher möglich war, jedes Menschenleben bei uns in Würde zu behandeln. Es hängt dies eben in keiner Weise mit irgendwelchen Strukturreformen und andern Dingen

zusammen, wenn es darum geht, eine Situation wie in anderen europäischen Ländern zu vermeiden.

Gerade wir in Deutschland, auch in Sachsen-Anhalt, werden jetzt wieder angefragt, ob wir aus anderen Nationalstaaten Infizierte bzw. Erkrankte übernehmen können. Daran sehen Sie doch, welches Potenzial wir haben.

Wenn es um die Solidarität geht, dann wissen Sie genau, dass es inzwischen auch ein klares Konzept des Bundesinnenministeriums und der Bundesregierung gibt, dass wir uns aufgrund der Situation, dass die einzelnen Bundesländer sehr unterschiedlich betroffen sind, gegenseitig helfen müssen. Es gibt fünf Regionen - bei uns ist es die Region bestehend aus Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Berlin; in Klammern: auch Berlin mit den hohen Zahlen -, wo wir möglicherweise solidarisch untereinander dafür sorgen müssen, dass alle diejenigen, die einer akuten Behandlung bedürfen, mit den Intensivkapazitäten behandelt werden.

Das ist das, was wir als Land sicherstellen wollen. Damit beschäftigen wir uns. Deswegen brauchen wir eine bundesweite Dämpfung der Situation, damit es eben nicht weiter eskaliert. Denn ansonsten sehen wir unsere Kapazitäten schwinden. Deswegen ist es richtig, dass wir das jetzt gemacht haben. Wenn wir es nicht gemacht hätten, dann hätten wir uns schuldig gemacht.

(Zustimmung)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Höse, Sie können an das Mikrofon treten. - Ich kann Ihnen sagen, dass es noch fünf weitere Wortmeldungen gibt. Diese lasse ich noch zu. Danach werde ich keine Wortmeldungen mehr zulassen, da die Zeit wirklich schon weit fortgeschritten ist. - Herr Höse, bitte.

Thomas Höse (AfD):

Vielen Dank. - Herr Haseloff, verstehen Sie mich? Wieder hier oben.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Bitte sprechen Sie langsamer. Es hallt sehr herüber. Ganz langsam.

Thomas Höse (AfD):

Der Direktor des Forschungszentrums Generationenverträge an der Universität Freiburg hat den Zusammenhang zwischen technischem Fortschritt und wirtschaftlichem Wachstum eines Staates und der dadurch höheren Lebenserwartung eines Volkes betrachtet und nachgewiesen.

Wenn durch das Herunterfahren des öffentlichen, gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Lebens negative Wirtschaftsimpulse gesetzt werden und dadurch der technische und natürlich auch der medizinisch-technische Fortschritt verringert werden, dann verringert sich, langfristig gesehen, auch die Lebenserwartung der Bürger oder des Volkes. Das dürfte eigentlich klar sein. Das heißt, für eine kurzfristige Lebensverlängerung von einigen wenigen - in unserem Fall sind es 0,2 % - nehmen Sie langfristig gesehen eine Lebenszeitverringerung der übrigen 99,8 % in Kauf.

(Zustimmung - Zurufe)

Meine Frage ist jetzt: Finden Sie das als MP und als soziales Wesen - das haben Sie vorhin fünf oder sechs Mal betont - verhältnismäßig und verantwortungsvoll? - Vielen Dank.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Ministerpräsident.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Können Sie sich eigentlich vorstellen, was von einer Gesellschaft, einer Volkswirtschaft, die innerhalb von zwei Jahren - so würde die Dynamik verlaufen - eine Herdenimmunsierung von 60 % der Bevölkerung durchstehen müsste, noch übrig bleiben würde?

(Zurufe)

Können Sie sich das vorstellen? - Sie wissen überhaupt nicht, wovon Sie reden.

(Zustimmung - Zurufe)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Rausch, Sie hatten vorhin die Möglichkeit, Ihre Frage zu stellen. Jetzt haben andere auch noch dieses Ansinnen. Sie sind jetzt nicht an der Reihe. Bitte seien Sie nicht so laut, damit Sie den Ablauf nicht stören. Jetzt ist der Abg. Herr Poggenburg an der Reihe. - Herr Höse - einen kleinen Moment, Herr Poggenburg -, Sie können eine ganz kurze Nachfrage stellen. Sie holen aber auch immer sehr lang aus, sodass Sie fast

(Thomas Höse, AfD: Nee, das mache ich gar nicht!)

schon zwei Minuten brauchen.

(Thomas Höse, AfD: Was? Das war nicht einmal eine Minute!)

- Herr Höse, das war eine Minute, aber ich möchte Sie trotzdem bitten, nicht mehr so lang zu sprechen. Auch die folgenden Fragesteller bitte ich, nicht mehr so weit auszuholen. Wir

sind wirklich sehr weit in der Zeit fortgeschritten.

(Thomas Höse, AfD: Das liegt vielleicht daran, dass ich jedes Mal wie in Zeitlupe sprechen muss, weil er mich immer nicht versteht, wie er sagt!)

- Einen kleinen Moment. - Wenn Sie nicht wollen, dann hören Sie einen kleinen Moment auf. Sie geben keine Ruhe, Herr Rausch. Wir können auch noch einen Moment warten, bis Sie sich beruhigt haben.

(Zurufe)

- Herr Rausch, ich möchte mit Ihnen kein Zwiegespräch führen.

(Zustimmung)

Wir führen eine aktuelle Debatte, in der alle anderen Abgeordneten auch das Recht haben, eine Frage zu stellen, so wie Sie es hatten. Das habe ich Ihnen gegönnt und ich habe es Ihnen erlaubt. Jetzt sind die anderen an der Reihe. Lassen Sie die anderen auch einmal zu Wort kommen. Ihr Kollege Höse steht dort oben und möchte eine kurze Nachfrage stellen. - Diese gewähre ich Ihnen jetzt.

Thomas Höse (AfD):

Vielen Dank. - Herr Haseloff, ich wollte eigentlich bloß nachfragen, warum Sie mir wieder einmal, wie im letzten Plenum, nicht auf meine Frage geantwortet haben.

(Zuruf: Oh! - Weitere Zurufe - Lachen)

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Ich wiederhole es gern noch einmal. Es geht nicht nur um die 0,2 %. Ja, es geht auch um sie, aber es geht auch um jeden einzelnen in unserer Gesellschaft. Es gibt immer eine Verhältnismäßigkeit insgesamt von dem, was eine Gesellschaft leisten kann, um auch ein Einzelschicksal zu begleiten und aufzufangen, gegenüber der Gesamtverantwortung. Diese Maßnahmen ergreifen wir nicht nur des Gesundheitssystems, des Notstandes wegen, sondern weil wir einen Vorgang bremsen müssen, der ansonsten im Sinne einer - - Schauen Sie nach Amerika, in die Vereinigten Staaten, wo so etwas letztlich ungebremst durch die Gesellschaft läuft. Schauen Sie sich dann die dortigen wirtschaftlichen Daten an und vergleichen Sie das einmal mit unserer Situation.

(Zurufe)

Dann wissen Sie, warum wir diesen Prozess nicht mit allem Drum und Dran ungesteuert laufen lassen können.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sie stellen Fragen und beantworten Sie dann selbst. Dann braucht der Ministerpräsident diese hier gar nicht mehr zu beantworten, wenn Sie das nicht zulassen.

(Zustimmung)

Dann verstehe ich das nicht mehr.

Herr Poggenburg, Sie haben jetzt die Möglichkeit. Und bitte auch an Sie der Rat, den ich gerade gegeben habe. Versuchen Sie, sich kurzzufassen; wenn möglich auch beim Ministerpräsidenten. Aber das ist manchmal nicht einfach. Bitte.

André Poggenburg (fraktionslos):

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, in dieser aufgeheizten Debatte - mittlerweile ist es doch irgendwie eine Debatte - möchte ich etwas ganz sachlich und mit allem Respekt sagen. Sie haben angeführt, dass Kontaktbeschränkungen oder eben auch Kontaktverbote, je nachdem wie weit man das jetzt treiben möchte, natürlich das Mittel seien, um die weitere Ausbreitung einer Coronapandemie zu verhindern. Das klingt erst einmal sehr logisch. Das ist ja ganz klar.

Eine Pandemie oder Epidemie, die sich nicht weiter ausbreiten soll, kann durch Kontaktbeschränkungen natürlich behindert werden. Vor diesem Hintergrund gibt es aber einen Fakt, eine Tatsache. Ich selbst war auch mehrmals bei Großdemonstrationen mit - ich kann es wirklich bestätigen - Hunderttausenden Menschen, die durch in dem Moment schlechte Polizeimaßnahmen oder eine schlechte Führung der Polizei nicht mit Kontaktbeschränkungen, sondern mit Vollkontakt - mit Vollkontakt! - unterwegs waren. Danach hätte doch eine Welle der Infizierungen über Deutschland hereinbrechen müssen, wenn alles so stimmt, wie es dargestellt wird. Das ist aber nicht passiert. Es ist nicht passiert!

Wenn man das ernst nimmt, was immer gesagt und erzählt wird - ich übertreibe es jetzt absichtlich etwas bildhaft -, dann müssten theoretisch nach solchen Veranstaltungen, nach solchen Kontakten Leichenberge die Straßen säumen. Gott sei Dank ist das nicht der Fall. Aber es zeigt doch irgendwie, dass das ganze Theater so nicht stimmt. Was sagen Sie dazu?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Ministerpräsident.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Sie sprechen von Theater. Ich habe eine andere Vorstellung davon, was dieser Begriff bezeichnet.

Wenn wir von den gleichen Demonstrationen sprechen, die Sie jetzt hier angeschnitten haben, dann meinten Sie Demonstrationen, zu denen aus ganz Deutschland Menschen zusammengekommen sind und wieder in ihre Herkunftsorte zurückgefahren sind. Nehmen Sie sich einmal die Deutschlandkarte zur Hand und schauen Sie sich an, was dort abgegangen ist. Dann wissen Sie, warum es teilweise in Bundesländern einen Inzidenzwert von mehr als 100 gibt; gerade auch dort, wo es mehr oder weniger sehr, sehr intensive Kontakte gibt und wo es aufgrund der Bevölkerungsdichte usw. usf. nicht verhindert oder vermindert werden konnte. Dann wissen Sie, warum letztendlich die Zahlen entstanden sind, die dort das System an die Grenze der Belastbarkeit führen.

Es gibt eine ganz klare Korrelation. So möchte ich es einmal bezeichnen. Wir müssen jetzt etwas leisten, nämlich 75 % der Kontakte zu reduzieren, damit wir wieder auf ein zu bewältigendes Niveau kommen. Wir werden es nicht auf Null senken können, weil die Wirtschaft ja bis auf die ganz wenigen Bereiche, die wir herausgenommen haben, weiterläuft. Die Gesamtgesellschaft ist dieses Mal - ich kann jetzt keine Faustformel entwickeln - gegenüber dem Frühjahr nur zu einem sehr geringen Teil betroffen. Wir tragen Verantwortung dafür, dass die Lasten und die entsprechenden Ausfälle von uns solidarisch getragen werden. Ansonsten läuft die Gesellschaft weiter in einem geordneten Verfahren mit Hygieneregeln. Das ist der Unterschied zum Frühjahr. Das lässt uns letztendlich auch hoffen, dass wir die nächsten Monate vernünftig durchstehen, wenn die Menschen verstehen, dass es um unsere gemeinsame Zukunft geht, und wenn alle versuchen mitzumachen.

(Zustimmung)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Poggenburg, Sie können eine wirklich nur ganz klitzekleine Nachfrage stellen.

André Poggenburg (fraktionslos):

Ja. - Herr Haseloff, ich erkenne an, dass Sie sich bemüht haben, die Frage zu beantworten. Ich merke aber auch, dass Sie sie letztlich nicht beantwortet haben. Ich rechne es Ihnen trotzdem positiv an, dass Sie sich bei der ganzen Sache sehr unwohl fühlen. Das zeigt auch das ganze Dilemma dieser Veranstaltung. - Danke.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Lieschke ist der nächste Fragesteller. Danach kann sich Frau von Angern schon vorbereiten. - Herr Lieschke, bitte.

Matthias Lieschke (AfD):

Sie haben gravierende Einschränkungen für unser Land beschlossen, und zwar in der Ministerpräsidentenkonferenz, die Sie durchgeführt haben. Es ist klar, dass alle Länder einen anderen Status bei den Infektionszahlen, den Krankheitszahlen, Todesfällen usw. haben. Unser Land ist wirklich sehr, sehr wenig beeinflusst.

Sie haben hier vorhin ein bisschen abfällig über die AfD als eine nicht wirkliche Opposition gesprochen. Ihnen sollte aber doch klar sein, dass wir alle 2016 in den Landtag gewählt worden sind, weil wir den Willen des Volkes vertreten möchten. Genau das möchten wir als AfD-Fraktion natürlich auch tun. Deswegen fragen wir uns letztendlich, warum Sie die Entscheidungen allein treffen. Vielleicht sind gar nicht die Gaststätten das Problem. Vielleicht sind das die fünf Monteure, die ständig Woche für Woche in einem Auto irgendwohin zur Montage fahren müssen, oder andere Maßnahmen.

Meinen Sie nicht, dass es sinnvoller gewesen wäre, hier im Landtag darüber zu debattieren, also dort, wo der Volkswille umgesetzt wird, anstatt allein zu sagen: Wir machen es jetzt so und reden vielleicht mit ein paar Leuten von den Koalitionsfraktionen darüber, was gut für das Land ist. Meinen Sie nicht, dass diese ganze Diskussion darüber, welche Maßnahmen gerechtfertigt sind, womit man vielleicht warten kann oder was man vielleicht noch dringender erledigen müsste, als die Gaststätten zu schließen, genau hierher gehört?

Sie haben eine Branche ausgesucht, die jetzt trotz Förderung flächendeckend große Probleme hat. Maßnahmen, über die wir sagen können, dass der Wille des Volkes, sagen wir einmal, mitbestimmt, hat es nicht gegeben. Sie haben es entschieden. Ich glaube, deswegen sind wir und viele Bürger dort draußen auch sauer. - Vielen Dank.

(Zustimmung)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Ministerpräsident.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Das Land Sachsen-Anhalt ist kein autarker Nationalstaat, sondern wir sind in einer bundesstaatlichen Ordnung eingebettet in ein Gesamtsystem. Wir exekutieren ein Bundesgesetz. Es ist durch den Bundestag eine Pandemie festgestellt worden. Das entsprechende Bundesgesetz - das habe ich vorhin schon erklärt - hat mit Verordnungsermächtigungen letztendlich einen Umsetzungsmodus vorgesehen, den wir praktizieren. Wenn das Gesetz verändert wird, dann sind auch

andere Wege vorstellbar. Vieles ist denkbar. Aber die Prozedur ist momentan so.

Ich kann Ihnen sagen: Es war gut so, dass wir in den letzten Monaten relativ schnell auf die Situation reagieren konnten. Ich denke, dass wir insgesamt aus der Bewältigung dieser Pandemie, die noch nicht endgültig bewältigt ist - ich bin aber der frohen Hoffnung, dass wir es schaffen -, letztendlich für das Gesetzgebungswerk unserer Bundesrepublik sicherlich noch weitere Entwicklungen sehen werden. Darin bin ich mir ziemlich sicher. Jetzt haben wir aber unsere Aufgaben zu erfüllen. Das ist halt so.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Lieschke.

Matthias Lieschke (AfD):

Ganz kurz.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Das sagen sie alle.

Matthias Lieschke (AfD):

Grundlegend ist es eine Landesverordnung. Hätten Sie das Parlament mit einbeziehen dürfen oder können? Wäre das gegangen?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Ministerpräsident.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Eine Verordnung zur Exekutierung eines Bundesgesetzes sieht eine Landtagsabstimmung in der Form nicht vor. Es ist kein Landesgesetz als Grundlage vorhanden.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau von Angern, Sie haben jetzt die Möglichkeit, Ihre Frage zu stellen. Bitte.

Eva von Angern (DIE LINKE):

Danke, Frau Präsidentin. - Herr Ministerpräsident, Sie haben das Problem der Kontaktnachverfolgung bzw. der nicht mehr möglichen Kontaktnachverfolgung angesprochen. Nun kann ich mich daran erinnern, dass Sie der einzige Ministerpräsident waren, der beschlossen hat, dass in Sachsen-Anhalt die Kontaktnachverfolgung bzw. die Nachweispflicht für das Gastgewerbe aufgehoben wurde. Ist das etwas, was Sie nunmehr bereuen, bzw. verstehen Sie vor dem Hintergrund dieser erst kürzlich getroffenen Entscheidung und vor dem Hintergrund, dass nicht nachverfolgt

werden kann, wo Infizierungen stattfinden, dass das Verständnis in der Bevölkerung gerade für die Maßnahme der Schließung des Gastgewerbes nunmehr angesichts Ihres widersprüchlichen Agierens schwindet?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Ministerpräsident.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Frau von Angern, die Entscheidung ist nicht politisch getroffen worden, sondern es war eine klare Empfehlung des Pandemiestabes auf der Basis der klaren Ansagen der Gesundheitsämter dazu, welche Daten sie für die Kontaktnachverfolgung in den Zeiten, als diese noch relativ einfach war, zugrunde gelegt haben. Wenn diese Listen - es gibt zusätzlich das Datenschutzproblem, das Sie auch kennen - nicht verwendet werden, dann kann man sie sich auch schenken. Sie sind auch nicht relevant für das gewesen, was sich im Lande und in der Bundesrepublik an Ausbreitungsgeschehen generell abgespielt hat. Denn überall, wo die Kontaktlisten geführt wurden - sie waren auch nicht verwendungsfähig -, haben sie praktisch keine Wirkung auf die dortigen Infektionszahlen gehabt. Allerdings möchte ich jetzt keine Zusammenhänge herstellen.

Ich will einfach nur sagen, dass wir viele Dinge auf den Weg gebracht haben im Sinne folgender Aspekte: Was grenzt man ein? Was macht man transparent? Was erfasst man? Was ist nachher verwendungsfähig? - Das ist schlicht und einfach ein Instrument gewesen, das fachlich aussortiert wurde. Deswegen ist es auch abgeschafft worden und wird wahrscheinlich in der Form nicht wieder eingeführt werden, weil die Infektionen in anderen Zusammenhängen und in anderen Bereichen erfolgt sind.

Ich habe es vorhin schon versucht zu erläutern. Wenn wir die Fälle, die wir nachverfolgen konnten, zugrunde legen - momentan spielt es ohnehin keine Rolle, weil die Gaststätten geschlossen sind -, wenn wir die Zeit zugrunde legen, in der wir sozusagen noch in der zweiten oder dritten Generation der Infektionskette waren - „Generation“ bezieht sich jetzt auf die Infektionsweitergabe -, dann sehen wir sehr, sehr gut, was mehr oder weniger die eigentlichen Ursachen sind. Wir sehen, wo es mehr oder weniger durch Super-spreader hochgegangen ist und dann mehr oder weniger auch den GAU erzeugt hat bzw. dann sozusagen die Herde außer Kontrolle geraten sind.

Das ist dann meist auch in einer Phase, in der die Quantitäten einfach nicht mehr ausreichen und in der eine Liste in einem Restaurant auch nicht

dienlich gewesen wäre. Das kann Frau Grimm-Benne Ihnen gern im Ausschuss darstellen. Das war eine fachliche Entscheidung, die nicht politisch begründet gewesen ist.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. - Es gibt zwei letzte Wortmeldungen. Als Erster spricht Herr Lippmann und dann Herr Gallert. Danach schließe ich die Liste. - Herr Lippmann, Sie haben das Wort.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Haseloff, Sie haben in Ihrem Vortrag mehrfach darauf hingewiesen, dass es darauf ankommt, was in den nächsten 14 Tagen passiert und was dann in der vereinbarten Zwischenevaluation am 16. November 2020, wenn ich das richtig mitbekommen habe, weiter besprochen wird.

Meine Frage richtet sich darauf, welche Evaluationsmaßstäbe man sich vorzustellen hat. Welche Evaluationsmaßstäbe wollen die Ministerpräsidenten und die Kanzlerin anlegen? - Ich frage Sie das sowohl als Ministerpräsidenten als auch als Physiker, der mit Evaluationen vertraut ist. Welche Szenarien stellt man sich vor? Welche Erwartungshaltung gibt es dazu, was am 16. November auf dem Tisch liegen könnte? Welche neuen, welche anderen verschärften oder gelockerten Maßnahmen könnte das nach sich ziehen? Welche Überlegungen gibt es für den Fall, dass man - das ist heute schon angesprochen worden - feststellt, dass man eventuell die falschen Treiber angefasst hat? Macht man dann trotzdem weiter?

Alles in allem: Was haben wir denn zu erwarten, wenn wir jetzt alle 14 Tage lang auf den 16. November blicken? Und welche Diskussionen haben wir dann möglicherweise hinterher zu führen?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Ministerpräsident, bitte.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Es gibt eine qualitative Seite bei der Gesamtbewertung. Dabei geht es darum: Findet das, was wir jetzt gemacht haben, eine ausreichende Akzeptanz? - Wenn sich große Teile der Gesellschaft dem entziehen, dann wird auch ein Großteil der Erwartungen, die wir damit verbinden, ins Leere laufen. Das ist eine politische, eine psychologische, eine soziale Frage, die wir in diesem Zusammenhang aufgerufen sehen, bei der wir auch schauen müssen, was bis hin zur Transparenz, bis hin zum Klarmachen der notwen-

digen Maßnahmen, auch mit dem Querverweis auf Szenarien in anderen europäischen Ländern, weiter gemacht werden muss und auch argumentativ geschärft werden muss. Das ist die eine Sache.

Die quantitative Seite dabei ist, dass wir die Dynamik der letzten Tage und Wochen erlebt haben. Wir wissen mehr oder weniger, dass sich die hohe Infektionsrate pro Einzelfall als jeweilige Ursache für eine Kausalkette darstellt und zu der Gesamtsituation geführt hat.

Das heißt, um es einfach zu sagen: Schaffen wir es, in den Ländern mit einem Inzidenzwert über 100 wieder von diesem Wert herunterzukommen? Haben wir eine Chance, wieder unter 50 Infizierte pro sieben Tage und 100 000 Einwohner zu kommen? Schaffen wir das vor allen Dingen auch in den Kreisen? - Aber letztendlich ist es so: Wenn man sich den Altmarkkreis Salzwedel oder das Jerichower Land als Flächenkreise ansieht, dann sieht man beinahe den Faktor 10. Das ist die Situation.

Man muss eben regional schauen, inwieweit die Gesundheitsämter in der Lage sind, diese Aufgabe zu bewältigen. Wir haben die Kommunen nochmals gebeten, in den Gesundheitsämtern auf die Frühjahrszahlen hochzufahren und die Bundeswehr einzusetzen. Zudem wollen wir sukzessive Landesbedienstete in die Schwerpunktbereiche hineingeben, damit wir die Nachverfolgbarkeit, dort wo sie uns aus den Händen gerutscht ist, wieder in den Griff bekommen, sodass wir den Inzidenzwert wieder auf unter 50 herunterzoomen können, auf einen Bereich, in dem wir eine gute Transparenz hatten.

Wir müssen uns die Situation in 14 Tagen anschauen und prüfen, ob es erste Effekte gibt. Dass durch die Institute, die uns beraten haben, vier Wochen empfohlen worden sind, hat mit einer mathematischen Größe zu tun. Man hat gesagt, ein Inkubationszyklus und ein zweiter sowie bestimmte andere Effekte müssen sich gegenüber den ungebremsten Extrapolationen in irgendeiner Weise niederschlagen. Das muss man sehen. Dann muss politisch darüber diskutiert werden, ob die Maßnahmen, die im Frühjahr geholfen haben, die damals richtig gewesen sind, im Herbst bei Fortsetzung der wirtschaftlichen Tätigkeiten im sonstigen Bereich und der Tätigkeiten im schulischen Bereich entsprechend aufrechterhalten werden.

Die Zahlen für die Schulen - bei all den Problemen, die es dort punktuell gibt - sind bei uns derzeit so, dass wir sagen: Die Schulen sollte man auf jeden Fall erst einmal außen vor lassen. Dort gilt es dann technisch nachzusteuern, bis hin zu Dingen, die punktuell auch einmal in den Hybrid-

unterricht hineingehen. Dazu laufen im Übrigen überall schon Praxistests an den Schulen. Überall, wo ich nachgefragt habe, ist man dafür gewappnet. Die iPads sind sukzessive ausgereicht worden; weit mehr als 10 000 Geräte sind ausgeliefert worden. Dort, wo noch Lücken waren, sind diese geschlossen worden, sodass die technischen Voraussetzungen gegeben sind. Jeder hat auch mehr oder weniger verstanden, wie gelüftet werden muss. Diesen Bereich würde ich also außen vor lassen.

Ich würde auch versuchen, die Wirtschaft möglichst unangetastet zu lassen, sofern dort Regime gefahren werden, die mit festen Kohorten verbunden sind. Dies sollte die demzufolge die Gesamtgesellschaft nicht weiter destabilisieren.

(Zurufe)

Ansonsten kann ich nicht in die Glaskugel gucken. Wir müssen jetzt gemeinsam dafür sorgen, dass es eine Akzeptanz gibt, weil es eine Chance ist, die wir nutzen sollten. Wir werden uns die Situation dann in 14 Tagen bzw. in vier Wochen wieder ansehen müssen und schauen, was kommt.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Gallert, Sie sind jetzt an der Reihe.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Herr Ministerpräsident, wir sehen, es gibt in der Debatte erhebliche Differenzen zwischen Coronaleugnern und denjenigen, die die Situation sozusagen beherrschen wollen. Aber ich will auch feststellen: Es gibt auch erhebliche politische Differenzen zwischen denjenigen, die die Situation beherrschen wollen. Ich stelle fest, dass sich unsere ideologischen Grundvorstellungen seit dem 16. Oktober 2020, also innerhalb von 14 Tagen, offensichtlich etwas angenähert haben.

Ich will aber auf ein gewaltiges Problem hinweisen. Dieses Problem ist mir bei der Beantwortung der Frage von Frau Frederking sehr deutlich geworden:

Wir können uns als Politik nicht hinstellen und behaupten, Infektionen und Infektionsherde haben ihre Ursache im Versagen Einzelner - wir wissen schon bei 75 % gar nicht mehr, woher die Infektion kommt; denn dann weiß auch der Einzelne nicht mehr, wo er sich angesteckt hat -, gleichzeitig aber sagen, die Verantwortung, die wir als Staat zu tragen haben - das ist in der kalten Jahreszeit natürlich die Frage des Lüftens, also das Lüftungsproblem in geschlossenen Räumen -, erledigen wir damit, dass wir den Leuten sagen: Macht das Fenster auf. Das kann auch im Dezember noch funktionieren, wenn es mit dem Klimawandel so weitergeht, aber wir können

nicht garantieren, dass es keine kalte Jahreszeit mehr gibt. Deswegen sage ich ganz deutlich: Das untergräbt die Akzeptanz.

Wenn wir auf der einen Seite behaupten, schuld ist das Versagen Einzelner, die sich nicht an die Regeln halten, auf der anderen Seite aber sagen, Luftfilteranlagen, zum Beispiel für Schulen, für alle pädagogischen Bereiche und auch für öffentliche Einrichtungen bis hin zu Förderprogrammen für Private - diese gibt es in anderen Ländern -, brauchen wir nicht, um dieses Problem in den Griff zu kriegen, die Leute sollen die Fenster aufmachen, dann bedeutet das den Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung. Das können wir nicht akzeptieren, weil das ganz gewaltig die Akzeptanz für diese restriktiven Maßnahmen untergräbt.

(Zustimmung)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Gallert. Ich habe keine Frage gehört; es war offenbar eine Kurzintervention.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Ich möchte aber trotzdem etwas dazu sagen.

(Zuruf von Wulf Gallert, DIE LINKE)

- Ja, ich habe es als Frage verstanden.

(Wulf Gallert, DIE LINKE: Gut!)

Wenn ich gesagt habe, dass es das Versagen Einzelner ist, bezieht sich das auf die bisher ermittelbaren Hotspots, bei denen wir genau sagen können - das ist wirklich bei jedem Hotspot so gewesen -, wer durch die Nichtbeachtung welcher Spielregeln - ich will es etwas sanfter sagen - zur Ausbreitung beigetragen hat. Das ist uns noch bis vor wenigen Tagen gut möglich gewesen.

Selbst in einer Stadt wie Magdeburg kann man trotz der hohen Zahl und der mengenmäßigen Belastung der Nachverfolgungsbehörde, also des Gesundheitsamtes, klar sagen, in welchen Quartieren, in welchen Bereichen sich das bewegt, so dass man handlungsfähig ist. Das ist eine quantitative Sache.

Aber - darin gebe ich Ihnen recht - in den nächsten Wochen wird es diffuser werden. Das erleben wir bereits in den Landkreisen, die sozusagen den Ausnahmezustand verhängt haben, beispielsweise in Bayern. Dort besteht dann eventuell die Möglichkeit zu eruieren, inwieweit es zusätzliche Ausbreitungsmechanismen gibt, die wir mit unseren Regeln bisher nicht erfassen, zum Beispiel in schulischen Bereichen, über Wochen und Monate hinweg, etwa in der kalten Jahreszeit mit den Lüftungsstrategien, die wir haben. Ist dann die

Technik das Allheilmittel? Oder ist es doch eher das bewusste Umgehen mit den natürlichen Gegebenheiten vor Ort?

Es gibt ein Land, das ein offensives Lüftungsprogramm geschaltet hat, nämlich Hessen. Hessen ist auch am stärksten betroffen. Das hat aber nichts zu sagen; denn es geht immer darum, möglichst jeden Einzelfall zu vermeiden, egal ob der durchschnittliche Inzidenzwert eines Landes derzeit niedriger ist als der anderer Länder.

Aber das ist auch eine Frage der technischen Möglichkeiten, der Ressourcen, der Lieferbarkeit usw. Wir wissen - das müssen wir realistisch sagen -, dass ein flächendeckendes Ausrüsten mit solchen Dingen, die fachlich nicht ganz unumstritten sind, differenziert zu betrachten ist. Es gibt dazu unterschiedliche Hinweise; das Umweltbundesamt argumentiert differenziert. Die einen sagen, das Stoßlüften ist wesentlich günstiger. Aber dazu will ich mich gar nicht weiter äußern; ich bin kein Spezialist dafür.

Ich sage nur eines: So etwas für die nächsten fünf, sechs Monate flächendeckend in allen Klassenräumen hinzubekommen, ist problematisch. Wir können ja einmal berechnen, über wie viele Klassenräume wir bei 250 000 Schülern sprechen. Das wäre bei einer längerfristigen Strategie, wenn wir mehrjährig planen müssten, etwa in dem Fall, dass es keine wirksamen Impfungen gäbe, unabweisbar. Aber jetzt müssen wir parallel fahren. Wir müssen auch weiterhin Ergebnisse sammeln. Die Universität Magdeburg ist gemeinsam mit Prof. Dr. H. unterwegs, um diesbezüglich etwas zu versuchen.

Wir müssen zunächst mit ganz normalen Bordmitteln versuchen, das öffentliche Leben und vor allen Dingen das schulische Leben und das Kita-Leben am Laufen zu halten. Das setzt die Einhaltung dieser Regeln voraus. Wenn diese Regeln eingehalten werden, dann haben wir vielleicht 95 %, 98 % der Miete schon drin.

Das eine schließt das andere nicht aus, aber ich sage Ihnen auch als Vertreter einer Verwaltung: Solche Programme sind wichtig und notwendig, aber selbst das Bundesland Hessen wird an Grenzen stoßen. Ich weiß, worüber alles auch in Bayern nachgedacht wurde; dort ist der politische Druck ein ganz anderer. Wir werden an vielen, vielen Stellen parallel fahren müssen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Nachdem Sie Ihre Regierungserklärung gehalten und anderthalb Stunden lang Rede und Antwort gestanden haben, muss ich feststellen, dass Sie Ihre Redezeit um fünf Minuten überzogen haben. Die-

se Redezeit muss ich nun auch den Fraktionen in der Debatte zugestehen.

(Dr. Katja Pähle, SPD: Wir sind Ihnen sehr dankbar! - Heiterkeit - Zustimmung)

Wir steigen nunmehr ein in die

Aussprache zur Regierungserklärung

Vorgesehen war eine Redezeit von 15 Minuten pro Fraktion. Sie können auch die zusätzliche Redezeit von fünf Minuten ausschöpfen, müssen dies aber nicht tun. Eine gesonderte Einbringung der Anträge ist nicht vorgesehen, wird aber bei der Redezeit der Antragstellerin berücksichtigt.

Wir beginnen mit der ersten Debattenrednerin. Für die Fraktion DIE LINKE spricht die Abg. Frau von Angern. Sie haben das Wort, bitte.

Eva von Angern (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine Damen und Herren Abgeordneten! Gestern erschütterte uns ein terroristischer Anschlag in Wien. Ich will an dieser Stelle mein Mitgefühl mit den Opfern und ihren Angehörigen ausdrücken.

(Zurufe)

Die heute stattfindenden Wahlen in den USA beschäftigen uns. Wir schauen gebannt auf das Ergebnis dieser Wahl.

Wir stecken in einer Klimakrise und in einer Migrationskrise. Auf der Welt herrscht Wassermangel.

Es findet eine wahnsinnige weltweite Aufrüstung statt und um uns herum herrscht eine schreiende soziale Ungerechtigkeit. - Wir alle spüren es: Die Welt wird zunehmend unsicherer.

Es ist ernst - mit dieser Überschrift haben die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Fraunhofer-Gesellschaft, die Helmholtz-Gemeinschaft, die Leibniz-Gemeinschaft, die Max-Planck-Gesellschaft und auch die Leopoldina ihre gemeinsame Erklärung vom 27. Oktober 2020 überschrieben. Der Umstand, dass sich dieser geballte wissenschaftliche Sachverstand der Bundesrepublik Deutschland zu dieser gemeinsamen eindeutigen Botschaft gezwungen sah, sagt viel über unsere Lage aus.

Ich habe mich heute Vormittag mit dem Präsidenten der Leopoldina Prof. Haug via Videokonferenz ausgetauscht. Seine Botschaft ist deutlich: Wir brauchen Motivation, Solidarität und Disziplin. Die Wissenschaft sieht er als „Team Diagnose“ und uns als Politik - damit meinte er auch ganz ausdrücklich das Parlament - als „Team Therapie“. Unsere Aufgabe ist damit klar formuliert.

Covid-19 ist eine Naturkatastrophe. Ihre Wellen schwappen durch alle Länder, sie schwappen über die ganze Welt.

Wir alle sehen, dass wir nach der relativen Entspannung im Sommer seit einigen Wochen einen dramatischen Anstieg der Fallzahlen in Europa zu verzeichnen haben. Und nun explodieren auch die Fallzahlen in Deutschland.

Die deutsche Politik hat in dieser Lage zwei Optionen. Erstens. Wir lassen die Infektionswelle laufen. Zweitens. Wir nehmen Einfluss auf die Infektionswelle. Meine Fraktion tritt der Entscheidung des Bundes und der Länder und damit auch der Entscheidung der Landesregierung in der Substanz bei und trägt mit, dass Einfluss auf die Infektionswelle zu nehmen ist.

Ja, es muss gehandelt werden. Herr Ministerpräsident, hierbei stehen wir zusammen. Alles andere wäre der Tragweite der Situation nicht angemessen. Denn - das muss auch deutlich gesagt werden - die Einschnitte sind hart, sehr hart und für Einzelne brutal.

Doch wenn man sich dafür entscheidet, die Infektionswelle unbedingt abflachen zu wollen, dann ist es aktuell das weltweit einzige bekannte und wirkungsvolle Konzept, alle Kontakte, die potenziell zu einer Infektion führen können, so weit wie möglich auch tatsächlich einzuschränken.

Die Kontakte auf Zeit auf ein Viertel zu reduzieren und bestimmte Bereiche davon bewusst auszunehmen, zwingt dazu, zahlreiche andere Bereiche der Gesellschaft auf Zeit herunterzufahren. Diese Entscheidung ist hart. Aber das muss Politik manchmal tun.

Wir als LINKE hätten jedoch Wert darauf gelegt und legen auch weiterhin Wert darauf, auf der Grundlage der durch mich soeben ganz ausdrücklich erklärten Gemeinsamkeiten an dieser politischen Entscheidung und ihren Details beteiligt zu werden. Das wollen Sie nicht. Man kann es so machen, wenn es zulässig ist - politisch klug ist es nicht.

(Beifall)

Einerseits sprechen Sie, Herr Ministerpräsident, in Ihrer Fernsehansprache im MDR von der schwersten Krise der jüngeren Zeit. Andererseits glauben Sie, diese Krise ausschließlich mit exekutiver Willensbildung meistern zu können.

Was wir jetzt jedoch dringend brauchen, um die Akzeptanz für die erforderlichen Maßnahmen zu erhöhen, ist ein transparenter gesellschaftlicher Prozess vor einer Entscheidungsfindung. Es gibt andere Beispiele, die stärker sind als Sie.

Unsere größte gemeinsame Baustelle sind derzeit die Akzeptanz und die Solidarität unter den

Menschen. Nach meiner Überzeugung war Ihre Regierungserklärung in Inhalt und Form der Lage weder angemessen noch war sie geeignet, tatsächlich Halt und Orientierung zu geben. Die Transparenz auf dem Weg zu Ihren Entscheidungen fehlte gänzlich.

Sie knüpften heute nahtlos an Ihren ebenso nicht überzeugenden Auftritt in der Regierungsbefragung am 16. Oktober 2020 an; Herr Gallert wies darauf hin. Auch Ihre Fernsehansprache am 1. November 2020 im MDR hat mich vor allem hinsichtlich Ihrer Vortragsweise nicht positiv beeindruckt. Sie haben dort eine Rede emotionslos vorgelesen. Man kann das als ruhige Besonnenheit, als Gleichmut wahrnehmen. Das passt bei Ihnen beides nicht.

Ich bin mir eben unsicher, ob diese Leidenschaftslosigkeit die Menschen tatsächlich erreicht. Wir sehen, dass die Akzeptanz der Maßnahmen sinkt. Sämtliche Erklärungen für zum Teil sehr merkwürdigen Entscheidungen sind Sie schuldig geblieben.

Selbstverständlich haben die Menschen Fragen. Selbstverständlich haben sie auch ein Recht auf Antworten. Es ist klar, dass die Einschränkungen für Kultur und Kunst nicht ganz nachvollziehbar sind, wenn Shopping Malls offenbleiben. Da läuft etwas schief. Deshalb sagen wir als LINKE ganz klar: Ohne Kunst und Kultur wird es grau und trist,

(Beifall)

ohne Kunst und Kultur lässt sich keine Gesellschaft machen.

(Beifall)

Viele Menschen verfallen in diesen Novembertagen in Angst, Angst vor der Zukunft. Viele Kleinunternehmen stehen vor dem Aus. Soloselbstständige müssen um ihre Existenz bangen. Wir geraten in eine erhebliche soziale Schieflage.

Corona verändert uns, unsere Gesellschaft, und ich muss ihnen sagen, dass ich nicht finde, dass Sie damit angemessen umgehen, Herr Ministerpräsident. Sie verbreiten keine Sicherheit, keine Klarheit, sondern ändern Ihre Meinung, drehen sie nach dem Wind.

Natürlich ist es erforderlich, flexibel zu agieren. Aber Flexibilität bedeutet nicht Beliebigkeit. Und Sie strahlen Beliebigkeit aus.

(Beifall)

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte meine Kritikpunkte an Ihrer Regierungserklärung und an Ihrer Krisenpolitik in vier Punkten zusammenfassen.

Erstens lassen Sie aus meiner Sicht völlig im Unklaren, was die Leitplanken Ihrer Corona-Krisenpolitik sind. Haben Sie sich noch bis kurz vor der Schalte mit der Kanzlerin am 28. Oktober 2020 dadurch hervorzutun versucht, mit regionalen, auf Lockerungen und Unverbindlichkeit bedachten Sonderwegen beim Wahlvolk zu punkten,

(Zurufe)

so stimmten Sie in der Schalte einem Beschluss zu, der sehr weit von Ihren letzten Einlassungen entfernt ist, um dann noch einmal eine Drehung zu machen und zu behaupten,

(Zuruf)

dass die mit der Kanzlerin beschlossenen Maßnahmen für Sachsen-Anhalt nicht verhältnismäßig seien. Mit solchen Aussagen kann man Ihnen nur viel Glück auf dem Weg in die Gerichte wünschen. Wie eine solche Springprozession bei den Menschen draußen im Land Orientierung und Vertrauen wachsen lassen kann, ist mir ein Rätsel.

(Zurufe)

Zweitens. Sie agieren augenscheinlich ohne oder unter sehr eingeschränkter Beteiligung all jener staatlichen und gesellschaftlichen Bereiche, die von Ihrer Lageeinschätzung und von den getroffenen Maßnahmen der Landesregierung zum Teil vital betroffen sind. Wo ist beispielsweise die regelhafte Beteiligung vor Videoschalten mit der Kanzlerin und den Ministerpräsidenten oder vor dem Beschließen einer Eindämmungsverordnung? Wo ist der öffentliche Diskurs mit den von Ihren Entscheidungen Betroffenen? Wo ist die offen kommunizierte Begründung der einzelnen Maßnahmen und der Maßstäbe Ihrer Beurteilung? - Fehlanzeige.

Drittens agieren Sie augenscheinlich ohne oder mit sehr eingeschränkter wissenschaftlicher Beratung. Wenn Sie das tun sollten, ohne es öffentlich zu kommunizieren, wie das andere Ministerpräsidenten sehr deutlich tun,

(Zuruf)

dann stellt auch das ein Versagen Ihrer Krisenkommunikation dar. Das ist mangelnde Transparenz.

(Beifall)

Viertens - das ist ein Kritikpunkt, der auch die Basis unseres heutigen Antrages geworden ist - agieren Sie ohne das Parlament. Das haben wir als LINKE schon mehrfach angemahnt. Ich sage ganz deutlich: Es geht nicht allein um uns, es geht vielmehr um eine transparente Debattenkultur im Landtag von Sachsen-Anhalt,

(Zuruf)

um die Maßnahmen für die Menschen - -

(Zuruf: Das machen wir hier gerade!)

- Ja, aber Sie machen es doch nicht freiwillig. Sie machen es, weil Sie dazu gedrängt, gezwungen worden sind.

(Zurufe)

Der Herr Ministerpräsident hätte sich doch hier - -

(Zuruf)

- Sie haben es doch vorhin in seiner Regierungserklärung gehört: Er nimmt Bezug darauf, dass er hier schon viermal darüber diskutiert hat, dass er uns schon viermal seine Informationen hat zuteilwerden lassen. Warum hat er das getan?

(Zurufe)

Weil wir dieses Thema in der letzten Regierungsbefragung auf die Tagesordnung geholt haben, weil er eine Aktuelle Debatte, die von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt worden ist, missbraucht hat, um über dieses Thema zu sprechen.

(Zurufe - Unruhe)

Aber er hatte bisher nicht den Hintern in der Hose, sich hier hinzustellen und von sich aus, ohne den Druck des Parlaments, tatsächlich eine solche Erklärung abzugeben; geschweige denn, dass er sich heute zu der Aussage hinreißen ließe, dass Hinweise aus der Opposition für seine Entscheidungen keine Rolle spielen. Das ist, finde ich, ein merkwürdiges Demokratieverständnis, Herr Kollege.

(Beifall - Zuruf)

Sie haben in den Medien immer wieder betont, dass Sie das Parlament einbeziehen. Tatsache ist, dass Sie lediglich die Koalitionsfraktionen beteiligen.

(Zurufe)

Sie sind sogar so weit gegangen, das in der Präambel der Eindämmungsverordnungen schriftlich zu fixieren. Das halte ich ausdrücklich für eine Frechheit.

(Beifall - Zurufe)

Ich teile ausdrücklich nicht die Auffassung, dass eine solche Krise ohne ein Parlament zu managen ist. Ich teile auch ausdrücklich nicht die Auffassung, dass man die Krise lediglich mit den Koalitionsfraktionen managen kann. Das verstößt gegen unsere Landesverfassung, in der die Rechte der Opposition festgeschrieben sind.

Herr Ministerpräsident, Sie sind vor diesem Parlament auf die Verfassung vereidigt worden. Ich

erwarte, dass Sie diese Verfassung wahren und dass Sie der Diskriminierung der Opposition ein Ende setzen.

(Beifall)

Ich erinnere mich noch gut daran: In der Regierungsbefragung in der letzten Sitzungsperiode haben Sie Ihre verfassungsrechtliche Beurteilung der Sache so beschrieben, dass vieles über die Verordnungen in den Ländern zu realisieren sei. Sie haben erläutert, dass die Zuständigkeit der Länder gegeben sei und dass dies eben nicht die Parlamente seien, weil es lediglich um die Exekution von Bundesrecht gehe. Die Einzigen, die Sie korrigieren könnten, seien die Verwaltungsgerichte.

Dazu, Herr Ministerpräsident, sage ich ganz deutlich: Dieses Demokratieverständnis bereitet mir Unbehagen. So etwas wie Halle dichtzumachen - im Übrigen gab es dagegen auch von Ihnen berechtigterweise Widerspruch - ist keine bürokratische Verordnung, sondern das ist Politik. Das ist eine politische Entscheidung. Sie betrifft die Menschen ganz konkret. Ich finde es befremdlich, dass ich das hier erklären muss.

(Zustimmung)

Sie verkennen und ignorieren auch, dass maßgebliche Verfassungsjuristen unserer Republik mehr und mehr Zweifel an diesen Verfahren äußern. Sie ignorieren auch eine Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes des Saarlandes vom 28. August 2020. Ich möchte gern aus diesem Urteil zitieren, weil ich möchte, dass das auch protokollarisch festgehalten wird. Es heißt:

„Das Erfordernis einer parlamentarischen gesetzlichen Grundlage ist auch keine verzichtbare bloße Formalität. Während Verordnungen wie jene zur Bekämpfung der Coronapandemie bis zu ihrer Veröffentlichung im Wesentlichen im Internum der Exekutive erarbeitet, beraten und beschlossen werden und Bürgerinnen und Bürger damit vor die vollendete und geltende Regelung gestellt werden, gewährleistet ein parlamentarisches Gesetz die Debatte von Für und Wider vor dem Forum der Öffentlichkeit und damit ein wesentliches Element der repräsentativen Demokratie. Daher mag in einer Notsituation, in der kurzfristiges Handeln einer Regierung zwingend erscheint, die Verordnung auf der Grundlage einer hinreichend bestimmten Ermächtigung ein notwendiges und wichtiges Instrument der Staatsleitung sein. Je länger grundrechtliche Belastungen von Bürgerinnen und Bürgern indessen andauern, desto wichtiger wird es indessen, die Regelung ihrer Grundlagen und Grenzen dem ohne-

hin originär verantwortlichen parlamentarischen Gesetzgeber zu überlassen.“

Es muss auch deutlich gesagt werden - das kommt bei den Menschen draußen anders an -, dass ein Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz, auch wenn die Kanzlerin daran beteiligt ist, eben lediglich eine Absichtserklärung ist, auch wenn darin mit Worten wie „tritt in Kraft“ und „gilt verbindlich“ hantiert wird.

Meine Damen und Herren! Es ist in unser aller Interesse und es ist zum Erhalt unseres Verfassungsstaates, des Vertrauens in den Rechtsstaat und - das steht ganz vorn - der Akzeptanz der Maßnahmen dringend nötig, all jenen Stimmen zu folgen, die eine Parlamentarisierung der Pandemiebekämpfung für unumgänglich halten.

Wir LINKE fordern: Folgen Sie dem Rat des Bundestagspräsidenten in seinem Schreiben an die Bundestagsfraktionen oder auch gern dem Rat des linken Ministerpräsidenten Thüringens in seiner Protokollnotiz zu dem Beschluss von 28. Oktober 2020.

(Zuruf von Siegfried Borgwardt, CDU)

- Das können Sie mich nachher fragen, Herr Borgwardt, dann erkläre ich es Ihnen.

Mit unserem Antrag in der Drs. 7/6786 haben wir Vorschläge unterbreitet, wie das Parlament seinen ihm durch die Verfassung zugewiesenen Platz wirksam einnehmen kann.

Nun sind Sie am Zug, Herr Borgwardt, Frau Dr. Pähle und Frau Lüddemann. Zeigen Sie, dass Sie überzeugte Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind, und nutzen Sie die einzigartigen Möglichkeiten des parlamentarischen Verfahrens, um für die Legitimation zu sorgen. Denn saft- und kraftlose Fernsehansprachen werden dies nicht ersetzen.

(Beifall)

Wir brauchen einen mittelfristigen Plan. Denn wir müssen den Menschen sagen, was im Dezember, was im Januar oder auch im Juni des nächsten Jahres auf sie zukommen kann.

(Zurufe)

Wir müssen uns endlich in ein Boot setzen. Im Grunde sitzen wir ohnehin bereits gemeinsam in diesem Boot, ohne dass wir uns dessen bewusst wären. Denn die Lage - diese Auffassung teile ich ausdrücklich - ist ernst. Alle, die wir hier sitzen, tragen Verantwortung für dieses Land. Ich halte den befristeten Teil-Lockdown für unumgänglich.

(Zuruf)

Ich weiß aber auch, dass diese Gesellschaft einen hohen Preis dafür zahlen wird.

(Zuruf)

Deshalb müssen wir neben dem Schutz der Gesundheit der Menschen die Hilfen für die von den Maßnahmen Betroffenen in den Fokus stellen. Deshalb liegt Ihnen unser Antrag in der Drs. 7/6787 vor mit dem Ziel des solidarischen Schutzes und der zielgenauen Hilfsmaßnahmen.

Wir müssen weiter alles daran setzen, dass Kitas und Schulen offenbleiben können. Denn es war eine kluge und richtige Entscheidung, sie dieses Mal offenzuhalten. Und ja, wir brauchen zeitnah ein Förderprogramm für Luftfilteranlagen. Es kann doch nicht sein, dass mal eben Mittel in Höhe von 9 Milliarden € zur Rettung der Lufthansa da sind, diese 1 Milliarde € für die Schulen aber fehlt.

Es geht uns nicht darum, das von jetzt auf gleich umzusetzen,

(Zurufe)

sondern es geht darum, das nach und nach, Stück für Stück zu realisieren. Ich kann Ihnen sagen, dass wir natürlich bei unserer Forderung nach einem Kinder- und Familiengipfel bleiben werden, um sämtliche Maßnahmen immer auch daraufhin zu checken, was sie für die Kinder und Jugendlichen und die Familien in diesem Land bedeuten.

(Beifall)

In unseren Pflegeeinrichtungen sind in den vergangenen Monaten bereits kreative und sehr wirksame Hygienekonzepte entwickelt worden. Wir müssen gemeinsam alles daran setzen, dass keine zweite Vereinsamungswelle in unseren Pflegeeinrichtungen für unsere älteste Generation gibt.

Wir brauchen natürlich unverzüglich - das ist schon angesprochen worden - eine Erhöhung und Verlängerung des Kurzarbeitergeldes und eine finanzielle Unterstützung von Studierenden. Diese dürfen wir nicht aus den Augen verlieren. Es gibt Studierende, die darauf angewiesen sind, über einen Job ihr Einkommen aufzubessern, um überhaupt studieren zu können.

Im Rückblick auf die erste Welle ist auch klar festzustellen, dass wir alle in der Landeserstaufnahmeeinrichtung untergebrachten Personen unverzüglich dezentral unterbringen müssen. Das ist nicht nur ein wichtiger humanitärer Akt; es darf nicht noch einmal geschehen, dass Kinder und ihre Familien auf so engem Raum unter Quarantäne stehen. Wir sollten auch selbst ein Interesse daran haben, um Infektionsketten zu unterbrechen.

(Beifall)

Ganz klar, als LINKE sagen wir ganz deutlich: Wir wollen das Land der Dichter - gern: „Dichte-

rinnen“ - und Denkerinnen bleiben. Wir wollen, dass es heute und auch im nächsten Jahr eine vielfältige Künstlerinnenlandschaft in Sachsen-Anhalt gibt. Ich stimme dem Bundespräsidenten zu, der gesagt hat, wir brauchen die Kultur jetzt mehr denn je.

(Beifall)

Tatsache ist doch, dass wir ihnen durch den derzeitigen Lockdown ein weiteres Mal ihre Lebensgrundlage entziehen, ohne dass die Folgen des ersten Lockdowns für sie tatsächlich ausgestanden sind. Es ist gut und richtig, dass sich jetzt viele Kulturschaffende öffentlich zu Wort melden und öffentlich auf ihre Situation aufmerksam machen. Alarmstufe Rot, das ist kein Mediengag, das ist bitterer Ernst für viele Künstlerinnen und Künstler und Kulturschaffende in unserem Land.

Zur Kultur gehören selbstverständlich auch Klubs und Diskotheken. Wir dürfen diese und ihre Betreiberinnen nicht im Stich lassen.

(Beifall)

Gleiches gilt für die Gastronomie und das Beherbergungsgewerbe. Gerade in diesem Bereich haben wir erleben dürfen, wie eigenverantwortlich, ohne den Staat, vorbildliche Hygienekonzepte entwickelt worden sind. Wir müssen uns dringend für eine Öffnungsstrategie einsetzen. Die Kontaktverfolgung kann doch nicht abgeschafft werden, nur weil sie nicht funktioniert hat. Wir wissen doch alle, sie ist erforderlich. Wir brauchen sie. Wir müssen sie stattdessen qualifizieren und dürfen nicht sagen, sie kann weg. Also, wir brauchen eine Öffnungsstrategie für das Gast- und Hotelgewerbe.

(Beifall)

Vor dem Hintergrund all dieser Forderungen, die Sie, Herr Ministerpräsident, gestellt haben, und auch der Maßnahmen, die Sie durchführen, stellt sich für uns hier in diesem Haus natürlich auch eines Tages die Kostenfrage. Sie haben dazu nichts gesagt. Wir sind ja auch der Haushaltsgesetzgeber. Natürlich ist zu fragen, wer irgendwann einmal dafür zahlt.

Die Junge Union hat heute entschieden, Friedrich Merz soll Angela Merkel beerben. Ich hörte, dass auch die CDU Sachsen-Anhalt seine Kandidatur unterstützen würde. Meine Damen und Herren! Mit Friedrich Merz ist der Weg klar: Es geht um Sozialabbau und Verschärfung der sozialen Frage.

Friedrich Merz wird mit der gewohnten Arroganz, die der eine vielleicht mag, die ich abstoßend finde, diejenigen für die Krise zahlen lassen, die jetzt schon für die Krise zahlen: das Pflegepersonal, die Verkäuferinnen und die Rentnerinnen.

Angela Merkel hat viele Fehler in ihrer Amtszeit gemacht, gerade bei der Sozialpolitik. Aber ich sage Ihnen, wir werden sie noch vermissen, wenn wir irgendwann Friedrich Merz im Kanzleramt begrüßen dürfen.

(Beifall)

Als Ostdeutsche und Sachsen-Anhalterinnen werden wir sie vor allem dann vermissen, wenn es darum geht, dafür zu kämpfen, dass die Renten nicht weiter gekürzt werden.

DIE LINKE sagt ganz klar, ja, wir wollen es die Superreichen zahlen lassen, nicht diejenigen, die den Laden am Laufen halten. Zur Wahrheit gehört nämlich auch, dass auf der einen Seite Arbeitslosigkeit und die Zahl der Kurzarbeitenden gestiegen sind und dass auf der anderen Seite enormer Reichtum bei Einzelnen entstanden ist. Ja, es gibt Gewinner der Krise.

Meine Fraktion hat kürzlich durch eine Umfrage herausgefunden, dass 62 % der Menschen in Sachsen-Anhalt für eine einmalige Vermögensabgabe gemäß Artikel 196 des Grundgesetzes stimmen. Sie wissen, das ist kein Teufelszeug, das ist Verfassung.

(Beifall - Zurufe)

Ich finde, wir sollten vielleicht nicht heute, aber an anderer Stelle noch einmal darüber reden und diese Akzeptanz auf jeden Fall aufgreifen.

Generell wird das Leben mit Corona, selbst dann, wenn es einen Impfstoff gibt, ein anderes sein. Ich erwarte von der Regierung, dass sie hier Vorschläge macht und - und das ganz deutlich - darüber mit dem Parlament öffentlich, transparent debattiert.

Wir müssen natürlich auch zeitnah darüber reden, wie es uns gelingen kann, eine Durchimpfung der Bevölkerung von mindestens 70 % zu erreichen. Das wird unsere nächste gemeinsame große Aufgabe sein. Diese schaffen sie nicht allein, Herr Ministerpräsident.

Deshalb ende ich ganz bewusst mit den Worten des Präsidenten der Leopoldina. Das, was wir zur Bewältigung all dieser Aufgaben als Teamtherapie brauchen, sind Motivation, Solidarität und Disziplin. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau von Angern. Ich habe den Wunsch auf eine Kurzintervention von Herrn Dr. Schmidt gesehen. Sie bleiben erst einmal stehen. Gut. - Bitte, Herr Dr. Schmidt.

Dr. Andreas Schmidt (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Liebe Frau von Angern, Sie haben zum Teil ganz bedenkens-

werte Dinge gesagt über die ganze Frage von parlamentarischer Beteiligung und Verfassung. Die Frage nach Quarantäne für Gemeinden ist aber nun gerade ein schlechtes Beispiel für politische Entscheidungen.

Der Satz von Frau Ministerin Grimm-Benne über Halle und über eine mögliche Quarantäne ist Anlass für viele lustige Bemerkungen gewesen, die eigentlich alle total fehl am Platze sind. Es ist aber auch genau ein schlechtes Beispiel für eine politische Entscheidung. Die politische Entscheidung ist nämlich mit dem Infektionsschutzgesetz getroffen worden. Darauf folgen Rechtsverordnungen und möglicherweise Verfügungen von kommunalen Hauptverwaltungsbeamten. Diese sind aber nicht mehr politisch, sondern sie müssen dann ausgelöst werden, wenn die Lage so ist, wie sie ist.

Das Argument der Frau Ministerin in der Debatte damals war genau das. Sie hat nämlich darauf hingewiesen, und zwar zu Recht, dass in rheinischen Großstädten zu spät und nachlässig gehandelt wurde und dadurch anderswo Gefahren entstanden sind und dass sie jedenfalls für ihren Teil bereit dazu ist, die Regeln konsequent anzuwenden.

Dazu muss ich sagen, das freut mich, das erwarte ich von einer Regierung. Das bestärkt mein Vertrauen in diese Regierung, dass sie an dieser Stelle bereit dazu ist, die Konsequenzen zu ziehen, auch wenn es eine große Kommune betrifft, und genau nicht politische Opportunitätserwägungen einbezieht, wie es möglicherweise an dem einen oder anderen Tag in Köln gewesen ist, bevor man dort eben genau zu spät gehandelt hat, weswegen man nicht ganz unschuldig daran ist, dass die Republik jetzt in der Lage ist, in der sie ist. Darauf möchte ich hinweisen, dass wir bei allen Abwägungen, die wir in der Politik vornehmen, sagen, das sachlich Richtige muss den Vorrang haben.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sie dürfen natürlich darauf erwidern. Bitte.

Eva von Angern (DIE LINKE):

Ich danke Ihnen für Ihre Kurzintervention. Ich möchte noch einmal die Debatte bei der letzten Regierungsbefragung zu diesem Thema in Erinnerung rufen. Der Grund, warum ich das Beispiel genommen habe, war dieses „ich entscheide“, dieser Habitus, den sowohl der Ministerpräsident als auch die Sozialministerin hier an den Tag gelegt haben. Ich entscheide gegenüber allen, die hier im Parlament sind. Ich entscheide, und die Entscheidungsbefugnis des Parlaments bleibt außen vor.

Ich finde, dann muss man genau hinschauen. Sind es die Kommunen, die es zu entscheiden haben, oder ist es tatsächlich an der Sozialministerin, kraft ihrer Wassersuppe allein zu entscheiden? - Darüber müssen wir diskutieren.

(Zurufe)

Das war der Gesamtzusammenhang in dieser Diskussion.

(Beifall)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau von Angern. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. - Somit kommen wir zum nächsten Debattenredner. Für die AfD-Fraktion spricht der Abg. Herr Kirchner. Sie haben jetzt das Wort, Herr Kirchner.

(Zustimmung)

Oliver Kirchner (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Werte Abgeordnete! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, erneut fahren Sie unsere Wirtschaft an die Wand. Sie nennen es Teil-Lockdown, ich nenne es unverantwortlich, unverhältnismäßig und existenzgefährdend, was Sie tun, Herr Ministerpräsident.

(Starker Beifall - Zuruf: Jawohl!)

Sie greifen in die Grundrechte der Menschen ein. Sie setzen die Existenzen von Hunderttausenden Menschen auf das Spiel. Sie verletzen den Gewaltenteilungsgrundsatz, den wir uns in der Verfassung gegeben haben, und vor allem verletzen Sie den Demokratiegrundsatz.

(Beifall)

Ihre Coronapolitik ist falsch und richtet immensen Schaden an. Es potenzieren sich nicht die Zahlen der Erkrankten. Von Verordnung zu Verordnung potenzieren Sie den von Ihnen gemachten Schaden. So etwas lehnt meine Fraktion aus tiefster Überzeugung ab.

(Beifall)

Wie wollen Sie den Menschen erklären, dass das Virus im Einzelhandel nicht ansteckend ist, aber bei Gastronomen schon, wenn man ihren Anweisungen Folge leistet? - Ich weiß gar nicht, was Ihnen die Gastronomie angetan haben muss, dass sie durch die Politik Ihrer Landesregierung derartig unter die Räder kommt. Die Gastronomen und Hoteliers haben nun wirklich alles umgesetzt, was Sie gefordert haben:

(Beifall)

Maske auf beim Hineingehen, Maske ab am Tisch, Maske auf beim Toilettengang, Mindest-

abstand an den Tischen, Visiere und Masken bei den Kellnern, Desinfektionsmittel am Eingang und auf den Toiletten und eine Zettelbürokratie als Sahnehäubchen oben drauf. Zum Dank dafür bekommen gerade diese Wirtschaftszweige den Todesstoß durch die Kenia-Koalition. Schämen Sie sich, kann man dazu nur sagen. Schämen sollten Sie sich.

(Starker Beifall)

Das Coronavirus ist real. Ich kenne niemanden von uns, der die Existenz leugnen oder bezweifeln würde.

(Zurufe: Doch! - Unruhe)

Darum gehen auch Zuschreibungen wie Corona-leugner oder Coronazweifler völlig fehl,

(Zuruf: Zuhören!)

Begriffe, welche durch die Regierenden, auch wenn diese völlig bekloppt sind - die Begriffe natürlich und nicht die Regierung -, gern genutzt werden, um Widerständige gegen die Coronapolitik verbal zu diskreditieren oder gleich mundtot zu machen. Aber das verfängt zum Glück nicht mehr, werte Kollegen.

Die Zahl derer, die die Zwangsmaßnahmen kritisch sehen oder ablehnen, steigt von Tag zu Tag. Dabei sind es nicht nur Leute auf der Straße, die ihrem Unmut teils lautstark Luft machen, es sind Fachleute, Wissenschaftler, Ärzte und Verbände, die die Coronapolitik von Bund und Ländern mit harter und fundierter Kritik belegen.

(Starker Beifall - Zurufe: Jawohl! - Genau!)

In einem Positionspapier, zu dessen Verfasser neben der Kassenärztlichen Bundesvereinigung auch die Virologen Hendrik Streeck und Jonas Schmidt-Chanasi gehören, heißt es beispielsweise - ich zitiere -:

„Wir erleben bereits die Unterlassung anderer dringlicher medizinischer Behandlungen, ernst zu nehmende Nebenwirkungen bei Kindern und Jugendlichen durch soziale Deprivation und Brüche in Bildungs- und Berufsausbildungsgängen, den Niedergang ganzer Wirtschaftszweige, vieler kultureller Einrichtungen und eine zunehmende soziale Schieflage als Folge.“

(Beifall)

Dies wurde verfasst, noch bevor Merkel und die Länderchefs am vorigen Mittwoch einen Teil-Lockdown beschlossen haben. Es war eine Mahnung und es war eine Warnung, gehört wurde sie wie immer nicht.

Das Nicht-hören-Wollen hat aber System im Bund wie auch hier in Sachsen-Anhalt. Wie erklären Sie es sich ansonsten, dass Staatssekretärin Bröcker

am Mittwoch der vorigen Woche in der Gesundheits- und Pflege-Enquete bestätigte, dass kritische Stimmen zu den Coronamaßnahmen bzw. zur Maskenpflicht vom Ministerium ignoriert würden?

(Zuruf: Aha!)

Man wolle sich im Ministerium auf das Wesentliche konzentrieren, sagte Bröcker. Deshalb würden die unzähligen kritischen Schreiben bzw. die täglichen Anrufe auch von Ärzten und Medizinern überhaupt nicht bearbeitet - ein Armutszeugnis für diese Regierung. Ein Armutszeugnis ist das.

(Starker Beifall - Zuruf: Jawohl!)

Meine Damen und Herren! Wie gesagt, die kritischen Stimmen werden mehr und sie werden lauter. Das ist gut so; denn ein Weiter-so darf es nicht geben. Bereits dieser zweite Lockdown war ein Fehler. Dafür gibt es mehrere Gründe. Nehmen wir beispielsweise dieses Gremium, das am vorigen Mittwoch tagte. Nennen wir es einfach Merkels Coronakriegskabinet.

Die Bundeskanzlerin mit ihren sechzehn Länderchefs, dieses Gremium ist verfassungsrechtlich gar nicht vorgesehen. Trotzdem berät man über Stunden und beschließt am Ende auch noch Maßnahmen, welche geeignet sind, unser Land noch weiter an den Rand des Abgrunds zu treiben. Eine Einbeziehung der gewählten Volksvertretungen, des Parlaments in Berlin oder der Parlamente in den Ländern? - Fehlanzeige. So etwas sieht Frau Merkel bei ihrer Coronakriegs- - Pardon! - - Krisenführung nicht vor.

Was macht unser Ministerpräsident? - Er geht konsequent den monatelang beschriebenen und hochgelobten Sachsen-Anhalt-Weg weiter. Ach nein, er folgt jetzt der Bundeskanzlerin, wie alle seine fünfzehn Amtskollegen, aus Solidarität zu den anderen Bundesländern. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein, Herr Ministerpräsident.

(Starker Beifall - Zuruf: Jawohl!)

Meine Damen und Herren! Es war meine Fraktion, die beantragte, dass wir hier heute zusammenkommen. Ob Sie, Herr Ministerpräsident, auch ohne unsere Forderung heute hier gesprochen hätten, ist zumindest für mich zweifelhaft.

Noch einmal, meine Damen und Herren. Dieses Gremium dort, Merkel und die Länderchefs, hätte diesen zweiten Lockdown niemals eigenständig beschließen dürfen. Wir fordern daher, dass solcherlei Selbstermächtigung ein Ende hat. Es geht nicht ohne die Parlamente. Machen Sie sich das endlich wieder klar und handeln Sie künftig entsprechend.

Ich sprach von mehreren Gründen, warum dieser zweite Lockdown ein Fehler ist bzw. so niemals

hätte kommen dürfen. Es geht um den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Das heißt, alle Maßnahmen müssen geeignet, erforderlich und angemessen sein. Hierin liegt der Hase im Pfeffer; denn die getroffenen Maßnahmen sind eben nicht geeignet, nicht erforderlich und nicht angemessen. Ein paar Beispiele.

Es gibt keine Zahlen, die belegen, dass das Hotel- und Gaststättengewerbe ein Infektionstreiber ist. Trotzdem schließen Sie diese Wirtschaftszweige. Ebenso gibt es keinen Beleg dafür, dass Theater und Kultureinrichtungen Infektionen über die Maße fördern; eher das Gegenteil ist der Fall. Auch diese schließen Sie.

Es zeigt sich, dass sich die große Zahl der Menschen daheim infiziert, und deshalb sollen wir alle Ihrer Meinung nach zu Hause bleiben. Wunderbar.

(Beifall)

Wir sollen an noch mehr Orten Maske tragen, obwohl erwiesen ist, dass diese Dinge fast nichts bringen. Wir wissen, dass Minister Willingmann und Ministerpräsident Laschet es wahrscheinlich auch so sehen; denn ich habe zwei Bilder mitgebracht:

Herr Willingmann, ohne Maske, ganz eng beieinander beim Diskutieren beim DEHOGA - ich weiß nicht, ob Sie dort beschlossen haben, dass Sie diese ganze Wirtschaft an die Wand fahren, vor zwei Wochen -

(Heiterkeit und Beifall)

und dazu Ihr Ministerpräsidentenkollege Herr Laschet im Flugzeug ohne Maske. Dazu kann ich nur sagen: Wasser predigen, Wein trinken.

(Starker Beifall - Zuruf: Jawohl!)

Noch ein Beispiel: Es heißt, Alte, Kranke und Schwache seien besonders gefährdet. Trotzdem wird sich nicht auf Risikogruppen konzentriert. Sie beschließen einfach Zwangsmaßnahmen für alle - egal ob erforderlich oder angemessen. Auch das kann ich nicht nachvollziehen.

Genau wie bei Sport und Freizeit: Berufssportler und Kaderathleten dürfen weitermachen, der Profifußball darf weiterrollen, unsere Kinder- und Jugendmannschaften müssen aber zu Hause bleiben, obwohl Kinder und Jugendliche am wenigsten gefährdet sind.

(Zustimmung)

Wenigstens dürfen sie noch in die Schule. Mal sehen, wie lange noch.

(Zuruf)

- Nein, Ihre Maßnahmen sind eben nicht grundsätzlich geeignet, erforderlich und angemessen. Ich wiederhole: Damit verstoßen Sie gegen den

Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Aber wenigstens haben Sie ein neues Krankheitsbild erfunden: die symptomfreie Erkrankung.

(Heiterkeit)

Wir nannten so etwas früher einfach „Gesunde“, Herr Ministerpräsident.

(Lebhafter Beifall - Zuruf)

Weiter zu den Gründen - ich sagte ja, dass es mehrere sind -, warum der aktuelle Lockdown nicht hätte beschlossen werden dürfen bzw. warum weitere Lockdowns verhindert werden müssen.

Stellt man Ihnen die Frage, was nach dem 30. November passiert, wenn die Infektionszahlen wieder steigen, haben Sie keine Antwort, weil eine Vollbremsung eben auch keine Lösung ist und weil Sie die Sommerferien verschlafen haben und auf Hoffnung gesetzt haben. Höchstwahrscheinlich wird die Zahl der Neuinfektionen in den nächsten Tagen zurückgehen, aber genauso wahrscheinlich wird sie wieder steigen, wenn die Zwangsmaßnahmen wieder gelockert werden.

Nach dem 30. November haben wir noch immer Herbst, dann bald Winter. Was wollen Sie machen, wenn durch Weihnachtseinkäufe und Familienbeisammensein die Infektionszahlen wieder steigen? Einen dritten, vierten, fünften oder sechsten Lockdown? Soll dieser Teufelskreis jetzt immer so weitergehen? - Dazu sage ich Ihnen ganz klar: Das machen wir nicht mit.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Noch eines, warum dieser Lockdown absolut unsinnig ist: Es sind Ihre Grundlagen, auf die Sie sich berufen, also die Zahlen und die Daten. Wann akzeptieren Sie endlich, dass die Zahl der Neuinfektionen nur bedingt etwas aussagt? Sie reiten auf diesen Zahlen und den Inzidenzwerten herum, als würden diese Werte belastbare Informationen darüber geben, wie es um die Pandemie und die tatsächliche Erkrankung steht. Aber das tun diese Zahlen eben nicht, meine Damen und Herren.

Was Sie immer wieder außen vor lassen, weil es Ihnen nicht passt, ist der R-Wert, der schon seit Tagen unter 1 liegt.

(Zuruf: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

- Doch.

(Zuruf: Natürlich!)

Natürlich ist es so.

(Unruhe)

Dabei wird die Debatte darüber, dass Ihre Zahlen nicht viel aussagen, schon seit Monaten geführt, und zwar hier im Landtag, in den Medien sowie

unter den Wissenschaftlern und Medizinern. Gelernt daraus haben Sie nichts. Wie soll ich mir sonst erklären, dass Frau Ministerin Grimm-Benne fast immer sehr schmallippig reagiert, wenn man sie nach der Zahl der tatsächlich Erkrankten, der Hospitierten und der Toten fragt oder nach den Testverfahren und deren Fehlerquoten? Hinzu kommt die Frage: Wie schlimm ist der Coronakrankheitsverlauf tatsächlich, wenn die Betroffenen zumeist nach 14 Tagen Quarantäne und ohne medikamentöse Behandlung wieder die Alten sind?

Also auch hierzu sage ich: Was Sie tun, ist falsch. Ihre Annahmen sind falsch. Ihre Grundlagen sind falsch. Somit sind auch Ihre Reaktionen falsch.

(Zuruf)

Sehen Sie das endlich ein, Herr Ministerpräsident und Frau Gesundheitsministerin. Hören Sie damit auf, der Wirtschaft Sachsen-Anhalts und somit auch den Bürgern das Genick zu brechen!

(Beifall - Zurufe)

Meine Damen und Herren! Ich muss an dieser Stelle auch noch auf etwas anderes eingehen. Sehr geehrte LINKE, Sie haben sich ja hier einen Wunderbeutel umgehängt und die Parlaments- und Demokratieverteidiger gemimt. Ich muss Ihnen ganz klar sagen: Dass Sie zu schwach sind, um nach der Geschäftsordnung eine Sitzung des Landtages zu beantragen, das ist uns vollkommen klar. Deshalb forderten Sie diese ja auch nur. Aber wenn es Ihnen tatsächlich um die Sache gegangen wäre, warum haben Sie uns nicht gefragt? Dann hätten wir die Sitzung zusammen beantragt.

(Zustimmung - Unruhe)

Otto von Bismarck meinte 1867: „Ein großer Staat regiert sich nicht nach Parteiansichten.“ - Recht hatte er. Aber zwei Anträge haben wir heute wenigstens von Ihnen noch vorliegen, wobei zu einem Antrag ein Alternativantrag von uns den Weg in dieses Plenum gefunden hat.

(Zurufe)

Diesen werde ich hier kurz vorstellen. Wir wollen, dass der Landtag beschließt:

„Der Landtag fordert die Landesregierung auf [...]

1. Gastronomiebetrieben, dem Hotel- und Übernachtungsgewerbe im Tourismusbereich, Theater- und Kultureinrichtungen, Sportstätten und Sportstudios, Messen und Schwimmbädern - jeweils unter Vorlage und Einhaltung eines geeigneten Hygienekonzepts - eine sofortige Wiedereröffnung zu ermöglichen;

2. Verbote und Einschränkungen, die ganztägig den Aufenthalt im privaten wie öffentlichen Raum und die Zahl der dort Aufhältigen auf maximal zehn Personen aus maximal zwei Haushalten beschränken, aufzuheben;
3. für private Veranstaltungen und private Zusammenkünfte unter Beachtung von Hygienemaßnahmen und Abstandsgebot keine Personenbeschränkung vorzunehmen; [...]
5. alle sonstigen bisherigen und beabsichtigten freiheitseinschränkenden Maßnahmen mit Bezug zum Coronavirus unverzüglich aufzuheben und zukünftig zu unterlassen;
6. die zu den tatsächlichen Risikogruppen gehörenden Personen gezielt und effizient durch die Einleitung geeigneter, erforderlicher und angemessener Maßnahmen zu schützen und medizinisch zu versorgen;
7. dass keine weitere Panik- und Angst-mache im Hinblick auf das Coronavirus erfolgt und eine faktenbasierte und sachliche Information der Öffentlichkeit vorgenommen wird;
8. dass die Bürger ihre Freiheitsrechte wiedererlangen und in Eigenverantwortung den angemessenen Umgang mit dem Coronavirus vornehmen.“

Meine Damen und Herren! Machen wir einen Strich unter die Sache! Der Lockdown muss beendet werden. Sofort! Einen weiteren darf es nicht geben. Finden wir gemeinsam einen Weg in eine neue Normalität, in eine wieder lebenswerte Normalität.

Schützen wir die, die geschützt werden müssen! Nutzen wir für unsere Entscheidung fundierte Zahlen, Daten und Fakten. Lassen wir überzogene moralische und selbstüberhörende Ansprüche aus dem Spiel! Politische Ränkespiele haben in dieser Debatte nichts zu suchen. Niemand sollte hoffen, aus dieser Krise politischen Profit zu schlagen.

(Zurufe)

- Ja, das ist so.

(Unruhe)

Geben wir unseren Bürgern ihre Freiheit zurück; denn was es braucht, ist wieder mehr und nicht immer weniger Eigenverantwortung und Selbstbestimmung. Geben wir den Menschen im Land wieder Hoffnung!

Meine Damen und Herren! Das ist mein Appell an diesem Tag; denn eines ist Fakt: So ruhig wie heute, wie wir miteinander gesprochen haben, wird es nicht bleiben, sollten Sie Ihren Kurs nicht ändern. Das ist ein Versprechen an Sie von meiner Seite.

(Zuruf)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall - Zurufe)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Kirchner. Es gibt die Anmeldung einer Kurzintervention von Herrn Abg. Striegel.

(Zurufe)

Sie haben das Wort, Herr Striegel.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Herr Abg. Kirchner, Sie haben in Ihrem Redebeitrag behauptet, der R-Wert wäre in den letzten Tagen stabil unter null.

(Zuruf: Unter null! - Lachen)

- Entschuldigung. Ich korrigiere - -

(Oliver Kirchner, AfD: Ich glaube, hier ist der Intelligenzquotient gerade unter null! - Heiterkeit - Unruhe)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Einen kleinen Moment. Also, Herr Kirchner!

(Oliver Kirchner, AfD: Na ja, unter null! - Weitere Zurufe - Unruhe)

Herr Kirchner, an dieser Stelle möchte Sie bitten, sich etwas zurückzunehmen. Diese Dinge gehören einfach nicht hierher.

(Oliver Kirchner, AfD: Aber so eine Behauptung!)

Das ist eine persönliche Beleidigung.

(Oliver Kirchner, AfD: Er hat behauptet, ich hätte gesagt, er wäre unter null! Das habe ich nicht getan!)

- Das hat er gar nicht gesagt. Er hat sich versprochen. Ich finde das nicht in Ordnung, was Sie machen. Ich denke, Sie sollten sich an dieser Stelle entschuldigen. Ansonsten werde ich Sie hiermit verwarnen.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Auf die Entschuldigung des Abg. Kirchner lege ich keinen Wert.

(Oliver Kirchner, AfD: Ich danke! - Zurufe: Oh!)

Frau Präsidentin, ich möchte aus dem täglichen Fallbericht des RKI zitieren, und zwar aus dem Fallbericht von gestern Abend, und damit die Aussagen des Abg. Kirchner korrigieren: „Die berichteten R-Werte liegen seit Anfang Oktober stabil deutlich über 1. In den letzten Tagen hat der R-Wert leicht abgenommen, liegt aber weiter über 1. Das bedeutet“ - es ist dann auch für Menschen wie Sie noch erklärt -, „dass die Anzahl der neuen Covid-19-Fälle weiterhin zunimmt.“

Sie haben darauf verwiesen, Herr Kirchner, dass wir auf der Basis von fundierten Zahlen miteinander sprechen müssen. Ich möchte Sie auffordern, genau das zu tun. Der Kurs, den Sie hier fahren, den Ihre Fraktion hier fährt, ist einer, der geradewegs in die Katastrophe führt,

(Unruhe)

der dazu führt, dass Menschen in Sachsen-Anhalt und in der Bundesrepublik Deutschland in Größenordnungen sterben werden. Das ist ein Kurs, den meine Fraktion nicht bereit ist mitzugehen. Ich bin ausdrücklich dankbar, dass wir uns hier in den demokratischen Fraktionen darüber streiten, wie der Kurs für das Land aussieht, aber nicht darüber, dass wir etwas gegen die Coronapandemie tun müssen. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Kirchner, Sie können darauf erwidern. Bitte.

Oliver Kirchner (AfD):

Sehr geehrter Herr Striegel, ich habe vor ungefähr drei Tagen n-tv geschaut. Der Nachrichtensender n-tv hat berichtet, dass der R-Wert bei 0,97 liegt.

(Unruhe)

Das habe ich wiederholt,

(Zuruf)

weil ich mich ja nicht wie Sie von bestimmten Medien, denen nicht zu trauen ist, in eine Richtung treiben lasse. Ich denke, n-tv können wir alle trauen.

(Zurufe)

Die haben das so angegeben. Das habe ich wiederholt.

Was die Situation betrifft, dass wir dafür zuständig wären, wenn wir hier etwas zu sagen hätten, dass es den Menschen schlechter geht - dazu kann ich Ihnen nur sagen: Wer hat denn die Lage zu verantworten, dass uns jetzt die Leute fehlen, die wir in einer solchen Pandemie brauchen?

(Zustimmung)

Das ist Ihre Politik der letzten 30 Jahre; denn Sie haben hier regiert und nicht wir. - Vielen Dank.

(Beifall - Zuruf)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

(Zuruf)

- Frau von Angern, Entschuldigung.

(Zuruf)

- Nein, das ist auch eine Kurzintervention,

(Eva von Angern, DIE LINKE: Ja!)

keine Frage. Sie haben dazu natürlich die Möglichkeit. Entschuldigung.

Eva von Angern (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Kirchner, ich sage das nur einmal und in aller Deutlichkeit, weil Sie es augenscheinlich bisher nicht verstanden haben: In der Opposition gibt es generell keine Koalition und mit Ihnen schon gar nicht.

(Zuruf)

Der Zweck heiligt eben nicht die Mittel.

(Zustimmung - Zurufe: Oh! - Weitere Zurufe)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Kirchner, Sie könnten, wenn Sie möchten, kurz darauf erwidern.

Oliver Kirchner (AfD):

Ja, meine Antwort wäre darauf: Es ist mir eigentlich grundsätzlich egal, was Sie sagen. - Vielen Dank.

(Beifall - Heiterkeit - Zuruf: Jawohl!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Damit sehe ich wirklich keine Wortmeldungen mehr. Die nächste Debattenrednerin ist jetzt Frau Dr. Pähle für die SPD-Fraktion.

Wir werden hier vorn noch einen Wechsel vornehmen.

(Unruhe)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Frau Dr. Pähle, für den Fall, dass sich die Kollegen - es sind ausschließlich Männer - etwas beruhigen, dürfte ich Ihnen jetzt das Wort erteilen. - Dieser Moment scheint erreicht zu sein. Sie haben das Wort.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was der Ministerpräsident hier heute ausgeführt hat, kann man in der Sache nur unterschreiben. Ich frage mich allerdings manchmal, ob die nüchtern-trockene Schilderung von Sachverhalten, Entscheidungsprozessen und Maßnahmen noch der Entwicklung dieser Pandemie gerecht wird. Ich frage mich das umso mehr, wenn ich Auftritte wie eben den des AfD-Redners erlebe, der gegen jede wissenschaftliche Evidenz und gegen die für alle offen sichtbaren Folgen der Pandemie das Coronavirus verharmlost.

(Zustimmung - Zuruf)

Man muss es anscheinend leider immer wieder sagen: Covid-19 tötet. Das zeigen nicht nur die Bilder aus Spanien, Frankreich und Italien.

(Zurufe)

Die Dramatik zeigt sich genauso beim Blick auf die Lage in Deutschland, zum Beispiel in jedem Lagebericht des Robert-Koch-Institutes. Die sind informativer als n-tv. Allein 19 382 Beschäftigte des Gesundheitswesens wurden bislang positiv auf das Coronavirus getestet. 768 von ihnen wurden hospitalisiert. 24 sind gestorben. Weitere 13 096 Beschäftigte in Pflegeeinrichtungen und ähnlichen Gemeinschaftsunterkünften sind betroffen.

(Zuruf)

520 wurden hospitalisiert. 44 sind gestorben.

(Zuruf)

Das sind die Beschäftigten; das sind Ärztinnen und Ärzte, Pflegerinnen und Pfleger, nicht immer die beschworene vulnerable Gruppe. Von denen starben in den genannten Einrichtungen weitere fast 4 700 Menschen. Allein diese Zahlen aus dem aktuellen RKI-Bericht machen augenfällig deutlich, warum die Strategie zur Bekämpfung der Pandemie von Beginn an vor allen Dingen ein Ziel verfolgt hat, nämlich unser Gesundheitssystem leistungsfähig zu erhalten - das ist das Ziel vor allen anderen -

(Zustimmung)

und eine Überforderung durch die große Anzahl von Pandemieopfern zu verhindern. Pflegende, Medizinerinnen und Mediziner sollen bewahrt werden vor der Entscheidung über die Frage: Wen kann ich behandeln und wen weise ich ab? Eine Entscheidung, die vielleicht auch einmal die eigene Mutter, den eigenen Vater, die eigene Tante, die eigene Oma betreffen kann. Diese Entscheidung ist hart, insbesondere für die, die sie treffen müssen. Unsere Aufgabe muss es

sein, diese Menschen vor dieser Entscheidung zu bewahren.

(Zustimmung)

Über die Behandlung von Covid-19-Fällen hinaus geht es dabei immer auch darum, dass unsere Krankenhäuser für alle handlungsfähig bleiben; denn Herzinfarkte, Krebserkrankungen, Infektionen und Unfälle machen keine Pause, bis wir über einen Coronaimpfstoff verfügen. Es geht also auch, aber längst nicht nur um Solidarität mit besonders gefährdeten Gruppen. Es geht um die Funktionsfähigkeit der Gesellschaft als Ganzes.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Angesichts der zuletzt rasant angestiegenen Infektionszahlen haben der Bund und alle 16 Länder das einzig Richtige getan. Weil Hygieneregeln, Abstand und Sicherheitskonzepte offenkundig nicht mehr ausreichen, weil die Zahlen steigen und weil sich die Infektionswege zu gut 75 % nicht mehr nachvollziehen lassen, haben Bund und Länder verabredet, vorübergehend wieder Kontaktbeschränkungen einzuführen, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen. Diese Einschränkungen sind richtig, notwendig, angemessen und maßvoll.

(Zustimmung - Zuruf: Nein!)

Es ist insbesondere richtig, dass die Maßnahmen von allen Bundesländern getroffen werden und bundesweit greifen. Nur einheitliches Handeln ist in dieser Situation schnelles Handeln und darauf kommt es an. Ich bin überzeugt, dass das auch die Bürgerinnen und Bürger so sehen. Dafür sprechen die ersten Umfragen und dafür spricht auch das einsichtsvolle Verhalten der allermeisten. Ausnahmen bestätigen die Regel.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren! Damit dieses Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Richtigkeit staatlicher Entscheidungen erhalten bleibt, müssen die politisch Verantwortlichen allerdings auch zu diesen Maßnahmen stehen. Wer jeden Morgen eine neue Sau durchs Coronadorf treibt und am Mittag gleich die nächste, der gefährdet die notwendige Akzeptanz.

(Zustimmung)

Verlässlichkeit und Standhaftigkeit sowie die Fähigkeit, Mut zu machen, sind jetzt gefragt. Deshalb kann ich nicht verstehen, warum der Chef der Unionsfraktion im Bundestag Ralph Brinkhaus noch vor dem Inkrafttreten der neuen Maßnahmen am Sonntagabend im ZDF in Zweifel zog, dass die zum Dezember angestrebte Besserung der Lage erreicht werden kann. Genauso wenig ist zu verstehen, dass der Bundesgesundheitsminister Jens Spahn am selben Abend „Monate der Einschränkungen und des Verzichts“ herauf-

beschwor. Eines ist klar: Mut macht man mit solchen Sprüchen nicht. Im Gegenteil: Die verabredete Zielstellung, durch eine gemeinsame Anstrengung im November die Vorweihnachtszeit wieder annähernd normal zu gestalten, wird so in Zweifel gezogen.

Meine Damen und Herren! Ich habe genauso wenig Verständnis dafür, dass DIE LINKE heute einen Antrag vorlegt, in dem man sich faktisch von dem Konsens abseilen will, der in der vorigen Woche über Parteigrenzen hinweg gefunden wurde und den zum Beispiel auch Bodo Ramelow für Thüringen mitgetragen hat. Denn mit der Forderung nach einer Öffnung von Gastronomiebetrieben und nach der Zulassung von Kulturveranstaltungen stellen Sie den Novemberkompromiss substanziell infrage. Dann setzen Sie noch einen obendrauf und fordern in der Pressemitteilung zu Ihrem Antrag, in Arbeits- und Wirtschaftsleben dieselben strengen Kontaktbeschränkungen einzuführen wie im Freizeit- und Kulturbereich.

(Zuruf)

Das, was Sie damit versuchen, nennt man: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass. Verantwortung übernehmen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der LINKEN, sieht anders aus.

(Zustimmung)

Aus sozialdemokratischer Sicht ist es ausdrücklich richtig, dass der weit überwiegende Teil unserer Wirtschaft möglichst unbeeinträchtigt weiterläuft, natürlich unter Nutzung von Homeoffice und Vermeidung überflüssiger Kontakte sowie unter Einhaltung der Hygieneregeln. Alles andere würde ökonomische und soziale Kosten verursachen, die Sie mit keinem Nachtragshaushalt dieser Welt und mit keiner Reichensteuer jemals aufbringen könnten.

Meine Damen und Herren! Natürlich reicht es nicht aus, jetzt nur die Maßnahmen umzusetzen, die zwischen Bund und Ländern verabredet wurden. Weitere energische Schritte sind gefordert, auch in Sachsen-Anhalt.

Erstens. Die Gesundheitsbehörden müssen zügig gestärkt werden. Dass drei Viertel aller Covid-19-Infektionen nicht eindeutig einem Infektionsort zugeordnet werden können, ist für die Pandemiebekämpfung kein hinnehmbarer Zustand. Auch und gerade bei steigenden Zahlen muss es unser Ziel sein, die Infektionswege effektiv nachzuvollziehen. Auch der Einsatz von Bundeswehrsoldaten, die die Kommunen hierbei in hervorragender Weise unterstützen, reicht für diese Arbeit auf Dauer nicht aus. Die Landkreise müssen hierbei ihre Pflicht tun.

Aber: Ich begrüße außerdem, dass Petra Grimm-Benne sich in der Landesverwaltung für die Ab-

ordnung weiterer Kräfte in die Gesundheitsämter starkgemacht hat. Wie es aussieht, ist dieses Vorhaben auf einem guten Weg.

(Zustimmung)

Dass man sich bei der Abordnung von Beamtinnen und Beamten wirklich nur darauf verlassen sollte, dass sich Freiwillige melden, wie es die CDU-Fraktion gestern gefordert hat, das wage ich allerdings zu bezweifeln. Irgendwann muss der Dienstherr auch einmal sagen, wo es langgeht. Wann, wenn nicht in einer Krisensituation?

Zweitens. Wir müssen an den wirtschaftlichen Folgen dranbleiben, die durch den erneuten Teil-Shutdown ausgelöst werden. Die 75-prozentige Erstattung von Einnahmeausfällen der Gastronomie im November 2020, die Bundesfinanzminister Olaf Scholz angekündigt hat, ist eine sehr gute Lösung. Wichtig ist es, angesichts der großen Schwierigkeiten, in denen sich die Branche schon vorher befunden hat, dass diese Hilfen schnell und unbürokratisch fließen. Ich halte es deshalb für unabdingbar, dass diese Erstattung nicht mit Einnahmen aus dem weiterlaufenden Außerhausgeschäft verrechnet wird.

(Zustimmung)

Ein solches Prozedere würde dringend benötigte Zahlungen viel zu lange hinauszögern. Wir sollten uns aber nicht darauf verlassen, dass die Hilfezahlungen aus Berlin so schnell fließen, wie wir und die Betroffenen es erwarten. Vielleicht können wir es schaffen, dass das Land Sachsen-Anhalt hierbei schneller und unbürokratischer agiert als der Bund.

(Beifall)

Im Interesse einer schnellen Hilfe für die aktuell besonders Betroffenen plädiere ich daher nachdrücklich für ein Härtefallprogramm, für das sich Armin Willingmann seit Langem einsetzt, um insbesondere Klubs, Diskotheken und Veranstalter vor Insolvenzen zu bewahren und Arbeitsplätze zu erhalten.

(Beifall)

Diese Branche und viele Kulturschaffende sind bei den bisherigen Hilfsprogrammen allzu oft durch den Rost gefallen. An dieser Stelle muss dringend nachgesteuert werden. Teil eines solchen Härtefallprogramms muss auch ein Unternehmerlohn sein. Diese Leistung sollte aus meiner Sicht auch für Härtefälle aus der Gastronomie offenstehen. Es geht aber nicht nur um die Unternehmen. Es geht auch und vor allen Dingen um die Beschäftigten. Insbesondere im Gastronomiebereich verbinden wir mit der schnellen Hilfe für die Unternehmen die Hoffnung, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht im Regen stehen gelassen werden.

Dass der Finanzminister hier im Land immer noch auf der Bremse steht, um dies alles anzugehen, ist umso unverständlicher, weil ein solches Härtefallprogramm durchaus aus den Mitteln zu stemmen wäre, die der Landtag mit dem Nachtragshaushalt für genau solche Zwecke zur Verfügung gestellt hat.

(Beifall - Zurufe)

Selbst wenn das nicht der Fall sein sollte: Die SPD-Fraktion steht jederzeit für Gespräche über einen weiteren Nachtragshaushalt bereit.

(Unruhe)

Unser Land hat sich schließlich im Vergleich zu anderen bisher finanziell stark zurückgehalten.

Drittens. In kaum einem anderen Bereich dürfte der Umgang mit den Risiken der Pandemie im Alltag so heikel sein wie in der Schule. Wir können nicht die Augen davor verschließen, dass weder die räumliche Situation noch die Organisation des Unterrichts den Schutz bietet, den wir, Eltern wie Lehrkräfte, erwarten müssen. Lokale Ausbrüche von Covid-19 an Schulen überall im Bundesgebiet zeigen, welche Risiken dort, unabhängig von dem Infektionsgeschehen insgesamt, bestehen. Deshalb müssen unsere Schulen dringend darauf vorbereitet werden, kurzfristig auf hybride Unterrichtskonzepte umstellen zu können, im Ernstfall auch auf die komplette Digitalisierung des Unterrichts. Plattformen wie Moodle stehen bereit. Mit mangelnder Vorbereitungszeit kann sich jetzt niemand mehr herausreden.

Und wir erwarten vom Bildungsministerium, dass den Schulen einheitliche Hygienekonzepte entsprechend den Empfehlungen des Robert-Koch-Institutes an die Hand gegeben werden. Denn heute ist die Situation so, dass die Schulleitungen den Eindruck haben, sie würden mit den Aufgaben im Umgang mit der Pandemie allein gelassen. Damit muss Schluss sein.

(Beifall)

Das, Herr Minister Tullner, sind die Aufgaben, deren Erledigung Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler jetzt von Ihrem Haus erwarten, und nicht Gespräche über einen Schulfrieden, irgendwann und irgendwie.

Viertens. Wir wissen schon heute, dass die Coronakrise tiefe Spuren in den kommunalen Haushalten hinterlassen wird. Wir wissen nur noch nicht, wie tief und anhaltend sie sein werden. Die Hilfsprogramme von Bund und Land scheinen zunächst das Schlimmste verhindert zu haben.

In der letzten Landtagssitzung haben wir die Kommunalverfassung pandemiefest gemacht, auch finanziell. Denn wir wollen nicht, dass Kommunen

sich in Zeiten der Pandemie mit der Kommunalaufsichtsbehörde darüber herumärgern müssen, ob denn nun das Haushaltskonsolidierungskonzept rechtmäßig ist oder ob die pandemiebedingten überplanmäßigen Mehrausgaben durch Einsparungen an anderer Stelle gedeckt werden. Deshalb wird die Koalition in der nächsten Landtagssitzung einen Antrag einbringen, der die Feststellung einer landesweiten pandemischen Lage beinhaltet, um den Kommunen hierfür Handlungsspielräume zu geben.

(Zustimmung)

Meine Damen und Herren! So weit zu den Schritten, die aus meiner Sicht jetzt erforderlich sind. Ich möchte abschließend auf die Forderung eingehen, den Landtag und die Parlamente insgesamt bei der Bekämpfung der Pandemie stärker einzubeziehen. Dazu liegen heute Anträge vor und weitere Vorschläge stehen im Raum.

Debatten wie heute sind richtig und notwendig. Erst recht notwendig ist die enge parlamentarische Kontrolle und Begleitung des Verwaltungshandelns in der Pandemie in den Ausschüssen des Landtages. Etwas, das wir aber nicht brauchen, ist eine Verwischung zwischen exekutiven und legislativen Aufgaben bei der Anwendung des Infektionsschutzgesetzes.

Wenn der Bundestag über eine Änderung des Infektionsschutzgesetzes spricht und dort auch Regelungen festlegt, ist das seine Aufgabe. Der Bund muss hierbei einheitliches Vorgehen vorgeben und es auch in den Ländern absichern. Denn - seien wir einmal ehrlich - unser Land hat doch weiß Gott schon genug Hobbyvirologen, die auf Twitter, auf Facebook und im schlimmsten Fall auf Telegram die Welt erklären. Das haben wir auch heute wieder gemerkt. Darin sollten wir als Abgeordnete uns nicht noch einreihen.

(Zuruf)

Parlamentsausschüsse, die politisch um Verordnungen feilschen, oder Abgeordnete, die sich als Laien an der Auswertung von Infektionsstatistiken versuchen, braucht meiner Meinung nach kein Mensch.

(Beifall - Unruhe)

Die Eindämmungsverordnung schreibt auch Ministerin Frau Petra Grimm-Benne nicht am Küchentisch und nicht Kraft ihrer Wassersuppe, sondern sie entsteht auf der Basis fachlicher Beurteilungen und wissenschaftlich belastbarer Prognosemodelle sowie in Auswertung der Erfahrungen von Gesundheitsbehörden im ganzen Land. Wer unterstellt, dass dies kraft Wassersuppe geschieht,

(Zuruf)

der fügt dem Handeln hier im Land einen schweren Schaden zu.

(Beifall - Zurufe)

Gerade weil es hierbei um Eingriffe in Grundrechte von Menschen geht, müssen sich die Einschränkungen auf fachliche Expertise stützen, und nicht auf politische Setzungen. In Grundrechte darf aus diesem Grund nur aufgrund eines Gesetzes eingegriffen werden, aber nicht operativ durch das Parlament. Die Grundlage ist das Bundesinfektionsschutzgesetz. Diese klare Zuweisung von Verantwortung können und sollten wir nicht antasten.

Meine Damen und Herren! Ich möchte abschließend namens der Koalitionsfraktionen eine Überweisung der beiden Anträge inklusive des Alternativantrages beantragen. Der Antrag in der Drs. 7/6786 soll in den Ältestenrat überwiesen werden,

(Unruhe)

der Antrag in der Drs. 7/6787 zur federführenden Beratung in den Sozialausschuss und zur Mitberatung in die Ausschüsse für Wirtschaft, für Inneres, für Bildung und für Finanzen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall - Zurufe)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Es gibt noch zwei Fragen. Die erste Frage ist von Herrn Büttner. Wollen Sie sie beantworten? - Dann können Sie die Frage stellen, Herr Büttner.

Matthias Büttner (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Sie haben in Ihrem Redebeitrag ausdrücklich auf die Ausführungen des Ministerpräsidenten hingewiesen und haben ausgeführt, dass Sie alles unterstützen können, was er sagt. Jetzt frage ich Sie: Sie sagten gerade, fachliche Expertise ist das, worauf es jetzt ankommt. Wie bewerten Sie es denn, dass das RKI in der Vergangenheit und auch jetzt sagt, dass Fitnessstudios, gastronomische Einrichtungen, eben die Einrichtungen, die jetzt geschlossen werden, nicht die wesentlichen Infektionstreiber sind, sondern hauptsächlich der private Wohnbereich, die Arbeit, Arbeitsstellen usw.? Wie bewerten Sie das?

Halten Sie es für richtig, was der Ministerpräsidenten hier ausgeführt hat? - Er hat eindeutig gesagt, dass er keine härteren Sanktionen und keine härteren Eingriffe in die Wirtschaft vornehmen möchte, weil das die Hauptsteuerzahler sind, während man das bei denjenigen, die man jetzt quasi einschränkt, gastronomische Einrichtungen und Fitnessstudios, noch verkraften kann. Also man will Einrichtungen wie Fitnessstudios und

gastronomische Einrichtungen als Bauernopfer hergeben, um keine härteren Einschränkungen vorzunehmen. Ist das so richtig?

(Zurufe)

Frage Nr. 2: Was sagen Sie zu den Ausführungen des Herrn Lauterbach, Ihres SPD-Kollegen im Bundestag, der in Privatwohnungen Kontrollen vornehmen möchte? Sind auch Sie dafür?

(Zurufe)

Ich möchte von Ihnen noch etwas Drittes wissen. An den Folgen des Rauchens sterben jährlich 121 000 Menschen. Jährlich sterben 74 000 Menschen an den Folgen des Alkoholkonsums. Das sind also bedeutend mehr. Es gibt bisher 10 000 Menschen, die mit oder an Corona gestorben sind. Was wollen Sie unternehmen, um diese Zahlen zu senken?

Vizepräsident Wulf Gallert:

Frau Pähle, Sie haben das Wort.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Vielen Dank. - Erste Vorbemerkung: Das, was Sie dem Ministerpräsidenten gerade in den Mund legen, hat er so nicht gesagt.

(Zuruf)

- Nein, hat er nicht. Er hat darauf hingewiesen - - Ich glaube, an dieser Stelle sitzen Sie einem Irrglauben auf. Es geht nicht darum zu sagen, weil in der Gastronomie und in den Fitnessstudios nicht die Ausbruchsherde auszumachen sind, muss man sie nicht schließen. In dieser Beurteilung will ich Ihnen gern recht geben. Es geht um den Grundtatbestand, dass unnötige Bewegungen von Menschen und Kontakte von Gruppen, die ansonsten nicht miteinander in Kontakt geraten, verhindert werden sollen.

(Zuruf)

Das ist die Überschrift über all den Beschränkungen. Aus diesem Grund wurde übrigens auch die Kontaktbeschränkung auf maximal zehn Personen und aus nur zwei Haushalten eingeführt.

Wenn Sie - ganz exemplarisch - ein berufstätiger Mensch sind und - gehen wir einmal davon aus - einen Bürojob haben, ist die Anzahl der Menschen, denen Sie jeden Tag begegnen, überschaubar. Sie treffen Ihre Kollegen, Sie gehen in die Kantine, Sie gehen vielleicht zum Bäcker um die Ecke. Das sind Kontakte, die Sie jeden Tag haben. Wenn Sie infiziert sind und das Gesundheitsamt Sie anruft und fragt, wo Sie waren, dann sind Sie in der Lage zu sagen: Ich sitze mit meinem Kollegen Herrn Meier im Büro, ich gehe in diesen Bäckerladen und ich gehe in diese Kantine. Das schafft Nachvollziehbarkeit.

Wenn Sie allerdings zum Sport gehen und zum Beispiel Fußball mit elf anderen spielen - oder mit noch mehr; denn ansonsten kann man nicht vernünftig Fußball spielen -, dann erhöht sich die Anzahl. Wo Ihre Teamkollegen gespielt haben und wo sie hinterher unterwegs waren, ist für das Gesundheitsamt nicht mehr nachvollziehbar. Das ist das Grundproblem.

(André Poggenburg, fraktionslos: Überwachung!)

- Das hat nichts mit Überwachung zu tun, Herr Poggenburg. Sie müssten bei Ihrem Großvater vielleicht noch einmal nachfragen, was Überwachung beim MfS tatsächlich bedeutet hat.

(Zuruf)

Sie wissen ja genau, worüber Sie reden. Das hat nichts mit Überwachung zu tun,

(Zuruf: Doch!)

sondern das hat etwas mit Nachvollziehbarkeit zu tun.

Genauso ist es in der Gastronomie. Es geht um die Einschränkung von Kontakten. Deshalb - so leid es mir tut - sind diese Bereiche eingeschränkt worden.

Ich sage Ihnen einmal, was meine oberste Priorität bei der Abgrenzung von wirklich absolut relevanten Bereichen ist. Meine oberste Priorität ist, dass wir es schaffen, die Schulen und Kitas offen zu halten. Denn ich weiß, dass Mütter und Väter eben nicht nur Mütter und Väter sind, die sich Sorgen um ihre Kinder machen, die mit der Doppelbelastung durch Homeoffice und Homeschooling nachvollziehbarerweise an ihre Grenzen geraten, sondern dass sie zum Beispiel in unseren Krankenhäusern und in unseren Pflegeeinrichtungen und an vielen, vielen anderen Stellen fehlen würden. Deshalb ist es wichtig, das Primat auf Kitas und Schulen zu legen.

Zu Herrn Lauterbach. Herr Büttner, ich weiß, dass Ihre Fraktion und auch Sie individuell viel Spaß haben an der Verbreitung von Falschnachrichten und Fake News. Sie wissen genau, dass dieses Zitat, wie es Herrn Lauterbach unterstellt wird, nicht stimmt. Sie wissen genau, wenn Sie dem Herrn Ministerpräsidenten zugehört haben, dass der private Bereich unverletzlich ist.

Vorhin spielte die Frage eine Rolle, wie ich mich sozialkonform verhalten und sozialkonform handeln kann. Das ist kein Aufruf zur Bespitzelung. Ganz ehrlich, bei einer Feier mit mehr als 100 Personen, wie sie hier in Magdeburg stattgefunden hat, kann mir niemand erzählen, dass man aus Versehen dort hineingerät, dass man von der Straße eingefangen wird und in diesen Zusammenhang gesetzt wird. Es sagt einem der ge-

sunde Menschenverstand, dass man unter den Bedingungen, die wir gerade haben, auf solche Zusammenkünfte verzichten und an dieser Stelle einfach sagen muss: Meine Gesundheit und die Gesundheit meiner Liebsten sind es mir wert, an diesem Abend nicht feiern zu gehen. Darum geht es.

(Zustimmung - Unruhe)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Gut.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Auf die Frage zu Alkohol und Tabak gehe ich gern ein. Ganz ehrlich, Herr Büttner, ich persönlich finde, Tabakwerbung gehört verboten.

(Beifall - Zurufe)

Ganz krass. Das sage ich Ihnen ganz deutlich. Tabak und Alkohol sind die größten Volksdrogen, die wir hier in der Bundesrepublik haben.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich würde jetzt einmal - -

Dr. Katja Pähle (SPD):

Ich habe gesagt - -

Vizepräsident Wulf Gallert:

Stopp, stopp! Ich will auf folgende Sachen hinweisen. Erstens: Wir befinden uns etwa zwei Stunden außerhalb unseres Zeitplanes.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Es macht gerade so viel Spaß.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Frau Pähle, wir sind nicht hier, um Spaß zu haben.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Doch.

(Zuruf)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Zweitens. Ich bitte, bei den Fragestellungen und Antworten darauf zu achten, dass wir nicht völlig außerhalb der Konditionen laufen. Ich würde jetzt insgesamt - das trifft in abgestufter Weise auch für die Folgeredner zu - bei den Rednern, die für Fraktionen sprechen, maximal drei Personen pro Fraktion zulassen. Bei Fragen kann allerdings immer derjenige, der hier vorn steht, sagen, ob er

eine Frage beantworten will. Meine Bitte: komprimierte Fragen, komprimierte Antworten.

Dann sind wir jetzt bei dem nächsten Fragesteller. Wollen Sie denn, weil es so viel Spaß macht, auch die Frage von Herrn Rausch beantworten, Frau Dr. Pähle?

Dr. Katja Pähle (SPD):

Aber natürlich.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Dann, Herr Rausch, haben Sie jetzt Gelegenheit, Ihre Frage zu stellen.

Tobias Rausch (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Frau Dr. Pähle, erst einmal vielen Dank für Ihre Ausführungen. Ich habe Sie eigentlich, wie Sie es auch dargelegt haben, als familienfreundliche und kinderfreundliche Person kennengelernt, die sich dafür einsetzen will, dass das so ist.

Nun haben Sie beschrieben, wie Sie sich das in der Schule vorstellen. Ich kenne aus unserem Salzlandkreis einen konkreten Fall, in dem in einem Jahrgang am Gymnasium ein Coronafall aufgetreten ist. Der ganze Jahrgang wurde nach Hause geschickt. Die Kinder sind jetzt angehalten, sich für neun Tage in Isolation zu begeben, und sie sollen eigentlich über das Internet beschult werden. Leider funktioniert das nicht so mit dem virtuellen Klassenraum, wie man sich das gedacht hat, weil die Verbindungen immer wieder abbrechen usw. Sie wissen, welche digitale Situation in Sachsen-Anhalt vorherrscht.

Meine Frage bezieht sich auf diesen konkreten Fall, in dem ein konkreter Verdacht im Raum steht und ungefähr 100 Personen betroffen sind. Zu den Kindern gehören Familienangehörige usw., die sich natürlich auch in Quarantäne befinden, ihre Kontakte einschränken sollen und die Auflage von den Gesundheitsämtern bekommen haben, das Haus und das Grundstück nicht zu verlassen. Nun gibt es auch viele, die in einer Wohnung wohnen. Drei Personen auf 50 m² oder 60 m² - das ist manchmal auch ein bisschen schwierig. Sie wissen, dass es dann nach einiger Zeit Spannungen geben kann.

Auf jeden Fall frage ich mich und ich frage auch Sie: Wie stehen Sie dazu, dass die Gesundheitsämter oder die Regierung, wer auch immer, nicht in der Lage ist, in einem solchen Fall Tests schnell durchzuführen? Warum dauert das neun Tage? - Das wäre meine Frage, wobei der Fall schon seit 14 Tagen bekannt ist.

(Zurufe)

Ich komme noch einmal auf die Pandemie zurück. Wie sehen Sie die Bewegung „Ärzte für Aufklärung“? Das ist eine Bewegung in Deutschland mit 700 Fachärzten, die einmal die Zusammenhänge mit Blick auf Corona erläutert haben, die erläutert haben, wie eine echte Pandemie aussieht. Jeder kennt schwer Erkrankte aus seiner direkten Familie und seiner Umgebung - ich spreche von schwer Erkrankten. Arztpraxen und Krankenhäuser im ganzen Land sind überfüllt.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Rausch, und stopp! Zwei Minuten!

Tobias Rausch (AfD):

Auch schon vor der Coronazeit - -

Vizepräsident Wulf Gallert:

Stopp! Zwei Minuten sind um. Das mit der Komprimierung der Fragestellung üben wir noch einmal. Jetzt erst einmal stopp. - Frau Pähle hat die Möglichkeit, zu antworten.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Danke für die Frage, Herr Rausch; denn das gibt mir die Möglichkeit, noch einmal auf das einzugehen, was Herr Büttner falsch wiederholt hat. Ich habe nicht gesagt, Tabak sollte verboten werden. Ich habe von der Tabakwerbung gesprochen; ganz deutlich. Ich ahne, wie schnell das durch Facebook läuft.

Zwei Bemerkungen zu Ihren Fragen. Zunächst zu der Frage, wie die Gesundheitsämter mit positiven Fällen umgehen. Ich wünsche mir an dieser Stelle ganz deutlich ein einheitliches Vorgehen. Ich weiß, dass die Gesundheitsämter unterschiedlich agieren. An dieser Stelle stellt sich die Frage, ob das aktuell der Fall ist, weil es die Landkreise per Allgemeinverfügung regeln, oder ob es an dieser Stelle wieder angebracht wäre, die Gesundheitsämter auf dem Verordnungsweg tatsächlich dem Land zu unterstellen. Meine Präferenz liegt auf der zweiten Variante, damit wir ein einheitliches Vorgehen haben.

Testen. Bei allem Respekt und auch bei allem Verständnis für erhöhtes Testgebaren, was Ihre Fraktion im Übrigen ablehnt und kritisiert - wir lernen über diesen Virus immer wieder aufs Neue.

(Zuruf)

Weil Sie von einer echten pandemischen Lage gesprochen haben: Nicht in meinem familiären Kreis, aber in dem Kreis von Personen, die ich kenne, mit denen ich schon Kontakt hatte und von denen ich weiß, wo sie einzuordnen sind, die ich

also tatsächlich kenne, gibt es aktuell drei Personen, die Covid-19-positiv sind, zwei davon mit Krankheitsverläufen.

(Zuruf)

Was sagt das? - Das sagt uns zum Beispiel, dass das, was Sie proklamieren, nämlich dass niemand Betroffene kenne, sich ändert, weil eine solche Situation jetzt immer näher rückt.

(Zurufe)

Das ist übrigens auch so eine Theorie von Ihnen: Wenn man keine Symptome hat, ist man nicht ansteckend.

(Zuruf)

Ich mache jetzt einmal einen Vergleich und bitte Sie, darüber in aller Ruhe in Ihrem Kämmerlein nachzudenken.

(Unruhe)

Denken Sie einmal an andere Infektionskrankheiten, zum Beispiel an HIV. Wie viele können das Virus verbreiten, bevor sie selbst Symptome einer Erkrankung zeigen? Genau bei diesem Fall sehen Sie das Problem: Die Weitergabe des Virus ist möglich, bei Corona genauso wie bei HIV, ohne dass ich selbst Symptome zeige. Genau das ist das Gefährliche. Denn jeder, der den Virus verbreitet, ist in der Lage, jemanden anzustecken, der dann keinen leichten Verlauf hat. Das sind dann die Fälle, die in den Krankenhäusern zur Beatmung etc. anlanden.

Zu der Bewegung „Ärzte für Aufklärung“. Herr Rausch, es gibt unterschiedliche Gruppen und Gruppierungen, die sich mit Meinungen an die Öffentlichkeit und an die Bürgerinnen und Bürger wenden - -

Vizepräsident Wulf Gallert:

Frau Pähle, wenn Sie sich auf die wenigen wichtigen dieser Gruppen konzentrieren könnten - -

Dr. Katja Pähle (SPD):

Ich schaffe es in einem Satz.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Dann tun Sie das.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Meine Präferenz liegt an dieser Stelle auf den wissenschaftlichen Institutionen der Bundesrepublik. Das sind die großen Forschungsgemeinschaften, das ist die Leopoldina, nicht aber Zusammenschlüsse dieser Art. - Vielen Dank.

(Zustimmung)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Frau Pähle, wollen Sie noch eine Frage von Herrn Siegmund zulassen?

Dr. Katja Pähle (SPD):

Immer doch.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Dann, Herr Siegmund, haben Sie jetzt die Chance, Ihre Frage zu stellen.

Ulrich Siegmund (AfD):

Vielen Dank. - Frau Dr. Pähle, ich habe eine Frage zu der auch medial angezweifelten Logik der gegenwärtigen Verordnung. Deswegen stelle ich Ihnen zwei Fragen. Warum darf ein Einzelhandel für astrologisches Zubehör öffnen? Warum muss aber eine Sternwarte schließen? - Erste Frage.

(Lachen - Sebastian Striegel, GRÜNE: Astrologisches Zubehör?)

- Als Beispiel, ja.

(Zuruf: Astrologisch?)

- Ja.

(Lachen)

Oder ein E-Zigaretten-Shop. Warum darf ein E-Zigaretten-Shop öffnen, eine Sternwarte nicht? Warum darf ein Kind auf einem Bolzplatz nicht Fußball spielen, ein Profiligaverein hingegen schon?

Vizepräsident Wulf Gallert:

Sie haben die Chance zu antworten.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Ich fange mit dem zweiten Teil an. Herr Siegmund, Sie wissen, dass die Öffnung für den Profisport - ich verweise nur auf die Diskussion über die dritte Liga - auch hier im Land sehr umstritten war. Nach meinem Dafürhalten hätten wir das nicht gebraucht. Es gab aber Verständigungen, auch mit dem DFB, an dieser Stelle so vorzugehen. Wir erleben an dieser Stelle ein knallhartes Containment. Die Spieler werden vor den Spielen getestet. Es wird genau nachverfolgt und im Zweifelsfall wird der Kontakt zu einer anderen Mannschaft durch Absage des Spiels unterbrochen.

Kinder dürfen übrigens auf dem Bolzplatz Fußball spielen, sie dürfen nur nicht im Vereinssport unterwegs sein. Die Spielplätze sind nicht geschlossen. Insofern gibt es an dieser Stelle eine Unterscheidung. Das hat etwas mit dem Testen zu tun. Wir haben nicht genug Tests, um allen

immer und zu jeder Zeit die Möglichkeit zu geben, ihr eigenes Ansteckungsrisiko durch einen Test zu überprüfen. Das macht den Unterschied. Wir konzentrieren uns. Im Bereich des Fußballs hätte ich mir eine andere Konzentration gewünscht, aber das ist eine andere Geschichte.

Zu dem Beispiel, das Sie gerade genannt haben. Ich weiß, ehrlich gesagt, gar nicht, ob wir Planetarien geschlossen haben.

(Zuruf: Ja!)

Denn wir haben die Zoos auch offen gelassen. Wir haben auch die botanischen Gärten offen gelassen. Übrigens haben wir auch die Seniorenbegegnungsstätten offen gelassen.

(Zurufe)

Wir haben die Kinder- und Jugendarbeit offen gelassen. Wir haben übrigens auch die Musikschulen offen gelassen. Das, was Sie hier verbreiten, es würde alles dichtgemacht, ist nicht so.

(Zuruf)

Die Einschnitte, die dieses Mal gewählt wurden, waren mit den Aspekten Gastronomie und Hotel darauf gerichtet, unnötige Kontakte, unnötige Bewegungen von Menschen zu verhindern, aber sie in der Wahrnehmung ihrer anderen Freizeitaktivitäten, die man allein durchführen kann, nicht einzuschränken,

(Unruhe)

ihnen Möglichkeiten zu geben, weil wir wissen, dass der November ein schwieriger Monat ist, auch Hilfe und Kontakt zu bekommen, wenn es notwendig ist, aber in diesem Maß unter Hygieneregeln. Es gibt einfach Unterschiede. Diese Entscheidung ist auch innerhalb der Landesregierung abwägend getroffen worden und hinter dieser Entscheidung stehe ich.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Eine ganz kurze Nachfrage, Herr Siegmund.

Ulrich Siegmund (AfD):

Ich fasse mich auch kurz. Ich rede nicht viel drumherum. - Sternwarten stehen explizit darin, deswegen habe ich das vorgelesen.

Trotzdem noch einmal zu den Vereinen. Das verstehe ich nicht. In einem Verein können die Kontakte doch viel besser nachvollzogen werden und durch den Trainer kann doch auch viel besser ein struktureller Ablauf mit den entsprechenden Regeln gewährleistet sein. Warum ist dann der Vereinssport untersagt, während das auf dem Bolzplatz, wo niemand zusieht, wo sie machen können, was sie wollen, legal ist? Wo ist an dieser Stelle der Sinn?

Dr. Katja Pähle (SPD):

Weil die Grundprämisse an dieser Stelle trotzdem ist - wir vertrauen darauf, dass Eltern die Verantwortung nicht an ihre Kindern abgeben, sondern vielleicht auch einen Blick darauf haben -: höchstens zehn Personen aus maximal zwei Haushalten. Mit anderen Worten: Ich kann mit meinem guten Kumpel Fußball spielen, aber nicht mit der gesamten Nachbarschaft.

(Zurufe)

Zu den Planetarien. Hierbei handelt es sich im Unterschied zu den Zoos um geschlossene Gebäude. Auch an dieser Stelle gibt es Unterschiede. Beim Einzelhandel gelten Begrenzungen, um die Verbreitung der Aerosole in den Flächen anders zu gewährleisten, als wenn die Einkaufszentren voll wären.

(Unruhe)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Okay, nun ist Schluss.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Schade.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Wir haben das Ende dieses Debattenbeitrags erreicht, weil ich das jetzt so sage. Es gibt aber auch keine weiteren Nachfragen mehr. - Als Nächste trägt Frau Lüddemann ihren Debattenbeitrag vor. Frau Lüddemann, Sie haben das Wort.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Corona klang für viele Menschen lange Zeit wie ein böses Märchen aus fernen Ländern. Überfüllte Krankenhäuser in Italien, Frankreich oder Tschechien, Ärzte über ihrer Belastungsgrenze und in der Notwendigkeit zu entscheiden, welchen Patienten behandle ich und welchen nicht. Wer bekommt das Beatmungsbett und wen schiebe ich auf den Flur zum Sterben?

Solche Bilder gab es Gott sei Dank aus Deutschland nicht. Wir sind insgesamt bisher recht gut durch diese größte Herausforderung der letzten Jahrzehnte gekommen.

Die jetzt steigenden Infektionszahlen sind beängstigend, auch in Sachsen-Anhalt. Deshalb ist es notwendig, Kontakte im freiwilligen Bereich so weit einzuschränken, also in der Freizeit, im Sport und in der Familie, dass alle nötigen Kontakte, also Kontakte im Bildungsbereich, in der Schule

und in der Hochschule, sowie für die Arbeit weiterhin möglich sind. Das ist das Leitmotiv der nächsten Wochen.

Wir müssen Maßnahmen ergreifen. Die Erfahrungen zeigen, je früher und je konsequenter gehandelt wird, desto erfolgreicher ist man. Um es klar zu sagen: Die aktuellen Maßnahmen sind richtig, sie kommen eher zu spät als zu früh.

(Zustimmung)

Absolut relevant für uns ist die Aufrechterhaltung der Bildung. Die Schulschließungen im Frühjahr, die nach damaligem Kenntnisstand - und immer das ist entscheidend - richtig waren, haben auch Schaden angerichtet. Jetzt müssen wir es besser wissen und die Schule muss auch unter diesen Bedingungen funktionieren. Das ist die Aufgabe der Stunde, Herr Bildungsminister Tullner.

(Zustimmung)

Wenn ich höre, dass den Schulen der Hybridunterricht vom Landesschulamt untersagt wird, wenn ich höre, dass bei geöffnetem Fenster in Jacken unterrichtet wird, dann ist das für mich erschreckend. Ich frage mich wirklich: Was hat das Landesschulamt und was haben Sie in den letzten sieben Monaten getan?

Die zweite Welle war absehbar. Meine Fraktion hat immer wieder nachgefragt und gedrängt. Jetzt scheinen wir vor den gleichen ungeklärten Fragen zu stehen wie im Frühjahr. Unterricht muss stattfinden. Kinder haben ein Recht auf Bildung.

(Zustimmung)

Deshalb brauchen wir Luftreinigungsgeräte. Wir brauchen mehr Serverkapazitäten, damit die - so wird es mir berichtet - gut geeignete Plattform Moodle überhaupt genutzt werden kann. Wir brauchen eine Breitbandoffensive, damit sie tatsächlich bei allen Endverbraucherinnen und Endverbrauchern überall ankommt. Und wir brauchen landeseinheitliche Hygienekonzepte. Das muss beginnen mit einer Maskenpflicht mindestens auf den Verkehrswegen, also auf Fluren, in Treppenhäusern und auf Schulhöfen.

Kolleginnen und Kollegen! Mögen die Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus noch so bitter sein, mögen sie auf den ersten Blick in der eigenen Kommune und im eigenen Umfeld nicht in Gänze nachvollziehbar sein - vielleicht noch? -, sie sind insgesamt notwendig und solidarisch. Um aber wirklich in alle Richtungen solidarisch zu sein, ist es essenziell, dass alle - dieses Mal wirklich alle -, die unter den Beschränkungen wirtschaftlich leiden, schnell und unbürokratisch entschädigt werden. Meine Fraktion begrüßt es außerordentlich, dass 75 % des Umsatzes an Ge-

werbetreibende, an die Gastro-Branche, an Fitnessstudios und vor allem dieses Mal auch an die Soloselbstständigen erstattet werden.

(Zustimmung)

Es muss sichergestellt werden, dass Kunst- und Kulturschaffende und Theater eine finanzielle Entschädigung erhalten. Wer im November des letzten Jahres keine Einnahmen hatte, für den muss ein Jahresdurchschnitt gebildet werden. Wer im November des letzten Jahres noch nicht am Markt war, für den muss ein Durchschnitt gebildet werden. Hierbei müssen wir Solidarität üben; denn ansonsten verlieren wir das Mittun aller Sachsen-Anhalterinnen und Sachsen-Anhalter.

Sollte es eine Möglichkeit geben, hierbei mit Landesmitteln zusätzlich zu helfen und eher zu helfen, als, wie ich vermute, das Geld vom Bund kommt, dann bin ich sehr dafür. Meine Fraktion ist dabei an der Seite der SPD. Dann müssen wir hier etwas tun. Ein Härtefallprogramm ist genau der richtige Weg.

Ich vermute ganz stark, dass von den Mitteln in Höhe von 500 Millionen €, die wir im Frühjahr freigegeben haben, um gegen Corona aktiv zu werden, noch nicht alles bis auf die letzte Million ausgegeben worden ist. Hierfür wäre das Geld sehr gut eingesetzt.

Kommunikation ist immer wichtig. Kommunikation ist in diesem Krisenfall wie in jedem Krisenfall ganz besonders wichtig. Wir brauchen daher eine Kampagne, um die notwendigen AHA-Regeln immer wieder zu kommunizieren. Ich stelle fest, dass das eben noch nicht bis zu dem letzten Bürger und zu der letzten Bürgerin durchgedrungen ist. Abstand, Hygiene und Alltagsmasken sind zu kommunizieren, genauso wie das Lüften und die Corona-App.

Die AHA+L+C-Regeln basieren auf dem gegenwärtigen Stand der Forschung. Das Wort „gegenwärtig“ ist hierbei sehr relevant; denn wir alle sind immer noch Lernende im Umgang mit dem Virus und den sich daraus ableitenden Maßnahmen.

Wir im Parlament haben dabei eine Vorbildfunktion zu erfüllen. Wir müssen Vorbilder sein beim Infektionsschutz. Wir müssen aber auch Vorbild sein, wenn es darum geht, dass man das Notwendige, also die Arbeit, aufrechterhält. Deswegen begrüße ich es ausdrücklich, dass wir jetzt eine Maskenpflicht hier im Hohen Hause haben. Ich finde es auch richtig, dass wir für unsere eigenen Arbeitsmethoden pandemieangepasste Variationen finden.

(Zustimmung)

Aber etwas, das gar nicht geht, das brandgefährlich und fahrlässig ist, ist Folgendes. Wenn Volks-

vertreter dieses Hohen Hauses den Grund für die Einschränkungen infrage stellen, wenn aus den Reihen der AfD Fake News über das Coronavirus verbreitet werden und wenn die grundlegenden Einschätzungen angezweifelt und Lügen verbreitet werden.

(Zuruf: Welche sollen denn das sein?)

Das Gejammer über angeblich unzumutbare Einschränkungen ist auch völlig unangebracht. In den meisten Ländern rund um Deutschland weiß man, was eine Einschränkung ist. Dort gibt es nämlich Ausgangssperren, dort gibt es Besuchsverbote, dort gibt es massivste Einschränkungen von Grundrechten.

(Zuruf)

Damit sind das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes und eine Kontaktreduzierung nicht vergleichbar.

(Zustimmung)

Aus tiefstem Herzen die kleine Zumutung der Coronamaßnahmen mit der DDR-Diktatur gleichzusetzen, verhöhnt die Opfer des damaligen Unrechtsstaates und ist völlig unangemessen.

(Zustimmung)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Um die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhalten, brauchen wir demokratische Elemente auch in der Pandemie. Es ist klar, dass dies eine längere Erscheinung ist, dass uns das Virus noch länger begleiten wird. Wir müssen uns auch ganz grundsätzlich auf Katastrophenszenarien vorbereiten. Deshalb begrüße ich es sehr, dass nun mehr Fraktionen, mehr Mitglieder dieses Hohen Hauses der Ermöglichung eines Notparlaments offen gegenüberstehen, dass wir dann miteinander ins Gespräch kommen, um auf der Grundlage einer Verfassungsänderung hier die nötige Vorsorge für ein sogenanntes Notparlament zu schaffen. Ich hoffe, dass uns das gelingen wird.

Zurück zur Parlamentsbeteiligung. Das Parlament muss stärker in den Prozess einbezogen werden.

(Zustimmung)

Im Frühjahr standen wir alle vor einer absoluten Ausnahmesituation. Alles musste schnell gehen. Jetzt aber ist klar - ich habe es bereits erwähnt -: Wir müssen länger mit dieser Situation klarkommen. In dieser Zeit darf das Parlament nicht außen vor bleiben. Die Interessen der Volksvertreter und der Beteiligungsanspruch des Parlaments lassen sich auch in diesen schwierigen Zeiten auf der Grundlage des § 80 Abs. 4 des Grundgesetzes wahren - ausdrücklich - das will ich sagen - die Interessen der Opposition eingeschlossen, als notwendiges Korrektiv in einer parlamentarischen Demokratie.

Ich halte es deshalb für notwendig, eine Einbeziehung des Parlaments festzuschreiben, am besten in einem Parlamentsbeteiligungsgesetz. Dort könnte formuliert werden, dass alle Verordnungen die Zustimmung des Parlaments brauchen. Wird die Zustimmung nicht erteilt, wird der jeweilige Teil der Verordnung nach vier Wochen außer Kraft gesetzt.

Verordnungen zu einzelnen Fachbereichen wie beispielsweise im Bildungsministerium benötigen demnach nicht die Zustimmung des Parlaments, sie müssen diesem aber frühzeitig übersandt werden, sodass der jeweils zuständige Fachausschuss die Möglichkeit hat, sein Veto einzulegen, und dem Parlament gegebenenfalls die Ablehnung empfehlen kann.

Weiterhin würde in einem Parlamentsbeteiligungsgesetz hinterlegt werden können, dass in jeder Sitzungsperiode automatisch eine Aktuelle Stunde zu dem Thema Corona gehalten und somit die Information des Parlaments gesichert ist. Mit diesen Regeln würde sichergestellt, dass die Landesregierung einerseits in Eilfällen nicht daran gehindert ist, schnell zu reagieren, das Parlament andererseits aber ausreichend beteiligt ist. Die Gesetzgebungskompetenz des Landes für diese Regeln ergibt sich, wie oben bezeichnet, aus Artikel 80 Abs. 4 des Grundgesetzes in Verbindung mit § 32 des Infektionsschutzgesetzes.

Um die Entscheidungen der Landesregierung auf breitere Füße zu stellen, halten wir GRÜNE - das ist die nächste Anregung - einen Pandemierat für sinnvoll. Dieser sollte sowohl die Landesregierung als auch die Fraktionen beraten. In diesem Pandemierat würden Fachleute aus unterschiedlichen Professionen, Juristinnen, Virologen, Ärzte, Vertreter von Seniorenverbänden, des DEHOGA etc., zusammenkommen. Es wäre ein transparent arbeitendes und fachlich fundiertes Gremium zur Beratung von Landesregierung und Landtag.

Auch die Bevölkerung sollte stärker einbezogen werden. Wir müssen die getroffenen Maßnahmen noch besser kommunizieren. Einige von Ihnen werden sich daran erinnern, dass ich im letzten Plenum die Methode Bürgerrat für Sachsen-Anhalt angeregt habe. Das lässt sich in Teilen auch auf die Kommunikation der hier besprochenen Maßnahmen übersetzen.

In Baden-Württemberg ist in der letzten Woche beschlossen worden, ein Bürgerforum ins Leben zu rufen. 50 per Losverfahren zusammenkommende Menschen mit ganz unterschiedlichen Hintergründen, mit unterschiedlichen Erfahrungen, mit unterschiedlichen Alltagskompetenzen, mit ihren Ansichten und Meinungen kommen zusammen und beraten über Corona, über die Maßnahmen zu Corona und über die Auswirkungen

von Corona. Ich denke, das kann die Akzeptanz der Maßnahmen deutlich erhöhen und gibt auch den Entscheidern Hinweise darauf, wo gegebenenfalls nachzusteuern ist.

Ich denke, das würde auch Sachsen-Anhalt gut zu Gesicht stehen. Das würde auch mancher skeptischen Argumentation der Bürger den Boden entziehen. Ich glaube, über mehr Information können wir mehr Verständnis erreichen. Nur wenn die Bürger die Maßnahmen verstehen, werden sie sie auch nachvollziehen können.

Meine Damen und Herren! Die Stärke Deutschlands liegt im Föderalismus, der dafür sorgt, dass verschiedene Sichtweisen zusammenkommen und beachtet werden, um auf der Bundesebene tatsächlich adäquate Antworten zu geben. In unserer Demokratie liegt die Stärke in der Transparenz und in dem Austausch zwischen unterschiedlichen politischen Ebenen und unterschiedlicher politischer Meinungen. Dass dies auch in der Coronakrise gegeben ist, dafür müssen wir die Grundlagen schaffen.

Meine geehrten Kolleginnen und Kollegen! Auch ich finde nicht jede Maßnahme bis ins Detail vollständig nachvollziehbar, für mich persönlich, in meiner kleinen Welt. Aber darum geht es auch gar nicht. Es geht nicht um jede einzelne Maßnahme. Es geht darum, grundsätzlich Kontakte zu minimieren, dort, wo es möglich ist.

Gerade heute wurde in Mecklenburg-Vorpommern eine repräsentative Umfrage veröffentlicht. Dieses Land ist vom Grundsatz her mit uns vergleichbar. Es gibt niedrige Inzidenzzahlen, es ist ein ostdeutsches Bundesland etc. Ein Anteil von 58 % der Bürgerinnen und Bürger spricht sich für die ergriffenen Maßnahmen aus und hält diese für richtig. Weitere 25 % sagen, ich will sogar noch härtere Maßnahmen. Insofern sind wir hier auf einem sehr, sehr guten Weg. Niemand muss Angst davor haben, mit den Bürgern über die beschlossenen Maßnahmen zu kommunizieren.

(Zurufe)

Entscheidend ist, dass wir in bundesweiter Solidarität handeln. Das finde ich unmittelbar und gänzlich nachvollziehbar. Dass zur Abwendung eines nationalen Gesundheitsnotstandes jeder seinen Beitrag leisten muss und auch wir alles dafür tun müssen, dass auf der Coronalandkarte Deutschland nicht weiter in Richtung Dunkelrot wandert, wie unsere Nachbarländer, muss unser Ziel sein.

Meine drei wesentlichen Anregungen noch einmal zusammengefasst: die Beteiligung des Parlaments auf zu schaffender Grundlage, die Beratung von Landesregierung und Parlament durch einen Pandemierat und die Beteiligung der Bevölkerung über ein Bürgerforum. Das Mögliche

beschränken, um das Nötige zu ermöglichen. Das muss die Richtung sein. - Vielen Dank.

(Zustimmung)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Danke. Ich sehe keine Wortmeldungen. Deswegen können wir diesen Debattenbeitrag jetzt beenden. Als Nächster spricht zu uns der fraktionslose Abg. Herr Diederichs. - Herr Diederichs, Sie haben das Wort.

Jens Diederichs (fraktionslos):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit geraumer Zeit stelle ich mir die Frage: Verwandelt die Coronakrise die Demokratie in Deutschland? - Dieser Eindruck entsteht zwangsläufig, wenn man beobachtet, auf welche Weise weitreichende Entscheidungen zur Eindämmung der Coronapandemie getroffen werden. Wer, wie die 16 Länderchefs und die Kanzlerin am Mittwoch der vorangegangenen Woche, vorab keine Debatte und Abstimmung zu Vorschlägen mehr zulässt, der setzt sich über die Aufgaben und Interessen sämtlicher Bürgerschaften, Landtage und des Bundestages hinweg. Mehr noch: Er degradiert die Abgeordneten zu Statisten.

Die Folge solchen Handelns ist: Deutschland wird schleichend, doch unweigerlich in eine Zeit manövriert, die wir vor 30 Jahren hierzulande überwunden geglaubt hatten. Dieser Entwicklung muss deutlich entgegengewirkt werden. Wir dürfen nicht länger tolerieren, dass Parlamente auf der Bundes- und der Landesebene auf diese Art und Weise ignoriert werden, schon gar nicht, wenn es um massive Einschränkungen der Grundrechte geht.

Wesentliches Merkmal der Demokratie ist die Gewaltenteilung zwischen Exekutive, Legislative und Judikative. Selbst der ehemalige Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts Prof. Ferdinand Kirchhof mahnt - ich zitiere -:

„Im ersten schnellen Zugriff war das richtig. Jetzt ist aber in der Demokratie das Parlament gefragt, so weitreichende und unser gesamtes Leben längerfristig umfassende Grundrechtsangriffe zu legitimieren, vorzuziehen und zu begrenzen.“

Das gelte auch für die Landtage. Weiter heißt es:

„Auch habe ich Zweifel, ob sich derartige Rechtsverordnungen noch auf das Infektionsschutzgesetz in Verbindung stützen lassen.“

Die Vorschriften dort seien für abgrenzbare Einzelfälle, nicht für flächendeckende und dauerhafte Maßnahmen gedacht, so Herr Kirchhof.

Eine Telefonkonferenz mit der Kanzlerin, wie sie vor einer Woche stattgefunden hat, ersetzt nicht die öffentliche Diskussion in den Parlamenten, auch deshalb nicht, weil damit viel zu wenig die Interessen der Bevölkerung berücksichtigt werden können, Interessen, die wir als gewählte Vertreter in die Parlamente tragen. Ich fordere deshalb Parlaments- statt Regierungsbeschlüsse, um zielgenaue Maßnahmen gegen die tatsächlichen Verbreitungsherde einleiten zu können.

Übrigens sprechen sich selbst Mediziner und Ärzte gegen das Herunterfahren des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens aus. Keine Frage: Das Senken der Fallzahlen ist politisch eine dringende Aufgabe. Das darf aber nicht um jeden Preis erzwungen werden. Die Maßnahmen zur Eindämmung der ersten Welle der Coronapandemie zwischen März und Mai 2020 wurden von der Bevölkerung weitgehend akzeptiert. Es ist zu hoffen, dass vergleichbare Maßnahmen bei der gegenwärtigen Entwicklung der Pandemie ebenfalls akzeptiert werden. Allerdings wird der Vertrauensvorsprung zunehmend aufgebraucht. Das ist daran erkennbar, dass in der Bevölkerung die Zweifel an den Maßnahmen wachsen, die die Exekutive an der Legislative vorbei beschlossen hat.

Die zweite Welle wurde bereits seit dem Sommer dieses Jahres vorausgesagt. Es war also ausreichend Zeit, die Parlamente in die Diskussion über die notwendigen Maßnahmen einzubinden. Die jetzt gefassten Beschlüsse zeigen deutlich, für wie entbehrlich die Länderchefs und die Kanzlerin die Parlamente halten, deren Mitglieder sie in dieser für viele Menschen so existenziellen Zeit zu reinen Statisten degradieren.

Wir Abgeordnete sind in der vorigen Woche wie auch heute erneut vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Das, was uns bzw. der Bevölkerung zugemutet wird, findet nur zum Teil meine Zustimmung. Ich fordere deshalb, die Maßnahmen zu relativieren, insbesondere in Bezug auf das Hotel- und Gaststättengewerbe. Erforderlich ist eine Abstimmung über die beschlossenen Maßnahmen speziell für Sachsen-Anhalt. Das Hotel- und Gaststättengewerbe wird zu Unrecht drangsaliert und in Existenzgefahr gebracht. Ich fordere deshalb die Streichung der speziell für sie geltenden Auflagen aus dem Maßnahmenkatalog. - Vielen Dank.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich sehe hierzu keine Fragen. Deswegen können wir gleich zu dem nächsten Debattenredner kommen. Es spricht, ebenfalls als fraktionsloser Abgeordneter, Herr Poggenburg. - Herr Poggenburg, Sie haben das Wort.

André Poggenburg (fraktionslos):

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Abgeordnete! Nun haben wir ihn, den lang erwarteten und vorausgesehenen zweiten Lockdown, der ein bisschen als Variante „light“ verharmlost wird, dies aber in Wirklichkeit gar nicht ist. Wir erleben ein zweites Bündel an übertriebenen Zwangsmaßnahmen und an Repressionen, die eben kein maßvolles Agieren darstellen, sondern die ein fast schon maßloses Obrigkeitsagieren, eine Obrigkeitswillkür darstellen.

Sehr geehrter Ministerpräsident - er ist gerade nicht anwesend -, Sie haben vorhin von einem Akt der nationalen Solidarität gesprochen. Es ist wohl eher ein Akt bundesweiter Gleichschaltung, der hier zu sehen ist. Das trifft den Kern der Sache eigentlich viel besser.

Was erleben wir denn hier gerade wieder? - Wir erleben ein kontrolliertes, programmiertes An-die-Wand-Fahren des Kleinunternehmertums und des Mittelstandes. Wir erleben wieder Einschränkungen von Freiheitsrechten, von Grundrechten.

Natürlich gibt es besonders schutzbedürftige, besonders anfällige Personen und Personengruppen. Diese müssen geschützt werden; das kann man zielgerichtet tun. Natürlich müssen Krankenhäuser Kapazitäten vorhalten, auch das ist richtig. Auch das kostet alles Geld. Auch das würde schon Einschränkungen beinhalten; diese würden in der Bevölkerung aber angenommen werden und wären akzeptabel. Das, was wir jetzt hier sehen, ist es nicht.

Was erleben wir gerade? - Wir erleben Schulen, in denen Kinder und Jugendliche gezwungen werden, beim Sportunterricht Masken zu tragen. Für mich ist das schon Nötigung. Für mich ist das im Grunde schon versuchte Körperverletzung, ganz ehrlich. Denn das macht krank.

Wir erleben Branchen, beispielsweise die Gastro- und Hotelbranche sowie die Kunst- und Kulturschaffenden, also gerade diejenigen, die in den letzten Monaten seit dem Frühjahr durchgehalten haben, die sich darauf verlassen haben, was man ihnen gesagt hat, nämlich: Wenn ihr die Zwangsmaßnahmen umsetzt, wenn ihr euch besonders an sie haltet und euren Umsatz, eure Arbeit einschränkt, wenn ihr euch bemüht, hier irgendwie durchzukommen, dann schaffen wir das. - Wir schaffen es nicht, wie wir sehen. Es kommt die zweite Welle. Viele, die kurz vor dem Aus standen, rutschen jetzt ins Aus.

(Zuruf: Genau!)

Das ist Teil der Politik, die wir hier im Moment sehen. Es trifft also wieder genau diejenigen, die wirklich am meisten versucht haben, dafür zu kämpfen, die Krise zu meistern. Dabei sind die

beiden genannten Branchen wirklich nur Beispiele.

Wir haben Situationen in Schulen - ich habe mich darüber informiert; es betrifft übrigens Grundschulen, Berufsschulen, das ganze Programm -, dass Schüler im Klassenraum, sei es an der Schulbank oder in Arbeitsrunden, ohne Maske beieinander sitzen, aber sofort, wenn sie aufstehen und einen Schritt tun, um zum Papierkorb oder an die Tafel zu gehen, müssen sie eine Maske aufsetzen. Sie müssen auf dem Flur eine Maske tragen, sie müssen auf dem Schulhof eine Maske tragen. Jetzt erklären Sie den Schülern und den Eltern wirklich einmal diese Idiotie.

(Zuruf: Das stimmt!)

Das ist kaum noch zu erklären.

Letztens fand ich eine Schlagzeile in der „FAZ“ unter der Rubrik „Kultur“ ganz toll. Es wurde gefragt, ob nun auch der geistige Notstand drohe.

(Heiterkeit)

Ich muss sagen: Ja, ganz eindeutig ja. Manchmal kommt es einem fast so vor, das Ganze kann doch nur ein großes Experiment sein, an einem Tag X wird über den Staatsfunk die Meldung kommen: Manöver beendet;

(Heiterkeit)

wir wollten nur einmal sehen, ob und, wenn ja, wie viele Politiker, Bürger und Organisationen das eigene Denken willfährig ablegen, es bei irgendeinem Pförtner der Merkel-Regierung abgeben, und wie viele Teile unserer Gesellschaft vielleicht noch selbst denken, freiwillig denken, quer denken und mitdenken.

Leider ist es so, dass wir gerade - ich will nun nicht jeden Einzelnen ansprechen; es gibt auch Ausnahmen - zumindest den regierungstragenden Parteien und Fraktionen insgesamt das Zeugnis ausstellen müssen, einen solchen Test voll bestanden zu haben - natürlich was die totale Obrigkeitshörigkeit angeht, nicht das freie Denken.

So ist es auch gut und richtig, dass es immer mehr Menschen gibt, Abgeordnete, Bürger, Organisationen, die das Ganze nicht unwidersprochen hinnehmen, die sagen: Wir lassen uns nicht einfach als Coronaleugner diffamieren, nur weil wir Kritik üben; wir lassen uns nicht als Covidioten abstempeln, nur weil wir selbst denken und Dinge hinterfragen.

Sie zeigen Widerstand - natürlich Widerstand friedlicher Art in Form von Debatten und Diskussionen. Sie kritisieren zu Recht, dass solche grundlegenden Entscheidungen, wie sie von der Bundesspitze getroffen wurden - man möchte fast von einer Ermächtigung über die Hintertür

sprechen; dazu hätte mancher frühere politische Taktierer wahrscheinlich Beifall gespendet -, doch nicht am Parlament vorbeigehen dürfen. Auch das wird immer öfter kritisiert. Das finde ich gut. Ich finde es auch gut, dass wir heute diese Sonder-sitzung dazu führen. Sie ist emotionsgeladen. Ich hoffe, dass sich die politische Debatte in diesem Sinne etwas verschiebt und dass in gewisser Weise ein Umdenken stattfindet. - Vielen Dank.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Es gibt keine Fragen hierzu. Damit ist dieser De-battenbeitrag beendet. Wir kommen zum Ab-schluss der Debatte zu dem Redebeitrag des Abg. Herrn Borgwardt. Herr Borgwardt, Sie haben das Wort.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mir war klar, wie die Debatte hier ablaufen wird. Dazu muss ich kein Prophet sein. Die Frage ist, ob das im März anders gewesen wäre; aber das ist eine hypothetische Frage.

Ich war eigentlich geneigt, jetzt nur noch auf Re-debeiträge einzugehen. Aber wer das kennt, der weiß, dass manche - insbesondere die, die Reden nach Jahren noch einmal lesen - fragen werden: Wieso ist die CDU-Fraktion als Einzige nicht auf die tatsächlichen Werte eingegangen? - Mir bleibt also nichts anderes übrig.

Da ich aber genügend Zeit habe, will ich trotzdem drei Bemerkungen voranstellen. Von niemandem hier, auch nicht von der CDU-Fraktion, habe ich ein Patentrezept gehört. Alle fabulieren durch die Nacht, alle. Das ist die erste Feststellung. Sie bleibt ohne große Emotionen, das war mir klar. Denn sie stimmt.

Zu der zweiten Feststellung. Wenn ich das hier so höre, glaube ich, die Menschen draußen, die das vielleicht auch hören, könnten den Eindruck gewinnen, dass die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion oder die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeden Morgen aufstehen und sich fragen: Wie kann ich die Bürger am meisten gängeln? Wie kann ich den Betrieben am meisten schaden?

(Heiterkeit und Zustimmung - Zurufe)

Wie kann ich das Leben am stärksten negativ beeinflussen? Man muss doch bekloppt sein, wenn man das glaubt.

Wir persönlich halten all diese Maßnahmen für schwierig und einschneidend.

(Beifall)

Wir wünschen sie uns überhaupt nicht. Deswegen lassen wir uns von keinem, weder von links noch

von rechts, einreden, dass wir genau das tun, wozu Sie hier den Eindruck erwecken wollen.

Ich will einmal mit zwei Legenden aufräumen. Eines ist Fakt: Ich schätze im Allgemeinen die sehr geehrte Kollegin Eva von Angern. Aber etwas anderes ist auch Fakt: Ich kann mir sehr gut vorstellen, wie die Spitzenkandidatin Wahl-kampf führen wird. Das war ein leichtes Vor-geplänkel. Aber man muss schon bei der Wahr-heit bleiben.

Wir sollen uns ein Beispiel am Kollegen Ramelow nehmen? - Gute Nacht, Freunde. Jetzt räume ich einmal mit der Legende auf. Dort ist nichts ande-res, als in Sachsen-Anhalt und in allen anderen 14 Bundesländern auch passiert.

Da haben nämlich eine Regierungskoalition und die dortige Exekutive entschieden; auch in Thü-ringen. Nur in Thüringen hat ein Fraktionsvorsit-zender, nämlich Herr Prof. Voigt - so läuft das nämlich -, dasselbe wie zwei Fraktionen hier ge-tan, nämlich Anträge eingebracht. Das hat ihn dann in die Lage versetzt. - Das ist die Wahrheit, liebe Kollegen der LINKEN.

Das wird hier verkauft nach dem Motto, dass wir uns daran ein Beispiel nehmen können. Sie hätten ein Beispiel geben können, indem Sie das schon drei Wochen eher gebracht hätten. - Also, diese Jacke ziehen wir uns nicht an.

(Beifall)

Zweitens. Die AfD musste natürlich noch einen drauflegen. - Das machen wir nicht mit. Wir war-ten übrigens noch bei einer anderen Sache auf eine Verfassungsklage. Ich meine, die Zeit läuft auch irgendwann ab. Dann wird das der Diskonti-nuität unterfallen.

(Zurufe)

- Nein, wir reden über etwas anderes. Wir reden jetzt nicht über die zu dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss, sondern über die an-dere, die Sie angekündigt haben. Diese wurde bis heute nicht eingereicht. - Das nur nebenbei.

(Heiterkeit)

Wenn Sie das machen, dann sage ich: Wir haben in der parlamentarischen Demokratie ein Mittel. Das heißt, wenn Sie das nicht mitmachen, können Sie APO machen. Aber Sie sitzen ja nun dabei. Dann wird es ein bisschen schwierig. Dann müs-sen Sie mit Ihren Leuten draußen reden. Aber Sie können natürlich als Fraktion klagen. Dann müs-sen Sie dagegen klagen.

(Zuruf: Machen wir doch!)

- Ich habe noch nicht gesehen, dass irgendetwas eingereicht worden ist.

(Zuruf: Abwarten!)

- Abwarten?

(Zuruf: Na sicher!)

Aber Sie suggerieren draußen: Wir machen das nicht mit, und wir sagen euch Bürgern, weil wir das nicht mitmachen, passiert das nicht.

(Zurufe)

Das funktioniert nicht.

(Zustimmung)

Jetzt komme ich zu dem zurück, was ich eingangs erwähnt habe. Ich vertrete hier die Position der CDU-Fraktion und das mache ich auch sehr gern. Es gibt Menschen - wir haben das heute hier gehört -, die Untergangsszenarien und Verschwörungstheorien verbreiten.

(Zurufe)

Der letzte Beitrag von Herrn Poggenburg hat das unterstrichen.

Wir dagegen - das reklamiere ich ausdrücklich für die Koalition, insbesondere als Vorsitzender der CDU-Fraktion - versuchen, verantwortungsbewusst, verhältnismäßig die Menschen zu informieren sowie die Folgen der Pandemie und andere Einschränkungen so gering wie möglich zu halten. Das war bisher unser Petikum.

(Beifall)

Darum wiederhole ich, was ich bereits im Mai im Plenum gesagt habe: Mit der Coronakrise durchleben wir die größte politische und gesellschaftliche Herausforderung der Nachkriegsgeschichte. Weltweit werden wir weiter auf eine gewaltige Bewährungsprobe gestellt. Eine Bewährungsprobe, meine Damen und Herren, die zunehmend an der Akzeptanzgrenze - das stimmt; das sehen wir genauso - der Bevölkerung kratzt.

Laut einer Forsa-Umfrage halten 50 % der Befragten die neuen Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie für angemessen. Wieder einmal geht es darum, die Disziplin des Einzelnen einzufordern; der Ministerpräsident und andere Redner haben das ebenfalls versucht. Das ist nötig; denn es geht auch nach unserer Auffassung jetzt wieder um nicht weniger als um das Leben und die Gesundheit der Menschen.

Die Notwendigkeit der Maßnahmen, so glauben wir, hat die Bundeskanzlerin in ihrer Regierungserklärung in der vergangenen Woche verdeutlicht und auch nachvollziehbar begründet.

Dass sich die Zahlen deutschlandweit und auch in Sachsen-Anhalt leider erhöht haben, kann niemand abstreiten. Eine Kontaktverfolgung ist, wie wir auch gehört haben, so gut wie nicht mehr möglich. Wenn Sie es bei 1 000, wie in Magde-

burg, nicht mehr wissen, dann haben Sie ein Problem. Das wüssten Sie, wenn Sie sich einmal intensiv mit den Ämtern beschäftigen, die das nämlich bearbeiten müssen.

Aktuell verdoppeln sich die Zahlen der Infizierten etwa alle sieben Tage und die Zahl der Intensivpatienten etwa alle zehn Tage. Nach den Statistiken des RKI - wir sind schon darauf eingegangen - sind die Ansteckungsketten im Bundesdurchschnitt in mehr als 75 % der Fälle unklar. Das ist genau unser Handlungskriterium. Deswegen müssen wir Maßnahmen ergreifen. Wir haben darüber auch in unserer Fraktion mehrfach kontrovers diskutiert.

(Zuruf)

In Sachsen-Anhalt war der Wert der Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner zunächst niedrig. Dafür sind wir ausdrücklich unserem Ministerpräsidenten dankbar. Unsere Fraktion und die anderen Fraktionen haben dafür gesorgt, dass das so lief, indem wir nämlich jedes Mal, bevor eine neue Eindämmungsverordnung herausgegeben worden ist, eine Fraktionssitzung durchgeführt und dort Punkte festgelegt haben. Davon sind ausdrücklich mehr als 90 % umgesetzt worden; das muss man einmal sagen.

(Beifall)

Es ist eben so: Die Koalition, die die Regierung stellt, macht der Regierung konkrete Vorschläge. So einfach ist das. Das ist übrigens in jedem Bundesland so, nicht nur in Sachsen-Anhalt.

Zur Vermeidung einer akuten nationalen Gesundheitsnotlage ist es deshalb nun erforderlich, durch eine befristete - wir haben es schon gehört - erhebliche Reduzierung der Kontakte der Bevölkerung insgesamt das Infektionsgeschehen aufzuhalten oder stark einzudämmen und die Zahl der Neuinfektionen wieder in die nachverfolgbare Größenordnung von unter 50 Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner in der Woche zu senken. Das ist das oberste Ziel aller dieser Maßnahmen.

Eine solche Dynamik würde ansonsten die Intensivmedizin in wenigen Wochen überfordern. Diese Situation betrifft alle. Ich habe es bei einer anderen Gelegenheit gesagt und Kollegen hier auch: Es geht nicht nur um die reine Bettenstatistik - die Betten, die Hardware, sind vorhanden, dankenswerterweise infolge großer Investitionen -, aber das Problem ist: Die vorhandene Hardware muss auch bedient werden. Diesbezüglich gibt es ein Problem. Sie können uns gern sagen: Das haben Vorhergehende verabsäumt. Das ist so. Aber das enthebt uns nicht der Verantwortung, dass wir trotzdem jetzt reagieren müssen, weil die Situation so ist, meine Damen und Herren. Auch das ist verantwortliches Handeln einer Regierungskoalition.

Die Fraktion der CDU hat den Ministerpräsidenten darum gebeten, den Stand der Coronapandemie und die entsprechenden Maßnahmen in einer Regierungserklärung zu thematisieren. Ich bin sehr froh darüber, dass er dem jetzt nachgekommen ist;

(Zustimmung)

denn nur eine öffentliche Debatte über die gravierenden Einschränkungen kann Akzeptanz schaffen und stärkt die parlamentarische Demokratie.

Ich sage hier ausdrücklich: Wer mich kennt, der weiß, ich kritisiere auch eigene Kollegen. Ich bin durch und durch Parlamentarier. Deswegen schätze ich auch die Rechte der Opposition. Gleichwohl gibt es klare Spielregeln. Ich kann gern unsere Altvorderen zitieren, was hier im Jahr 1998 los war und welche Vorlagen die Opposition, in die die CDU damals gekommen ist, erhalten hat oder nicht. Darüber können wir gern einmal einen langen Disput führen, meine Damen und Herren.

Zu den nun beschlossenen Maßnahmen zählen unter anderem neue Kontaktbeschränkungen im öffentlichen Raum, die Schließung zahlreicher Einrichtungen in den Bereichen der Freizeitgestaltung und der Gastronomie - darauf gingen meine Vorredner ebenfalls schon ein - sowie das Verbot von Unterhaltungsveranstaltungen. Hinzu kommen eindringliche Appelle, Kontakte im privaten Bereich zu verringern und auf unnötige Privatreisen zu verzichten.

Darauf, dass Kitas und Schulen - auch darauf gingen meine Vorredner bereits ein - geöffnet bleiben, haben wir ausdrücklich gedrungen und den Ministerpräsidenten inständig darum gebeten, weil es die Eltern entlastet und eine nicht unwesentliche, entscheidende Veränderung übrigens zum ersten Lockdown im März war. Das sind die Erfahrungen, aus denen man lernt.

Übergeordnetes Ziel ist es, neue Ausbrüche einzudämmen. Steigen die Zahlen weiter, droht ein Kontrollverlust. Man kann darüber reden, wie man will. Das würde eintreten. Eine Überlastung unseres Gesundheitssystems - genau das, meine Damen und Herren, müssen wir jetzt verhindern.

(Zuruf)

- Nein, jetzt verhindern, damit wir sie nicht schließen müssen. - Daher trägt die CDU-Fraktion den Beschluss der Bundeskanzlerin sowie der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder mit.

Nach dem befristeten Teil-Lockdown und der Bewertung der Infektionszahlen für Sachsen-Anhalt sollte aus der Sicht der CDU-Fraktion allerdings erneut auf den Sachsen-Anhalt-Plan eingeschwenkt werden, der dem Infektionsgeschehen hierzulande bisher gut Rechnung getragen hat.

(Beifall)

Wir können aktuell aber nicht die Augen davor verschließen, dass ein länderübergreifend abgestimmtes Maßnahmenpaket zum jetzigen Zeitpunkt, unter der ganz konkreten jetzigen Lage, den größten Nutzen bringt.

Nach 14 Tagen - das sage ich ganz deutlich; das haben wir auch in unserer Fraktionsvorsitzendenkonferenz hier beschlossen - muss nach unserer Auffassung aber anhand der konkreten Zahlen, die dann evident sind, überprüft werden, ob die harten und weitreichenden Maßnahmen greifen, und eben nicht erst nach vier Wochen. Das ist unsere konkrete Sachlage in dieser Frage.

(Zustimmung)

Zudem sollten auch im Parlament die Kontakte auf ein Minimum reduziert werden. Deshalb unterstützen wir nachhaltig die Initiative von Fraktionen hinsichtlich einer freiwilligen Vereinbarung, die Fraktionsstärke auf maximal zwei Drittel zu reduzieren, und zwar bis zur Verabschiedung - das habe ich im Ältestenrat schon angekündigt - einer verfassungskonformen Regelung.

Meine Damen und Herren! Wir verstehen den Frust und auch die Verzweiflung aller Betroffenen. Unter anderem haben die Gastronomiebetreiber für Hygienekonzepte und Investitionen in Größenordnungen sehr viel Geld aufgewendet und haben zu Recht den Anspruch, dass sich dieses auch gelohnt hat.

Wir als CDU-Fraktion sind dabei ganz nah an dem betroffenen Personenkreis. Deswegen haben wir auch im Frühjahr darauf gedrängt, unsere Gaststätten und Hotels früher zu öffnen als in anderen Bundesländern, wo das Infektionsgeschehen deutlich stärker ausgeprägt war. Übrigens gibt es dazu einen sehr guten Schriftverkehr mit dem DEHOGA, der das ausdrücklich befürwortet hat.

Darum - dafür danke ich auch der Bundesregierung - ist es zu begrüßen, meine Damen und Herren, dass den vielen durch die Schließung betroffenen Betrieben der Umsatzausfall - wir haben das heute schon gehört, nicht der Gewinn, sondern der Umsatz; dazu müssen wohl einige Nachhilfe nehmen - in Höhe von 75 % entsprechend dem Umsatz des Vorjahres 2019 erstattet werden soll. Auch Existenzgründer, die nach November 2019 ihre Existenz gegründet haben, werden - der Bezugspunkt soll dort Oktober 2020 sein - in ähnlicher Weise entschädigt.

Zudem müssen die finanziellen Hilfen für betroffene Unternehmen und Kulturschaffende nach unserer Auffassung schnell und massiv aufgestockt werden. Nur so kann es letztlich gelingen, Arbeitsplätze und Existenzen zu retten.

Meine Damen und Herren! In Anbetracht der Verbreitung der Krise sind die Maßnahmen - die Aussagen der Kanzlerin Angela Merkel sind nicht von ungefähr; wir wissen, dass sie Physikerin ist - geeignet, notwendig und verhältnismäßig. Das sind genau die drei Gründe, die den Ansatz für eine Verfassungsklage möglichst verhindern sollen. Das wissen Juristen.

Wir befinden uns in einer außerordentlichen Lage. Das sollten wir uns alle jederzeit vergegenwärtigen.

Wer einer Bundes- oder Landesregierung, liebe Kollegen, die sich für die Gesundheit ihrer Bürgerinnen und Bürger einsetzt - ich danke ausdrücklich auch der Kollegin Grimm-Benne -, in einer solchen Phase Aktionismus vorwirft, der handelt nach unserer Überzeugung unüberlegt und verantwortungslos.

Mildere Mittel, um das exponentielle Wachstum und weitere Infektionen zu verhindern, sind derzeit nicht vorhanden. Mit den jetzt von den Regierungschefs einstimmig beschlossenen Maßnahmen geht es vor allem darum, die Risikogruppen zu schützen.

Mit diesen Maßnahmen steht Deutschland nicht allein da. Auch gerade der von den geschätzten Kollegen permanent hochgelobte AfD-Vorschlag in Bezug auf Schweden scheint hierbei nämlich nicht das Maß der Dinge zu sein, liebe Kollegen. Sie sollten sich einmal aktuell informieren.

Nach einem Bericht der Zeitung „Münchener Merkur“ gibt es dort seit Beginn der Pandemie 121 000 neue Coronafälle und ca. 6 000 Menschen sind daran gestorben. Im Vergleich dazu: In Deutschland gab es mit Stand vom 28. Oktober dieses Jahres 498 000 Fälle und ca. 10 000 Todesfälle - bei ca. achtmal so viel Einwohnern. Die Durchseuchungsstrategie, meine sehr verehrten Kollegen, hat sich also nicht durchgesetzt.

(Zuruf: Völliger Quatsch!)

- Nein, Tatsache.

(Unruhe)

Auch in Schweden sollen nun - genauso wie hier - die Kontakte mit Personen aus anderen Haushalten sowie im Personennahverkehr, bei Veranstaltungen, in Gaststätten und Sportvereinen vermieden werden. Alle diese Dinge werden genauso gehandhabt wie in Schweden.

(Zuruf)

Weitere Einschränkungen gibt es ähnlichen Musters in Luxemburg, Österreich, Frankreich und Spanien. Dort ist bereits der Gesundheitsnotstand ausgerufen worden.

Diese Beispiele zeigen, dass Deutschland keineswegs allein handelt - oder so handelt, weil es seine Bürger gängeln will -, sondern wie viele andere Länder in Europa und auch weltweit. Die Entscheidungen basieren dabei ausdrücklich auf wissenschaftlichen Erkenntnissen.

(Zuruf)

Die Maßnahmen, die seit gestern gelten, schränken hart erkämpfte Freiheitsrechte, aber auch Unternehmerrechte ein. Dessen sind wir uns natürlich bewusst. Mit Förderprogrammen, Kurzarbeitergeld und schnellen Maßnahmen wollen wir der Wirtschaft unter die Arme greifen. Hierbei ist es wichtig, dass die Abwicklung tatsächlich, wie versprochen, schnell und unbürokratisch erfolgt.

Ich sage das hier ganz deutlich: Die Geschäftsgrundlage oder der Pakt der 16 Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin fußte genau auf diesem Eckwert, nämlich dass die Abwicklung unbürokratisch und schnell erfolgt. Wir sind auch der Auffassung - deswegen auch die Überprüfung nach 14 Tagen -, dass wir, wenn dies so nicht geschieht, in geeigneter Weise über eigene Zwischenfinanzierungen zumindest nachdenken sollten.

(Beifall)

Die wirtschaftlichen Folgen für Mittelstand, Handwerk, Soloselbstständige und Freiberufler sind bekannt. Zahlreiche Branchen, wie die Gesamtheit des Tourismus, werden auch auf absehbare Zeit nicht zur vorherigen Normalität finden können.

Mit Blick auf die von einigen beklagten Einschränkungen der Grundrechte möchte ich ganz klar sagen, dass der Freiheitsbegriff für uns nicht nur auf die Starken und Jungen beschränkt ist. Freiheit ist - in Abwandlung eines Zitats - auch immer die Freiheit der Schwachen und der anderen.

Wer in der derzeitigen Situation bei seinen Entscheidungen das Risiko der Schwachen nicht berücksichtigt hat, der handelt nach unserer Auffassung verantwortungslos.

Wirtschaftliche Fehlentwicklungen oder Fehler im Bildungssystem können korrigiert werden. Was nicht korrigiert werden kann, ist der Tod von Menschen.

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende ist an anderer Stelle schon einmal zitiert worden. Ich möchte ihn einmal in unserem Sinne zitieren. Er hat in der vergangenen Woche in der Debatte im Bundestag deutlich gemacht, dass Entscheidungen zur Anzahl der Personen in einem Geschäft, liebe Kollegen, oder zur Größe der zu öffnenden Geschäftsflächen keine Entscheidungen der Parlamente, sondern Entscheidungen der Exekutive sind. Da-

hinter stehe ich ausdrücklich. Man muss den Generalwert festlegen. Das tun wir. Danach müssen die Entscheidungen in der Exekutive schnell und effizient getroffen werden. Ansonsten stelle ich mir vor, wie das im anderen Fall wirkt. Aber dazu bekommen wir vielleicht noch Vorschläge. Heute habe ich keine gehört.

In einem solchen Ausnahmefall wie in einer Pandemie muss schnell gehandelt werden. Für dieses schnelle Handeln hat die Landesregierung das Vertrauen der CDU-Fraktion. Es geht nicht um persönliche oder ideologische Befindlichkeiten, sondern um die Bekämpfung der Pandemie.

Es ist das gute Recht der Opposition - das sage ich hier ausdrücklich -, die Maßnahmen und Entscheidungen der Regierung zu kritisieren und zu hinterfragen. Aber das Handeln der Bundes- und der Landesregierung als Aktionismus zu bezeichnen, nur weil sie Vorkehrungen treffen, von denen man überzeugt ist, dass sie Menschenleben in unserem Land retten, grenzt an eine Frechheit.

(Zustimmung)

Wir stellen der Landesregierung aber keinen Blankoscheck aus. Das bedeutet, dass diese Maßnahmen überprüft und - ich wiederhole das jetzt in meiner Rede zum dritten Mal - nach unserem Vorschlag nach 14 Tagen evaluiert werden sollten, wenn wir deutlich unter einem Wert von 30 Infizierten pro 100 000 Einwohnern liegen.

(Zustimmung)

Meine Damen und Herren! Ich werde jetzt zum Ende kommen müssen. Im Mai habe ich bereits gesagt, dass Prävention oft nicht die verdienten Lobeshymnen erhält, weil der Mensch nicht sieht, was wir verhindert oder was die Maßnahmen verhindert haben. Deshalb wird der jetzt eingeschlagene Weg von uns ausdrücklich mitgetragen.

Die Pandemie hat bisher gezeigt, dass die Menschen in Krisenzeiten füreinander eintreten. Sie hat gezeigt, dass die Bundes- und die Landesregierung und auch wir als Parlament in wichtigen Zeiten schnelle Entscheidungen treffen können. Nur hat sich die Situation nach dem Sommer leider deutlich verschlimmert. Wie wir jetzt mit der Pandemie umgehen, entscheidet über die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger, aber auch über unsere Wirtschaft.

In den kommenden Wochen und Monaten müssen wir wieder um das Verständnis unserer Bürgerinnen und Bürger werben. Jeder Mensch ist dazu aufgerufen, aktiv mitzuwirken, um den Virus in den Griff zu bekommen. - Ich danke herzlich und bleiben Sie gesund.

(Beifall)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Borgwardt, es gibt insgesamt drei Fragesteller. Die erste Frage kommt von Eva von Angern. Wollen sie diese beantworten, Herr Borgwardt? - Er will sie beantworten, deshalb darf sie gestellt werden, Frau von Angern. Bitte.

Eva von Angern (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Sehr geehrter Kollege Borgwardt, eines gleich vorweg: Ich schätze Sie auch. Ich schätze auch unsere Zusammenarbeit. Ich bin umso betrübter, dass Sie die Reden der Oppositionsfractionen gleichgesetzt haben und kann mir nur vorstellen, dass Sie möglicherweise nicht gehört haben, dass wir als DIE LINKE den Grundsatz der Landesregierung und auch die letzte Eindämmungsverordnung sehr wohl unterstützen und lediglich zur Diskussion stellen, dass das Parlament und auch die Öffentlichkeit besser beteiligt werden, und einzelne Positionen auch tatsächlich noch einmal hinterfragen.

Sie haben Kritik am Ministerpräsidenten von Thüringen geäußert. Das mag ich natürlich nicht so stehen lassen. Ich frage Sie daher, ob Sie die Protokollnotiz unter Nr. 5 zum Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz kennen. Bodo Ramelow ließ ausdrücklich festschreiben, dass sämtliche Maßnahmen, die dort beschlossen worden sind, nicht als Präjudiz für das Parlament von Thüringen gelten.

Eine weitere Frage. Teilen Sie meine Auffassung, dass wir nunmehr in einer Situation sind, in der wir alles dafür tun müssen, dass die Maßnahmen, die durch die Eindämmungsverordnung festgeschrieben werden, eine sehr hohe Akzeptanz in der Bevölkerung erhalten, und dass dies durch eine Beteiligung des Parlaments und eine dadurch transparente und breitere Diskussion ermöglicht werden sollte?

Abschließend noch eine Frage, weil Sie dazu, glaube ich, nichts gesagt haben. Können Sie sich unserer Idee der Gründung eines Pandemierates annähern?

Vizepräsident Wulf Gallert:

Sie haben das Wort.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Ich dachte, dass ich es eigentlich ziemlich deutlich gesagt habe. Ich habe mitnichten beide Oppositionsparteien gleichgesetzt. Das kann man gern nachlesen. Ich bin auf Argumente eingegangen, die die Kollegen der beiden Oppositionsparteien eigenständig hier vorgetragen haben. Das habe ich in der gewohnten Kürze gemacht.

Noch einmal dazu: Natürlich kenne ich die Protokollnotiz, weil sie in dem Beschluss unten klein gedruckt steht.

(Zuruf von Eva von Angern, DIE LINKE)

- Das ist mir völlig klar. Das hat aber grundsätzlich nichts damit zu tun - das wissen auch Sie, sehr geehrte Frau von Angern -, dass das Prinzip trotzdem auch in Thüringen gilt. Es gibt eine Koalition, die die Regierung stützt, und es gibt eine Opposition, die nun einmal die Opposition ist. An dem Grundsatz der Entscheidung und den einzelnen Festlegungen hat sich bis heute nichts geändert. Jedenfalls weiß ich davon nichts. Ich habe nur versucht, deutlich zu machen, dass wir in Sachsen-Anhalt nicht einen eigenen oder verteuerten Weg gehen, sondern dass das die ganz normale Lage in einer parlamentarischen Demokratie ist. Man kann es gewinnen, indem man mehr Prozente bekommt und die Regierung stellt. Das habe ich gesagt.

Gleichwohl sage ich hier auch: Es ist richtig, dass wir über solche Dinge reden müssen. Wir müssen auch über weitere Dinge reden, wenn die Geschichte länger dauert. In der Frage habe ich keine Glaskugel. Wir haben hier im Parlament - übrigens auch aus dem Grund - alle mitberaten und es ist mehrheitlich beschlossen worden. Einige hatten andere Vorstellungen bezüglich der Höhe des Nachtragshaushaltes. Der Nachtragshaushalt hat wesentliche Bestandteile, die wir jetzt in der Pandemie einsetzen. Das ist eine ganz klare parlamentarische Mitbefassung. Das wissen Sie auch.

(Zuruf von Eva von Angern, DIE LINKE)

- Ja. Das können wir dann gern noch einmal speziell machen.

(Zuruf von Eva von Angern, DIE LINKE)

Fakt ist eines. Selbst bei der Frage mit den 500 Millionen € nähern wir uns der Endlichkeit. Deswegen war die Debatte auch von uns gewünscht. Deswegen - ich wiederhole mich jetzt - haben wir auch den Ministerpräsidenten gebeten, das in dieser Form zu machen. Denn das Budgetrecht ist ein originäres Recht des Parlaments und kommt zum Tragen, wenn diese 500 Millionen € aufgebraucht sind. Das wird offensichtlich irgendwann erkennbar sein, wenn es so weitergeht. - Das waren, glaube ich, alle Fragen

(Zuruf von Eva von Angern, DIE LINKE)

- Ach so. Wir haben das in der Koalition natürlich schon einmal besprochen. Wir haben auch Vorschläge. Aber ich will das jetzt nicht hier ausbreiten. Dazu gibt es auch andere gute Vorschläge. Manche wollen dafür die 75 % noch weiter aufmunitionieren. Solche Vorschläge gibt es auch von einer Koalitionsfraktion. Das kann auch alles

sein. Wir machen das überlegt. Ich glaube, wir reden vernünftig darüber. Deswegen würde ich dazu jetzt keine endgültige Aussage treffen wollen. Das müssen wir in der Koalition gemeinsam machen. Denn laut unserem Koalitionsvertrag gilt, dass wir bestimmte Dinge hier nur gemeinsam einbringen.

(Zustimmung)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Jetzt kommen wir zur nächsten Frage. Diese kommt von Herrn Gebhardt. - Möchten Sie auch diese beantworten?

Siegfried Borgwardt (CDU):

Na sicher.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Dann los, Herr Gebhardt.

Stefan Gebhardt (DIE LINKE):

Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Borgwardt, Sie haben in Ihrer Rede noch einmal betont, wie die Koalition und auch Ihre Fraktion, deren Vorsitzender Sie sind, hinter den Maßnahmen der Landesregierung stehen und wie einmütig dieser Rückhalt für den Ministerpräsidenten an dieser Stelle ist.

(Siegfried Borgwardt, CDU, lacht)

Sie haben auch betont, dass jeder, der hier Aktionismus vorwirft, gefährlich handelt.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Das habe ich gar nicht gesagt.

Stefan Gebhardt (DIE LINKE):

Wenn man in der heutigen Ausgabe der „Mitteldeutschen Zeitung“ den Artikel über die CDU in Quedlinburg liest, dann kann einem schon der Verdacht kommen, dass sich die Opposition, die Sie eben noch einmal geißelt haben, in den eigenen Reihen befindet.

Die Frage ist jetzt: Wie eindeutig ist denn der Rückhalt in Ihrer Fraktion, deren Vorsitzender Sie sind? - Denn in der „Mitteldeutschen Zeitung“ steht auch, dass ein Abgeordneter Ihrer Fraktion den Brief an den Ministerpräsidenten mit unterzeichnet hat, worin dieser aufgefordert wird, die Maßnahmen zu überdenken, anders zu handeln und beispielsweise das Gaststättengewerbe offen zu lassen.

Ich könnte die Frage auch anders stellen, Herr Borgwardt. Kann es sein, dass es, wenn die eine oder andere Maßnahme von einem Gericht kassiert wird, hinterher wieder eine Pressemitteilung

von der CDU-Fraktion geben wird, in der stehen wird, dass Sie es ausdrücklich begrüßen, dass der Ministerpräsident eine Niederlage vor Gericht erlitten hat, und Sie sich politisch voll bestätigt fühlen? Wann ist es so weit, Herr Borgwardt?

Siegfried Borgwardt (CDU):

Das sind jetzt mehrere Fragen, wenn ich das richtig verstanden habe. Ich gehe einmal auf die eine ein. Ich habe mich gefragt, wann Sie auf den offenen Brief, den der Kollege Thomas mit unterzeichnet hat, zu sprechen kommen. Es wundert mich, dass das fast zum Schluss kommt. Natürlich haben wir das in der Fraktion besprochen. Eines ist auch klar: Sie werden nirgends von mir gehört haben, dass ich etwas von „volumfänglich“ gesagt habe. Das habe ich nirgendwo getan.

(Zuruf von Eva von Angern, DIE LINKE)

Ich gehe durchaus überlegt hier vorn an die Sache heran. Ich reklamiere für mich auch, dass ich das sehr verantwortungsbewusst mache. Das ist klar. Wir reklamieren für uns, die einzige verbliebene große Volkspartei zu sein. Daher ist es völlig klar, dass wir ein durchaus ambivalentes Herangehen an unterschiedliche Probleme haben.

(Unruhe)

Wir haben deswegen am letzten Donnerstag eine Sondersitzung der Fraktion abgehalten. Darin haben wir unserer Verfahren festgelegt und beschlossen. Das haben wir einstimmig so beschlossen. - Das dazu.

Was war die zweite Geschichte?

(Zuruf: Mit dem Gerichtsurteil!)

- Mit was?

(Zuruf: Das Gerichtsurteil! - Eva von Angern, DIE LINKE: Die Pressemitteilung nach dem Gerichtsurteil!)

- Ja. Ich meine, der große Vorteil ist gelegentlich, dass Ihre Fraktion auch diffizile Sachen enger zusammenhält als unsere. Das ist auch ein Problem. Aber ich rede diesbezüglich mit meiner auch sehr offen. Fakt ist eines und das kann ich Ihnen hier sagen, ohne aus dem Nähkästchen zu plaudern: Wir hätten das Urteil nicht abgewartet. Das haben wir auch deutlich gesagt.

(Zustimmung)

Wir haben aber großes Verständnis dafür gehabt. Die Begründungen waren durchaus nachvollziehbar. Denn für mich war klar, dass dieses Urteil auch bei uns dieselbe Wirkung entfaltet wie bei anderen, weil es nämlich nicht verhältnismäßig ist.

(Zurufe)

Insofern haben wir bei unserer Pressemitteilung gar nichts zu relativieren oder irgendwie zurückzunehmen. Das war bei uns immer so. Nur trage ich das nicht permanent nach außen, um nicht noch zusätzliche Kritikpunkte zu schaffen. Das wissen Sie aber doch sehr genau.

(Zustimmung)

Was gab es noch für eine Frage?

Vizepräsident Wulf Gallert:

Wenn der Redner nicht noch einmal darauf besteht, war es wohl alles. - Jetzt gibt noch eine Frage von Herrn Siegmund. Wollen Sie diese beantworten?

Siegfried Borgwardt (CDU):

Ja, natürlich.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Dann machen Sie mal.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Das ist dann der Letzte.

Ulrich Siegmund (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Vielen Dank, Herr Borgwardt, für die Chance. Ich möchte endlich mit dieser Mär aufräumen, die Sie mal wieder zum Thema Schweden erzählt haben. Das Thema Schweden und die Argumentation Schwedens sind nicht unsere. Wir übernehmen sie, und zwar von unzähligen Wissenschaftlern weltweit, übrigens auch von der SPD-Zeitung „Vorwärts“, die den schwedischen Sonderweg gelobt hat, und inzwischen auch von der WHO. Das müssten Sie vielleicht auch einmal zur Kenntnis nehmen.

(Unruhe)

Man kann es auch an ganz einfachen Fakten darlegen: Was ist für eine Epidemie eigentlich der entscheidende Indikator? - Die Todeszahl. Das haben Sie ganz richtig gesagt. Die Todeszahlen waren in Schweden Anfang des Jahres überdurchschnittlich hoch. Damit haben Sie völlig recht. Aber langfristig ist entscheidend, wie man mit einer Pandemie umgeht. Das ist in Schweden der erfolgreiche Weg. Das sieht man dann, wenn man die aktuellen Infektionszahlen in ein Verhältnis zu den Todeszahlen setzt, die nämlich seit Juni nahezu bei null liegen. Ganz aktuell sind es für den 1. November null und für den 2. November zwei Fälle. Auch Ende Oktober war keine Zahl bei den Todesfällen höher als zwei oder drei. Es gibt dort keine nennenswerten Todesfälle mehr. Die Epidemie ist dort vorbei. Das ist das Entschei-

dende. Das ist nicht unsere Aussage. Das ist die Aussage von unzähligen Wissenschaftlern, nicht der AfD. Nehmen Sie das zur Kenntnis!

(Zustimmung - Unruhe)

Daher ist meine Frage: Warum prüfen Sie die Zahlen, die Ihre Referenten Ihnen aufschreiben, nicht vorher?

(Zustimmung - Zuruf)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Sie können antworten.

(Unruhe)

Siegfried Borgwardt (CDU):

Hier irgendeine Bemerkung zu der Zeitung einer Partei abzugeben, würde ich mir gern schenken.

(Zuruf)

Ob das stimmt oder nicht; ich habe aus mehreren Gründen keine Lust, mich zum „Vorwärts“ zu äußern.

(Unruhe)

Das sage ich hier einmal deutlich. Es gibt vielleicht ein allgemeines Verständnis dafür.

(Zuruf)

Noch einmal zu der anderen Geschichte. Die Hauptargumentation, sehr geehrter Herr Siegmund, ist: Wenn es so ist, wie Sie es sagen, warum ergreift die schwedische Regierung dann genau dieselben Maßnahmen wie wir? Warum? Warum? Sind die alle irre oder was?

(Zurufe)

Nein; denn sie haben genau gesehen, dass das Experiment der Durchseuchung offensichtlich nicht den langfristigen Effekt bringt, den man sich erhofft.

(Zuruf)

- Nein. Dann hätten sie doch die Maßnahmen jetzt nicht ergreifen müssen. Sie bestreiten doch nicht, dass die Maßnahmen ergriffen werden, die ich gerade genannt habe. Das sind die aktuellen Maßnahmen, die Schweden ergreift.

(Zurufe)

- Mensch, Leute! Sie haben zugemacht. Das kann ich euch gern nachliefern. Es stimmt. Die Maßnahmen sind die Fragen. Dazu haben wir gesagt, das hätte auch so entschieden werden können. Ich hoffe, jeder versetzt sich einmal in die Lage, und zwar alle, die hier mitentscheiden wollen.

Jetzt sage ich auch einmal etwas, wobei ich gelegentlich einen Hals kriege. Wenn man einmal indirekt mit den Kollegen redet, sind sie heilfroh,

dass andere entscheiden und sie sich nur zu kritisieren brauchen. Das ist nämlich auch ein Teil der Wahrheit.

(Zustimmung - Zurufe)

Ich schaue hier in eine ganz bestimmte Richtung, Frau von Angern. Das haben Sie vielleicht mitbekommen. Dazu sage ich jetzt ganz deutlich: Ich bin heilfroh, dass unserer Ministerpräsident, Frau Grimm-Benne und das Kabinett sich in großer Verantwortung nicht dafür entschieden haben, Leute - auf Deutsch gesagt - über die Klinge springen zu lassen.

Wenn wir einmal ganz ehrlich sind, ich möchte auch nicht - -

(Zuruf von Daniel Roi, AfD)

- Ach, hören Sie auf! - Ich möchte die Entscheidung nicht treffen. Ich fand es richtig, dass sie so getroffen wurde. - Ich werde jetzt keine weiteren Fragen mehr beantworten.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Das ist in Ordnung. Das steht Ihnen völlig frei. Ich wollte lediglich darauf orientieren, auf die Frage zu antworten und nicht auf Zwischenrufe. Ich sehe auch keine weiteren Fragesteller mehr. Insofern sind wir jetzt am Ende des Debattenbeitrages angelangt.

(Zustimmung)

Jetzt möchte mir Frau Pähle etwas mitteilen. Zur Abstimmung? Oder möchten Sie als Fraktionsvorsitzende reden?

(Dr. Katja Pähle, SPD: Ich möchte als Fraktionsvorsitzende etwas richtigstellen!)

- Sie möchten als Fraktionsvorsitzende reden. Was Sie dann auch immer tun, bleibt in Ihrem Zuständigkeitsbereich. Sie haben jetzt das Wort.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren! Trotz der Uhrzeit gebe ich die Hoffnung nicht auf, dass man mit Argumenten durchdringt. Vielleicht ist das blauäugig, aber ich versuche es immer wieder aufs Neue: Fakten, Fakten, Fakten.

(Zustimmung - Zuruf: Oh!)

Der „Vorwärts“ hat am 25. August einen Artikel mit der Überschrift „Corona: Wie erfolgreich ist der Sonderweg in Schweden?“ abgedruckt. Fragezeichen, Herr Siegmund.

(Zuruf)

In diesem Artikel wird zum Beispiel ausgeführt, dass es in Schweden eine überdurchschnittliche Sterblichkeit von Älteren - ich finde das schlimm -

(Zurufe)

sowie von Migrantinnen und Migranten gibt. Der „Vorwärts“ fasst zusammen, dass zu diesem Zeitpunkt im August die Richtigkeit des Sonderweges Schwedens noch nicht eingeschätzt werden kann. Das, was Sie unterstellt haben, nämlich dass es eine Begrüßung dieses Sonderweges im „Vorwärts“ gegeben hat, ist damit falsch, und das möchte ich gern richtigstellen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Deswegen nutze ich die Chance, die Debatte darüber zu beenden. Damit haben wir die Aussprache zur Regierungserklärung beendet und auch zu den beiden Anträgen in der Drs. 7/6786 - Stärkung der Rechte des Parlaments - und in der Drs. 7/6787 - Sachsen-Anhalt in der zweiten Coronawelle.

Mir liegen zwei Überweisungsanträge im Namen der Koalition vor. Ich hoffe, das ist auch so. Danach soll der Antrag in der Drs. 7/6786 - Stärkung der Rechte des Parlamentes - in den Ältestenrat überwiesen werden.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Ja!)

Gibt es weitere oder abweichende Überweisungsanträge? - Das ist nicht so. Dann lasse ich jetzt über diese Überweisung abstimmen. Wer der Überweisung seine Zustimmung erteilt, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Das sind die Koalitionsfraktionen und die einbringende Fraktion. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich der Stimme? - Das ist die Fraktion der AfD.

Dann kommen wir zu dem Antrag in der Drs. 7/6787 - Sachsen-Anhalt in der zweiten Coronawelle - solidarischer Schutz und zielgenaue Maßnahmen. Diesbezüglich habe ich folgende Überweisungswünsche vernommen und hoffe, sie richtig zu rekapitulieren: Sozialausschuss, Wirtschaftsausschuss, Bildungsausschuss, Innenausschuss - Sozialausschuss federführend.

(Zuruf)

- Finanzausschuss, okay, nehmen wir noch gern mit hinzu.

(Zuruf: Und WiWi!)

- Wirtschaft hatten wir schon.

(Zuruf)

- Ich hatte einen Zettel, aber es ist so schnell gesagt worden, dass ich es nicht mitschreiben konnte. Das war das Problem.

Ich habe jetzt Folgendes: Der Antrag soll zur federführenden Beratung an den Sozialausschuss und zur Mitberatung an den Wirtschafts-, den

Bildungs- und den Finanzausschuss überwiesen werden. - Herr Kirchner.

Oliver Kirchner (AfD):

Ich habe eine Frage. Ist unser Alternativantrag damit auch überwiesen worden?

(Zuruf von Cornelia Lüddemann, GRÜNE)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Wenn ich jetzt in meinem alten Berufsbild bleiben würde, würde ich sagen: Schauen Sie sich die Literatur an! Das sage ich jetzt nicht.

(Zustimmung)

Sondern ich sage: Herr Kirchner, der Alternativantrag ist kein eigenständiger Antrag. Wenn es um eine Überweisung geht, ist ein Alternativantrag immer mit überwiesen.

(Zuruf)

Das weiß man aber eigentlich. Wenn nicht, dann fragt man seinen parlamentarischen Geschäftsführer, der müsste es wissen.

(Zustimmung)

Entschuldigung, jetzt bin ich doch wieder in mein altes Berufsbild zurückgefallen. Ich entschuldige mich vielmals.

Gibt es mit Blick auf die Überweisung abweichende Antragstellungen. - Das ist nicht der Fall. Wer für diese von mir eben so vorgelesene Überweisung stimmt, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Das ist offensichtlich das gesamte Haus. Ich frage sicherheitshalber aber doch, ob es Gegenstimmen gibt. - Nein. Stimmenthaltungen? Gibt es offensichtlich auch nicht. Damit ist der Antrag einstimmig überwiesen worden. Damit haben wir jetzt den Tagesordnungspunkt 1 beendet und wir wechseln jetzt hier vorn.

(Unruhe)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich bitte um etwas Ruhe. - Werte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete!

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 2

Aktuelle Debatte

Stopp dem Coronakrisenmodus - Einbindung des Parlaments umgehend gewährleisten

Antrag Fraktion AfD - Drs. 7/6795

Die Redezeit beträgt zehn Minuten je Fraktion. Die Landesregierung hat ebenfalls eine Redezeit

von zehn Minuten. Es wurde folgende Reihenfolge vereinbart: AfD, SPD, DIE LINKE, GRÜNE, CDU. Zunächst hat die Antragstellerin das Wort. Für die AfD-Fraktion spricht der Abg. Herr Farle. Herr Farle, Sie haben das Wort.

Robert Farle (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Seit einem Dreivierteljahr regiert die Regierung mit Verordnungen von oben nach unten durch. Der Infektionsschutz ist eine Angelegenheit der Länder. Frau Merkel lässt die Ministerpräsidenten antreten und gibt ihnen Hausaufgaben, die sie umzusetzen haben. Dieses Gremium gibt es im Grundgesetz nicht.

Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung wird der zweite Lockdown die deutsche Wirtschaft 19,3 Milliarden € kosten. In diesem Monat werden zahlreiche Existenzen vernichtet und Lebensentwürfe von Menschen zerstört.

Die langfristigen Schäden dieses Lockdowns light sind jedoch weitaus höher. Das neue Berufsverbot gilt für das Hotel- und Gaststättengewerbe, für den Sport sowie die Kunst- und Veranstaltungsbranche. Sie bekommen den Schwarzen Peter zugeschoben, weil die Bundesregierung der Ansicht ist, diese Branchen in den Lockdown schicken zu können.

Wie wird das alles begründet? - Die Begründung in der Präambel der aktuellen SARS-CoV-2-Eindämmungsverordnung vom 30. Oktober 2020 hat folgende Logik: Weil die Fallzahlen so schnell steigen, gelingt in zahlreichen Gesundheitsämtern die Kontaktnachverfolgung nicht mehr. Wenn diese nicht gewährleistet werden kann, breitet sich das Virus schneller aus, was wiederum zu steigenden Fallzahlen führt.

Wenn diese zu schnell steigen, dann droht eine akute nationale Gesundheitsnotlage. Um eine akute Gesundheitsnotlage zu vermeiden, muss die Kontaktnachverfolgung gewährleistet werden. Diese sei gewährleistet, wenn es weniger als 50 Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner pro Woche gibt. Damit es weniger als 50 Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner und Woche gibt, müssen die Kontakte der Bevölkerung untereinander erheblich reduziert werden.

Diese Argumentationskette scheint plausibel, ist jedoch nicht mehr als blanker Unsinn. Denn es bleibt übrig: Wenn es zu viele positive Testergebnisse pro Woche gibt, dann sei die nationale Gesundheitsnotlage gegeben. Mit der akuten nationalen Gesundheitsnotlage wurde wieder ein neuer inhaltsloser und nicht definierter eindeutiger Terminus eingeführt, um dem vorsätzlichen

Verfassungsbruch dieses Durchregierens den Anschein einer Rechtmäßigkeit zu verleihen.

Im Klartext heißt das nichts anderes, als dass erstens allein auf der Grundlage der Fallzahlen unter Ausschaltung der Parlamente mit Verordnungen regiert wird, dass zweitens die im Grundgesetz garantierten Grundrechte der Bürger eingeschränkt werden und dass drittens unsere Wirtschaft massiv geschädigt und Millionen Menschen in Deutschland und auch in der ganzen Welt in den Ruin getrieben werden.

Nach § 2 des Infektionsschutzgesetzes ist eine Infektion - Zitat -

„die Aufnahme eines Krankheitserregers und seine nachfolgende Entwicklung oder Vermehrung im menschlichen Organismus.“

Das heißt, damit eine Infektion im Sinne dieses Infektionsschutzgesetzes vorliegt, muss ein Krankheitserreger gegeben sein. Dieser muss in einen Organismus eindringen und muss sich in diesem menschlichen Organismus vermehren können.

Durch die Virusvermehrung im Körper können sich Krankheitssymptome ergeben. Wer aber keine Symptome hat, der kann zwar ansteckend sein, ist aber nicht krank. Er wird auch nicht behandelt. Das führt zu folgender Frage: Wie kommen diese Fallzahlen der Neuinfektionen eigentlich überhaupt zustande?

Die Grundlage dafür ist der von Christian Drosten entwickelte PCR-Test. Was dieser Test aussagt und was er nicht aussagt, kann man in jedem Beipackzettel der PCR-Testkits nachlesen, zum Beispiel beim cobas SARS-CoV-2-PCR-Test der Firma Roche. Zitat: Positive Ergebnisse deuten auf das Vorhandensein von SARS-CoV-2-RNA hin - RNA, das ist das Erbgut eines Virus -, aber nicht unbedingt auf das Vorliegen eines übertragbaren Virus.

Dasselbe finden wir beim Institut für Medizinische Mikrobiologie der Universität Mainz. Ein positives PCR-Ergebnis ist nicht beweisend für das Vorliegen einer floriden Infektion bzw. einer andauernden Besiedlung, da die PCR-Untersuchungen nicht zwischen vermehrungsfähigen und nicht mehr vermehrungsfähigen Organismen unterscheiden. Das ist ganz wichtig. Wenn ein positiver PCR-Test vorliegt, dann heißt das nicht, dass man infektiös ist. Es heißt überhaupt nicht, dass man tatsächlich SARS-CoV-2 hat. Es heißt nur, dass man Spurenelemente, also RNA - das ist das Erbgut dieses Virus -, in seinem Blut besitzt. Mehr sagt dieser Test nicht aus.

Die Realität ist die, dass einer nur als krank gilt, wenn zusätzlich zu einem Test auch eine ärzt-

liche Untersuchung durchgeführt wird und entsprechende Symptome festgestellt werden, die auf SARS-CoV-2 hinweisen.

Damit komme ich zu dem meines Erachtens größten Betrug in der Geschichte des Gesundheitswesens, der vom RKI durchgeführt wird. Das ist die Meinung der führenden Wissenschaftler in der Epidemiologie. Folgender Betrug:

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Was jetzt?)

- Das erzähle ich Ihnen jetzt. - Die PCR-Tests weisen keine Infektion nach, sondern nur das Vorhandensein kleinster Mengen von SARS-CoV-2-Erbgut. Der nach Infektionsschutzgesetz vorgeschriebene Nachweis von vermehrungsfähigem Virenmaterial ist damit nicht gegeben. Ein positiver Labornachweis durch den PCR-Test belegt keine Covid-19-Infektion. Genau das ist der Betrug, den das RKI tagtäglich macht, nämlich im Fernsehen und überall dort, wo das publiziert wird. Das ist auch der Betrug, auf dem Ihre ganzen Eindämmungsverordnungen beruhen, weil die Fallzahlen, die auf den Testergebnissen beruhen, mit Covid-19-Infektionen und Erkrankungen gleichgesetzt werden.

(Unruhe)

Denken Sie bitte darüber nach: Der Test wird gleichgesetzt - -

(Zuruf)

- Ich kann auch leiser sprechen. Fangen Sie einmal an, darüber nachzudenken, was Sie für einem Blödsinn aufsitzen.

Der Covid-19-Test kann diese Krankheit nicht nachweisen. Er wird aber vom RKI gleichgesetzt mit den Covid-19-Fallzahlen.

Jetzt kommen wir zum Drostentest, damit Sie etwas für Ihre Bildung tun können. Der Drostentest wurde auf die Gensequenzen alter Viren aus der Coronafamilie kalibriert. Er schlägt deshalb auch auf Coronaviren von Rindern und Fledermäusen an, siehe: der Fall Tönnies.

Alle am Markt befindlichen Tests zeigen kreuzpositive Reaktionen mit anderen Viren an, zum Teil auch mit Tierviren oder Grippeerregern, wie Drostentest selbst bestätigt. Folglich besteht in solchen Fällen überhaupt keine Infektion mit SARS-CoV-2.

John Ioannidis, Professor für Epidemiologie und Bevölkerungsgesundheit an der Stanford University, sagt wörtlich: Hätten wir nicht von einem neuen Virus gewusst und hätten wir die Personen nicht mit PCR-Tests untersucht, dann wäre die Zahl der Gesamttodesfälle aufgrund einer grippeähnlichen Krankheit in diesem Jahr nicht unge-

wöhnlich; wir hätten allenfalls beiläufig festgestellt, dass die Grippe in dieser Saison etwas schlimmer als im Durchschnitt zu sein scheint.

Insgesamt errechnete Ioannidis eine durchschnittliche Infektionssterblichkeit über 51 Standorte weltweit hinweg von 0,27 %. Betrachtet man nur Bevölkerungsgruppen mit Menschen unter 70 Jahren, dann betrug die durchschnittliche Rate sogar nur 0,05 %. Zum Vergleich: Christian Drostentest geht in Deutschland von einer Sterblichkeitsrate von rund 1 % aus, also von einer um das 20-Fache höheren Sterblichkeit, als es für die jüngeren Menschen der Fall ist.

Das ist die Wahrheit, und das sind die Wissenschaftler, von denen Sie keine Ahnung haben. Der Drostentest hat an seinem Test verdient. Ioannidis verdient daran gar nichts und ist eine weltweit geachtete Persönlichkeit.

Warum also wird diese Geschichte so aufgezo- gen? - Die Wahrheit ist ganz einfach: Sie arbeiten auf ein Notstandsregime hin. Das will ich Ihnen persönlich nicht unterstellen. Das unterstelle ich aber der CDU- und der SPD-Führung.

Sie haben in Sachsen-Anhalt die Briefwahl eingeführt, weil man angeblich keine Urnenwahl mehr durchführen kann. Kanzlerin Merkel hat gestern ins Gespräch gebracht,

(Zuruf)

dass in Deutschland - -

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Farle, kommen Sie zum Schluss.

Robert Farle (AfD):

Ja, ich komme zum Schluss, aber erst, wenn der Satz beendet ist. - Merkel hat gesagt, dass die nächste Bundestagswahl - dazu ist ein Gutachten angefertigt worden - möglicherweise erst in vier Jahren stattfinden wird.

(Unruhe)

Sie hat wörtlich gesagt, dass der Wahltermin verschoben werden kann. Wir werden sehen, was wir erleben. Sie hat auch gesagt, dass dieses Regime im Oktober oder November nicht zu Ende ist.

(Unruhe)

Sie haben gesagt, einen Monat dauert der Lockdown.

(Unruhe)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Farle!

Robert Farle (AfD):

Nein, es kann viel länger dauern.

(Unruhe)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Farle!

Robert Farle (AfD):

Ich werde das in meinen Schlussbemerkungen fortsetzen. Ich bin ja nachher noch einmal dran.

(Zustimmung)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Diese Möglichkeit haben Sie. Ich danke Herrn Farle für den Redebeitrag. - Die Landesregierung hat angekündigt, auf eine Rede zu verzichten. Bleibt es dabei? - Dann spricht jetzt für die SPD-Fraktion die Abg. Frau Schindler.

(Silke Schindler, SPD: Ich verzichte!)

- Frau Schindler verzichtet auf das Wort.

(Unruhe)

Die Fraktion DIE LINKE?

(Zuruf: Gott sei Dank!)

- Auch kein Redebeitrag. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hätte der Abg. Herr Striegel das Wort.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Ich verzichte!)

- Er verzichtet. - Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kurze.

(Markus Kurze, CDU: Ich verzichte!)

- Er verzichtet auch.

Herr Farle, dann bekommen Sie noch einmal drei Minuten Redezeit eingeräumt. Herr Farle, Sie haben das Wort.

(Unruhe)

Robert Farle (AfD):

Das wären jetzt die Schlussbemerkungen. - Also, erstens trage ich nach. Was mein Kollege gesagt hat, stimmt. Der R-Wert, den er genannt hat,

(Zuruf: Null!)

liegt unter 1. Das bezog sich auf das Datum, an dem er ihn genannt hat.

(Zuruf: Ah, an dem Datum!)

- Das hat er doch gesagt.

(Unruhe)

- Das hat er gesagt. - Und wissen Sie, wie hoch er heute ist? - Er liegt heute bei 1,04.

(Zuruf)

Wissen Sie, was das bedeutet? - Ein R-Wert von 1,04 bedeutet, dass es überhaupt kein großes Wachstum gibt,

(Zuruf)

sondern dass die Reproduktionszahl

(Zuruf)

- seien Sie einmal ganz ruhig dort drüben - so ist, dass es ein lineares Wachstum gibt. Jede Behauptung, es gäbe ein exponentielles Wachstum bei den Fallzahlen, sind einfach nur Fake News à la Regierung und Fake News von Ihnen.

(Zuruf)

Sie alle nehmen überhaupt nicht zur Kenntnis, was die Gesundheitspraktiker alles von sich geben. Die Leute aus dem Gesundheitswesen - -

(Zuruf: Da gibt es verschiedene Meinungen!)

- Nein, es gibt nicht verschiedene. Es gibt wissenschaftliche Meinungen, und es gibt Leute, die daran verdienen und die die Unwahrheit erzählen.

(Zuruf)

Und die legt Ihre Regierung den Maßnahmen zugrunde.

(Zuruf - Unruhe)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Striegel, ich bitte Sie!

(Unruhe)

Robert Farle (AfD):

Mit dieser Unwahrheit begründen Sie die Zerstörung von Zehntausenden Existenzen in unserem Land. Die CDU ist genau die Partei, die dieses Land vollständig vor die Wand fährt mit ihren Lockdowns, die völlig unnötig sind, mit den Infektionszahlen, die es gar nicht gibt.

Das ist die Wahrheit und das werden wir den Menschen erzählen. Dann werden wir einmal sehen, ob Ihre Umfragen noch irgendetwas mit der Wahrheit zu tun haben. - Das haben sie nicht. Die Leute wollen nicht solche öden Innenstädte haben.

Gehen Sie einmal auf den Breiten Weg und schauen Sie sich an, was los ist.

(Zuruf)

Sie zerstören das Leben von vielen, vielen Menschen. Dafür werden Sie Ihre Quittung bekommen.

(Zuruf)

Wenn sich Herr Haseloff als Ministerpräsident hier hinstellt, wochenlang so etwas erzählt und auftritt wie ein Landesvater - damit hat er nebenbei Herrn Stahlknecht erledigt, indem er die Pandemie genutzt hat, um sich im Fernsehen werbewirksam zu präsentieren -

(Unruhe)

und dann einfach umfällt und die Sportler, die kleinen Geschäftsleute, die Leute in den Kneipen usw. vor den Kopf stößt, dann ist er kein Landesvater, sondern einer, der unsere Wirtschaft scheinbarweise zerstört. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Farle lag jetzt durchaus in der Redezeit. - Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Beschlüsse zur Sache werden gemäß § 46 Abs. 6 der Geschäftsordnung nicht gefasst. Damit ist der Tagesordnungspunkt 2 erledigt.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 3

Zweite Beratung

Entwurf eines Gesetzes über die Auflösung der Personenzusammenschlüsse alten Rechts in Sachsen-Anhalt

Gesetzentwurf Landesregierung - **Drs. 7/4653**

Beschlussempfehlung Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten - **Drs. 7/6754**

(Erste Beratung in der 78. Sitzung des Landtages am 29.08.2019)

Berichtersteller ist der Abg. Herr Barth. Herr Barth, Sie haben das Wort.

Jürgen Barth (Berichtersteller):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie müssen leider mit mir vorliebnehmen, weil der Ausschussvorsitzende wegen Krankheit verhindert ist. Wir haben uns darauf geeinigt, dass ich die Berichterstattung übernehme.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Den Entwurf eines Gesetzes über die Auflösung der Personenzusammenschlüsse alten Rechts in Sachsen-Anhalt hat der Landtag in der 78. Sitzung am 29. August 2019 zur federführenden

Beratung in den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und zur Mitberatung in die Ausschüsse für Inneres und Sport, für Recht, Verfassung und Gleichstellung sowie für Finanzen überwiesen.

Dieser Gesetzentwurf hat zum Ziel, Rechtsklarheit zu einem überholten Rechtsgebilde aus dem 19. Jahrhundert zu schaffen. Er sieht vor, dass Personenzusammenschlüsse alten Rechts im Sinne des Artikels 233 § 10 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch mit Ablauf des 31. Dezember 2020 aufgelöst sind.

Dies gilt nicht, wenn die Vertretungsbefugnis der Gemeinde durch einen bestandskräftigen Bescheid der Flurneuordnungsbehörde aufgehoben worden ist oder Anträge auf Aufhebung der Vertretungsbefugnis der Gemeinden durch eines der Mitglieder der Personenzusammenschlüsse alten Rechts zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der landesgesetzlichen Regelung bei den zuständigen Flurneuordnungsbehörden anhängig sind oder vor Ablauf der Stichtagsfrist noch gestellt werden.

Die Regelung im Gesetzentwurf sieht den Übergang des Vermögens auf die Personenzusammenschlüsse vor, in deren Gebiet das Vermögen gelegen ist oder verwaltet wird. Das Vermögen umfasst Grundstücke sowie sonstige Rechte und Ansprüche.

Meine Damen und Herren! Mit Schreiben vom 23. März 2020 übergab der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst eine als Vorlage 1 verteilte Synopse, in der die mit dem Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie einvernehmlich abgestimmten Empfehlungen des GBD enthalten waren.

In § 2 Abs. 3 Satz 1 des Gesetzentwurfs war geregelt, dass die Gemeinde mit dem Übergang des Vermögens die ordnungsgemäße Unterhaltung der vorhandenen und auf Dauer erforderlichen gemeinschaftlichen Anlagen sicherzustellen hat. Der GBD empfahl in dieser Synopse, zusätzlich zu dem Wort „Gemeinden“ noch die Wörter „oder Verbandsgemeinden“ aufzunehmen, da im Falle der Zugehörigkeit der Gemeinde zu einer Verbandsgemeinde möglicherweise auch diese Verbandsgemeinde betroffen sein könnte.

Der federführende Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat über den Gesetzentwurf in mehreren Sitzungen beraten.

In der 50. Sitzung am 17. Juni 2020 stand der Gesetzentwurf erstmals auf der Tagesordnung. Es wurde berichtet, dass das schriftliche Anhörungsverfahren begonnen worden sei. Bei diesem Verfahren wurden verschiedene Institutionen, Verbände und Vereine gebeten, sich schriftlich zu dem Gesetzentwurf zu äußern. Die Frist für die Abgabe der Stellungnahme war der 30. Juni 2020.

Eine Vielzahl schriftlicher Stellungnahme wurde zugesandt, die als Vorlagen 2 bis 10 sowie 14 verteilt worden sind.

In der Sitzung des Landwirtschaftsausschusses am 16. September 2020 berichteten die Vertreter des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft und Energie dem Landwirtschaftsausschuss zu diesem Gesetzentwurf. Es wurde unter anderem ausgeführt, dass es nach nunmehr 28 Jahren dringend angezeigt sei, die von Anfang an als vorübergehend angedachte Lösung durch eine abschließende und endgültige landesgesetzliche Regelung zu ersetzen. Dies solle durch den Gesetzentwurf geschehen, der ein Rechtsbereinigungsgesetz sei.

Die Beratungsgrundlage für die Erarbeitung einer vorläufigen Beschlussempfehlung des federführenden Landwirtschaftsausschusses an die drei mitberatenden Ausschüsse bildete die Synopse des GBD in der Vorlage 1. Zwei Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen zum Gesetzentwurf wurden als Tischvorlagen in den Vorlagen 11 und 12 verteilt.

Der Änderungsantrag in der Vorlage 11 enthielt eine Änderung des § 2 Abs. 3. Es wurde eine Empfehlung des GBD aufgegriffen und vorgeschlagen, im Satz 2 das Wort „sollen“ durch das Wort „müssen“ zu ersetzen, damit die aus dem Vermögen erwirtschafteten Einnahmen und vorhandenen Rücklagen der aufgelösten Personenzusammenschlüsse zwingend zur ordnungsgemäßen Unterhaltung der vorhandenen und auf Dauer erforderlichen gemeinschaftlichen Anlagen zu verwenden sind.

Der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen in der Vorlage 12 sah die Einfügung eines zweiten Absatzes in § 5 vor. Diese Regelung war rechtsförmlicher Natur. Damit sollte insbesondere klargestellt werden, welche gesetzlichen Vorschriften mit dem Inkrafttreten des vorliegenden Gesetzentwurfs außer Kraft treten würden.

Der Landwirtschaftsausschuss folgte einstimmig dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen in der Vorlage 11. Ebenfalls einstimmig angenommen wurde der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen in der Vorlage 12.

Aufgrund einer Nachfrage eines Abgeordneten der Fraktion der AfD wurde dargelegt, dass es aus der Sicht des zuständigen Ministeriums nicht erforderlich sei, ein Verschlechterungsgebot in das Gesetz einzufügen.

Mündlich wurde von der Fraktion DIE LINKE in dieser Sitzung beantragt, in § 1 die Angabe „31. Dezember 2020“ durch die Angabe „31. Dezember 2021“ zu ersetzen. Der Landwirtschaftsausschuss beschloss diesen mündlich gestellten Änderungsantrag ebenfalls einstimmig.

Im Ergebnis der Beratung erarbeitete der federführende Landwirtschaftsausschuss eine vorläufige Beschlussempfehlung für die mitberatenden Ausschüsse für Inneres und Sport, für Recht, Verfassung und Gleichstellung sowie für Finanzen, die mit 10 : 2 : 0 Stimmen beschlossen und als Vorlage 13 verteilt wurde.

In dieser vorläufigen Beschlussempfehlung wurde der mitberatende Ausschuss für Inneres und Sport gebeten, in § 2 Abs. 3 konkret zu formulieren, für welche Anlagen und Flächen die Gemeinden und Verbandsgemeinden die ordnungsgemäße Unterhaltung, für die Einnahmen und vorhandene Rücklagen der aufgelösten Personenzusammenschlüsse verwendet werden müssen, sicherzustellen hätten. Dieses Ansinnen an den Innenausschuss hat der Landwirtschaftsausschuss einstimmig beschlossen.

In der 96. Sitzung am 30. September 2020 hat sich der mitberatende Ausschuss für Finanzen mit diesem Gesetzentwurf befasst und eine Beschlussempfehlung an den Landwirtschaftsausschuss in der Vorlage 15 erarbeitet. Darin schloss sich der Finanzausschuss einstimmig der vorläufigen Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten an.

Die Beratung des Gesetzentwurfs sowie der vorläufigen Beschlussempfehlung wurde im mitberatenden Ausschuss für Inneres und Sport in der 51. Sitzung am 1. Oktober 2020 durchgeführt. Auch dieser mitberatende Ausschuss empfahl einstimmig die Annahme des Gesetzentwurfs in der Fassung der vorläufigen Beschlussempfehlung. Diese Beschlussempfehlung wurde als Vorlage 16 verteilt.

Im mitberatenden Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung fand die Erarbeitung der Beschlussempfehlung in der 45. Sitzung am 2. Oktober 2020 statt. Mit 7 : 3 : 0 Stimmen schloss sich der Rechtsausschuss ebenfalls der vorläufigen Beschlussempfehlung des federführenden Landwirtschaftsausschusses an. Die Beschlussempfehlung liegt in der Vorlage 17 vor.

Am 21. Oktober 2020 fand die abschließende Beratung des Gesetzentwurfs im federführenden Landwirtschaftsausschuss zur Erarbeitung einer Beschlussempfehlung an den Landtag statt. Als Beratungsgrundlage diente die vorläufige Beschlussempfehlung in der Vorlage 13.

Außerdem lagen die zuvor erwähnten Beschlussempfehlungen der mitberatenden Ausschüsse für Inneres und Sport, für Recht, Verfassung und Gleichstellung sowie für Finanzen vor. Änderungsanträge gab es nicht.

Im Ergebnis der Beratung hat der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten eine Beschlussempfehlung an den Landtag erarbeitet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Landwirtschaftsausschuss verabschiedete mit 9 : 0 : 3 Stimmen die Ihnen in der Drs. 7/6754 vorliegende Beschlussempfehlung.

Ich bedanke mich bei allen Ausschussmitgliedern für die konstruktive Zusammenarbeit, insbesondere aber auch für die Kompromissbereitschaft der Koalitionsfraktionen.

Im Namen des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bitte ich um Zustimmung zu dieser Beschlussempfehlung. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich danke Herrn Barth für die Berichterstattung zur Beschlussempfehlung. Eine Debatte der Fraktionen ist nicht vorgesehen. - Für die AfD-Fraktion hat aber der Abg. Herr Loth Redebedarf angemeldet. Herr Loth, Sie haben das Wort.

Hannes Loth (AfD):

Danke schön. - Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Borgwardt, wie ich mitbekommen habe, wurde im Ältestenrat vereinbart, den Tagesordnungspunkt ohne Debatte zu behandeln. Ich kann mich aber an das - -

(Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

- Herr Striegel, waren Sie im Ausschuss oder nicht? - Ich war nicht da, habe mich aber informiert. Dort haben wir uns beraten, dass wir dazu vielleicht eine Aussprache mit einer Redezeit von fünf Minuten je Fraktion wollten. Leider war es mein erster Urlaub in vier Jahren, weshalb ich nicht da war. Das tut mir sehr leid. Das werde ich im nächsten Jahr nicht mehr machen.

Ich habe mir überlegt, dass ich doch noch etwas sagen möchte, und zwar möchte ich das Verhalten erklären, dass meine Fraktion heute bei der Abstimmung an den Tag legen wird. Wir werden nämlich entgegen meiner Meinung bei der ersten Lesung des Gesetzentwurfes leider nicht mehr zustimmen können.

Diejenigen, die sich damit beschäftigt haben, haben vielleicht mitbekommen, dass ich damals sagte, wir finden es gut, wir finden es richtig und wichtig, es sollte schnell gemacht werden. Allerdings war es die Meinung damals, hauptsächlich von Verwaltungsbeamten, die ich befragt hatte. Mittlerweile haben sich einige Landwirte und Betroffene von diesem Gesetz gemeldet, Leute, bei denen diese Personengesellschaften alten Rechts funktionieren. Im Gegensatz zur landläufigen Meinung, es würde nicht funktionieren, gibt es auch welche, die funktionieren.

(Zuruf: Die betrifft das Gesetz doch gar nicht! - Siegfried Borgwardt, CDU: Ja! - Zuruf von Silke Schindler, SPD - Weitere Zurufe)

Auch diese haben natürlich Bedenken.

(Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Diese Bedenken bestehen darin, dass durch die Veröffentlichung im Bundesanzeiger ganz viele vielleicht nicht mitbekommen, dass ihr Stück Land, das sie vor Jahren vielleicht einmal geerbt haben, jetzt doch noch an die Gemeinde übergeben wird.

(Guido Heuer, CDU: Stimmt doch gar nicht!)

- Natürlich.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Nein! - Weitere Zurufe: Nein!)

Mit der Veröffentlichung im Bundesanzeiger ist das Gesetz gültig und die Personengesellschaften alten Rechts werden am 31. Dezember 2021 aufgelöst. Damit entgeht das - -

(Zurufe)

- Wenn man sich dann nicht meldet, dann kommt das unter die Verwaltung der Gemeinden, komplett.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Wenn man sich nicht meldet!)

- Richtig, und ich sagte ja, man kann sich nur melden, wenn man es weiß, Herr Striegel. Wenn ich Ihnen das Butterbrot aus dem Kühlschrank klaue, dann wissen Sie genau, es ist weg, aber Sie wissen nicht, wer es war. Ich bin der Meinung, dass es nicht reicht, wenn die Leute einfach nur unter „ferner liefern“ informiert werden.

Wie schon beim Gesetz zum Grünen Band habe ich angemerkt, bitte versucht zu eruieren, woher die Leute kommen, versucht herauszufinden, welche Leute noch Kontakt haben.

(Unruhe)

Viele wackeln natürlich mit dem Kopf, aus dem einfachen Grund, dass vielleicht vergessen wurde, dass die gesamten Akten aus der DDR irgendwo im Harz in einem Archiv gelagert sind, worin man es noch nachvollziehen kann, wer - -

(Zuruf)

- Doch, ich habe es gesehen, Herr Borchert. Ich habe mir ein paar Akten angeschaut. Ich war mit Leuten dort und habe mir ein paar Akten herausgeholt, in denen genau steht, wem diese Dinge gehören, wovon man heute nicht mehr weiß, was es ist. Deswegen wollte ich einfach nur für Klarheit sorgen und sagen, wir müssen das Gesetz

heute leider ablehnen, weil wir im weiteren Erkenntnisprozess gesehen haben, dass ein Übergang an die Gemeinden erfolgt und möglicherweise die Chance besteht, dass nicht alle Eigentümer mitbekommen, was damit passiert. Das war alles. - Danke schön.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Loth, es gibt zwei Wortmeldungen. Sind Sie bereit zu antworten? - Herr Heuer, Sie haben jetzt das Wort.

Guido Heuer (CDU):

Danke, Herr Präsident. - Herr Loth, ganz ehrlich - -

(Zuruf von Siegfried Borgwardt, CDU - Hannes Loth, AfD: Deswegen! Ich war nicht da!)

- Herr Loth, ich stelle jetzt eine Frage. Ich stelle jetzt hier die Frage, also antwortest du mir, Kollege.

Also, erst einmal: Alteigentümer sind geschützt. Bestehende Verbände bleiben auch bestehen.

(Hannes Loth, AfD: Ja!)

Das ist klar.

Sie wissen, was die CDU-Fraktion ursprünglich wollte, und das wollten Sie ursprünglich nicht. Das war ein Realverbandsgesetz, um es einmal klar und deutlich zu sagen. Das, was hier gemacht worden ist, ist ein sehr guter Kompromiss. Darum steht „müssen“ darin. Die Koalition hat einen sehr guten Kompromiss gefunden. Dem haben Sie zugestimmt, aber fünf Minuten vor dem Hosenkopf kommen Sie mit diesem Unsinn daher. Sie sollten sich damit vorher beschäftigen und sich überlegen, wen Sie in den Ausschuss als Vertretung setzen.

(Lebhafter Beifall - Zurufe)

Das kann doch wohl nicht wahr sein. Jetzt platzt mir langsam der Kragen.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Loth, Sie können jetzt antworten.

Hannes Loth (AfD):

Lieber Kollege Heuer, ich habe Ihnen doch gerade erklärt, wie es dazu gekommen ist. Ich habe Ihnen gesagt, ich habe damals zugestimmt.

(Guido Heuer, CDU: Das hätten Sie doch viel eher machen können! Drei Jahre Zeit!)

Ich habe gesagt, dass ich damals zugestimmt habe, wenn Sie zugehört haben. Ich war auch sehr erstaunt darüber, dass dieses Gesetz heute,

in dieser Sondersitzung, mit behandelt wird. Ich war auch verwundert darüber, dass wir uns zu dieser Fünfminutendebatte heute nicht geäußert haben, Herr Heuer.

Ich habe mich selbst kritisiert, Herr Heuer, wenn Sie genau zugehört haben. Ich habe gesagt, dass ich mich neu, besser und anders informiert habe. Ich habe gesagt, für mich sind noch weitere Fragen offen, Herr Heuer. Das tut mir sehr leid. Ich habe mich dafür entschuldigt, dass ich bei der letzten Ausschusssitzung nicht da war.

(Guido Heuer, CDU: Drei Jahre Zeit! - Unruhe)

Das tut mir alles leid, aber das ist ein Punkt, an dem ich sage, vielleicht hätte darüber noch einmal im Ausschuss beraten werden sollen. Wir hätten es heute noch nicht behandeln müssen. Hätten wir es vielleicht in der nächsten Sitzung, in einer regulären Sitzung, behandelt, dann sähe die Sache auch anders aus, aber heute Abend geht es leider so nicht.

(Guido Heuer, CDU: Was hätte das geändert?)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Heuer, Sie haben Ihre Frage gestellt.

(Hannes Loth, AfD: Wir hätten noch einmal miteinander reden können, Guido!)

- Herr Loth, einen Moment, bitte.

(Unruhe)

Frau Schindler hat sich noch zu Wort gemeldet.

(Hannes Loth, AfD: Wir hätten noch einmal miteinander reden können!)

- Herr Loth, die Frage ist beantwortet. - Frau Schindler, Sie haben das Wort.

(Unruhe)

Silke Schindler (SPD):

Herr Präsident! Herr Loth, dass sich die Grundstückseigentümer jetzt zu Wort melden, ist verwunderlich. Diese gesetzliche Regelung mit dem Übergang, Einigungsvertrag, Sie wissen - es ist auch vom Berichterstatter dargestellt worden -, wie die gesetzliche Regelung zustande gekommen ist. Seit 30 Jahren werden diese Grundstücke vor Ort von den Gemeinden verwaltet.

(Guido Heuer, CDU: Richtig!)

30 Jahre lang hatten die Grundstückseigentümer dafür Zeit, den Nachweis zu führen, dass sie Eigentümer sind, so klar, wie Sie es gerade dargestellt haben. Meinen Sie, dass 30 Jahre nicht genügend Zeit sind?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Loth, Sie haben das Wort.

Hannes Loth (AfD):

Sie haben wohl recht, 30 Jahre sind eine lange Zeit. Man hatte lange Zeit, um sich darauf vorzubereiten. Man hat auch gewusst, dass irgendwann etwas kommt. Viele Leute haben auch ganz klar gesagt, es interessiert mich nicht, was mit meinem Grundstück ist, nehmt es doch, diese 3 m, was interessiert es mich. Völlig richtig. Es gibt aber trotzdem unter denen, die es nicht wissen, neue Erben, bei denen man es nachvollziehen kann, dass sie es geerbt haben usw. Es ist ein Prozess. Ich wollte nicht, dass wir das Gesetz kippen.

(Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE - Weitere Zurufe)

Ich wollte einfach nur, dass wir überlegen, ob wir noch einmal recherchieren, ob alle Grundstücke, die betroffen sind, auch wirklich betroffen sind. Mehr ist es doch gar nicht, Frau Schindler.

(Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE - Weitere Zurufe)

- Mehr ist es doch gar nicht, Frau Schindler. Oder?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Loth, es gibt noch eine dritte Wortmeldung, eine von Herrn Borgwardt. - Als Abgeordneter? - Ja. Herr Borgwardt, Sie haben das Wort.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Herr Präsident, herzlichen Dank. - Meine Fachkollegen haben einen Versuch unternommen, der es vielleicht wert ist, dass die Mitglieder der Fraktion, der Sie angehören, mit zuhören. Sie haben dargestellt und es ist Ihnen unbenommen, dass Sie nicht im Ausschuss waren. Besser wäre es wahrscheinlich gewesen, Sie wären dort gewesen.

(Zustimmung - Hannes Loth, AfD: Sage ich ja!)

Sie können das doch für sich entscheiden. Aber so, wie Sie es in Ihrem Redebeitrag dargestellt haben, nehmen Sie Ihre Fraktion durch Ihr Unwissen in Mithaftung. Das war genau der Punkt, den die Kollegen, die eben geredet haben, abwenden wollten. Also, vielleicht kann man auch einmal nachdenken, wenn man es selbst nicht weiß. Seit 30 Jahren sind das die Gründe. Sie können es doch gern ablehnen, aber Sie nehmen Ihre Kollegen in Mithaftung. Es geht um eine klare fachliche Geschichte. Die muss doch eindeutig sein.

(Zurufe)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Loth, Sie haben noch einmal das Wort.

Hannes Loth (AfD):

Herr Borgwardt, Sie haben nicht unrecht.

(Zurufe)

Auch das habe ich doch gesagt. Es geht mir wirklich nur darum, dass man, bevor das Gesetz scharf geschaltet wird, bevor diese Personengesellschaften alten Rechts am 31. Dezember 2021 als aufgelöst gelten, noch einmal proaktiv loslegt

(Siegfried Borgwardt, CDU: Nein! - Zuruf von Cornelia Lüddemann, GRÜNE - Weitere Zurufe)

und versucht herauszufinden: Ist es wirklich nötig, dass das Eigentum in das Gemeindeeigentum überführt wird? Mehr ist es doch gar nicht, Herr Borgwardt. Das ist mein Wunsch. Vielleicht kann ihn jemand im Landesverwaltungsamt oder woanders nachvollziehen. Mehr ist es gar nicht, Herr Borgwardt.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Okay!)

Ist das nachvollziehbar? - Danke schön.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Gut. Herr Loth, weitere Fragen sehe ich nicht.

(Hannes Loth, AfD: Wir wollten es uns überlegen!)

Dann kommen wir zum Abstimmungsverfahren. Wenn es keinen Widerspruch dagegen gibt, dann schlage ich vor, über das Gesetz in seiner Gesamtheit unter Einbeziehung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in der Drs. 7/6754 in der vorliegenden Fassung abzustimmen. Wer für das Gesetz stimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Regierungskoalition, die Fraktion DIE LINKE und ein fraktionsloser Abgeordneter. Wer stimmt dagegen? - Das ist die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? - Ich sehe keine. Damit ist das Gesetz beschlossen worden. Der Tagesordnungspunkt 3 ist erledigt.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 4

Beratung

Erster Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Linksextremismus in Sachsen-Anhalt“

Bericht Enquete-Kommission „Linksextremismus in Sachsen-Anhalt“ - Drs. 7/6669

Berichterstatter ist der Abg. Herr Kohl. Herr Kohl, Sie haben das Wort.

Hagen Kohl (Berichterstatter):

Vielen Dank, Herr Vizepräsident. - Sehr geehrte Damen und Herren! Der Landtag hat in der 31. Sitzung am 24. August 2017 den Beschluss gefasst, eine Enquete-Kommission „Linksextremismus in Sachsen-Anhalt. Analyse, Sensibilisierung und Prävention zur Stärkung und Wahrung des Rechtsstaates in der Auseinandersetzung mit der linken Szene“ einzusetzen. Im Beschluss wird unter Punkt 1 ein erster Zwischenbericht für den 1. Dezember 2018 gefordert und dann jährlich ein Zwischenbericht am 1. Dezember.

Die Enquete-Kommission hat sich am 23. Mai 2018 konstituiert und im Jahr 2018 zwei weitere Sitzungen durchgeführt. Zu dieser Zeit war der Abg. Herr Poggenburg Vorsitzender.

In der Sitzung am 26. September 2018 führte die Kommission Gespräche mit Vertretern des Landesverfassungsschutzes und des Polizeilichen Staatsschutzes zu den Schwerpunkten I und III des Beschlusses.

In der 3. Sitzung am 10. Dezember 2018 haben die Mitglieder über den Ersten Zwischenbericht beraten und ihn mit 8 : 3 : 1 Stimmen angenommen. Die AfD-Fraktion brachte ein Minderheiten-votum ein, welches dem Bericht als Anlage beigefügt wurde. In der Enquete-Kommission entbrannte die Diskussion, ob die AfD-Fraktion in ihrem Votum Zusammenhänge herstellen könnte, die in den Sitzungen der Kommission nicht angesprochen wurden. Außerdem wurden die Erkenntnisquellen vermisst. Die Vorschriften des Datenschutzes wurden missachtet.

In zwei weiteren Sitzungen, am 26. Februar 2020 und am 9. September 2020, wurde über die Diskussionspunkte beraten. In der Drs. 7/6669 liegt Ihnen nun der erste Zwischenbericht für den Berichtszeitraum im Jahr 2018 vor. Ich bitte um die Zustimmung des Hohen Hauses und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. - Mehr gibt es nicht zu sagen.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich Herrn Kohl für die Berichterstattung. - In der Debatte ist eine Redezeit von drei Minuten je Fraktion vorgesehen. Die Landesregierung hat Redeverzicht angekündigt. Für die SPD-Fraktion spricht der Abg. Herr Dr. Grube. - Herr Dr. Grube, Sie haben das Wort.

Dr. Falko Grube (SPD):

Herr Präsident! Hohes Haus! Wir debattieren heute über den Ersten Zwischenbericht der Enquete-

Kommission „Linksextremismus in Sachsen-Anhalt“ für den Berichtszeitraum vom 23. Mai 2018 bis zum 10. Dezember 2018. In diesem Zeitraum ging es vor allem um den Themenschwerpunkt I - Existierende Strukturen in Sachsen-Anhalt - und um den Themenschwerpunkt III - Aktivitäten und Straftaten. Hauptquellen waren der Verfassungsschutz und der Polizeiliche Staatsschutz. Im Ergebnis lassen sich folgende Fakten zusammenfassen:

Zu den Strukturen. Der Verfassungsschutz geht davon aus, dass in Sachsen-Anhalt ungefähr 250 Personen dem gewaltorientierten Linksextremismus zuzurechnen sind. Schwerpunkte der Szene sind Magdeburg, Halle und Burg. Die Szene nutzt dabei landesweit ungefähr zehn bis zwölf Gebäude bzw. Einrichtungen.

Sie ist über die Landesgrenzen hinaus auch miteinander vernetzt. Aufgrund der räumlichen Nähe von Halle und Leipzig bestehen gute Kommunikationskanäle zwischen beiden Städten. Das Gleiche gilt für Verbindungen zwischen Burg, Berlin und Hamburg. Die Strukturen in der linksextremistischen Szene ändern sich ständig. Das erklärt den Wechsel in den beobachteten Gruppen im Verfassungsschutzbericht.

Ein Thema in der Enquete-Kommission waren die Ausschreitungen beim G-20-Gipfel in Hamburg. Dabei ließen sich nur wenige Berührungspunkte zu Sachsen-Anhalt feststellen. Trotzdem haben die Verfassungsschutzbehörden bundesweit daraus entsprechende Lehren gezogen. Sie haben vereinbart, hierbei in der Zukunft ein offensiveres Vorgehen an den Tag zu legen und entsprechende Ereignisse langfristig vor- und nachzubereiten.

Der Verfassungsschutz hat sehr deutlich gemacht, dass im Landtag vertretene Abgeordnete keinerlei Verbindung zur linksextremen Szene haben. Wir haben nicht nur in der Enquete-Kommission festgestellt, dass sich die AfD davon nicht in ihrer Weltsicht stören lässt, aber die Fakten sprechen für sich.

Zu den Straftaten. Bei den Fallzahlen im Bereich des Linksextremismus für das Jahr 2017 bis zum Stichtag 30. Juni 2018 ließ sich eine sinkende Tendenz im Vergleich zum vergangenen Jahr ausmachen. Eine Zuordnung der Straftaten erfolgt dann, wenn Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die Tat einer linken Gruppierung zuordenbar ist. Dabei ist deutlich, dass vor allen Dingen Großereignisse wie in Hamburg zu einer erhöhten Fallzahl führen. Linksextreme Gewalt ist danach zu meist anlassbezogen.

Im Bereich der politisch motivierten Kriminalität ist die Zahl der Straftaten mit linkem Hintergrund in Sachsen-Anhalt im Jahr 2017 angestiegen. Im Jahr 2016 lag sie noch bei 281 Straftaten, im

Jahr 2017 hingegen bei 398. Im ersten Halbjahr des Jahres 2018 lag die Zahl bei 231. Damit ist die Zahl, die im Jahr 2017 erfasst wurde, die höchste seit dem Beginn der Erfassung dieser Straftaten.

Im Gegensatz zur Erhöhung der Fallzahlen ist die Zahl der Gewalttaten allerdings rückläufig gewesen. Im Jahr 2014 betrug deren Zahl 72, im Jahr 2015 58, im Jahr 2016 52, im Jahr 2017 41 und im Jahr 2018 14.

Mit Blick auf die bislang vorgetragenen Fakten stellt die Enquete-Kommission fest, dass die zuständigen Behörden, insbesondere der Verfassungsschutz und der Polizeiliche Staatsschutz, ihrem gesetzlichen Auftrag entsprechend in der Lage sind, den Bedrohungen für Demokratie und Rechtsstaat durch linksextremistische Akteure wirksam zu begegnen. Den Versuch, demokratische Akteurinnen und Akteure pauschal als linksextrem zu diffamieren, weist die Enquete-Kommission zurück. Und das ist gut so.

(Zustimmung)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Fragen sehe ich nicht. Dann danke ich Herrn Dr. Grube für den Redebeitrag. - Für die Fraktion DIE LINKE hat jetzt die Abg. Frau Quade das Wort. Bitte.

Henriette Quade (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Ich finde, die Platzierung des Zwischenberichts in der heutigen Tagesordnung passt eigentlich ganz gut. Sie zeigt, wie wenig die politische Agenda der AfD mit der Realität im Land zu tun hat. Corona soll eine Lüge sein, Linksextremismus das beherrschende Problem.

(Beifall)

Das zeigt die Prioritätensetzung der AfD,

(Zuruf)

das zeigt, welcher Logik sie folgt, und das zeigt, was tatsächlich gefährlich ist. Natürlich ist es auch in sich konsequent; denn in den Augen der AfD ist sogar diese Landesregierung linksextrem.

(Unruhe)

Zur Enquete-Kommission. Niemand, wirklich niemand außer der AfD, brauchte diese Enquete-Kommission. Das war bei ihrer Einsetzung so und das ist heute so. Die Enquete-Kommission ist die Fortsetzung einer Diffamierungskampagne gegen alle, die der AfD nicht folgen.

(Zustimmung - Zuruf)

Sie ist Teil der Ablenkung von sich selbst und sie sollte ein Bedrohungsszenario für all jene sein, die

die Verankerung der AfD in der extremen Rechten benennen, die für die offene und plurale Gesellschaft stehen und die sich klar gegen die völkisch-rassistische Ideologie der AfD positionieren.

(Zurufe - Unruhe)

Um Erkenntnisse, um Erhellung, um Untersuchung ging es dabei nie, zu keinem Zeitpunkt. Es ging immer nur um eine Sache: die eigenen Botschaften zu senden und den Diskurs zu verschieben.

(Unruhe)

Dass dieser Diskurs in den vergangenen Jahren tatsächlich verschoben wurde - nicht nur, aber auch mit dieser Enquete-Kommission - und dass es tatsächlich zu Bedrohungsszenarien für Träger, deren Gründungszweck und deren Auftrag explizit die Arbeit gegen die extreme Rechte ist, ist das eigentliche Problem. Dass dieser Diskurs verschoben wurde, meine Damen und Herren, hat nichts damit zu tun, dass ich hier stehe und für meine Fraktion „Danke, Antifa!“ sage und damit vermeintlich das eine Extrem befeuert. Es hat ausschließlich etwas damit zu tun, dass Teile dieser Landesregierung sich von dieser AfD treiben lassen

(Beifall - Zurufe)

und dass diese Landesregierung vor lauter Hufeisenwerfen ihre eigentlichen Aufgaben nicht einmal ansatzweise bewältigt.

(Zuruf)

Dass die AfD nicht nur auf den Applaus, sondern auch auf die Stimmen der CDU setzen konnte, als sie diese Enquete-Kommission initiiert hat,

(Zuruf)

ist der eigentliche und der einzige Skandal, den diese Kommission hervorgebracht hat.

(Zuruf)

Auch und gerade die Jahre seit der Einsetzung dieser Kommission haben mir gezeigt, wo die realen Probleme Sachsens-Anhalts liegen und dass die AfD der parlamentarische Arm des rechten Terrors ist.

(Lachen - Zurufe)

Dafür, dass sie ihm ideologisch verbunden ist, gibt es zahlreiche Beispiele. Das jüngste dürfte wahrscheinlich die Aufstellung des Antisemiten Frank Pasemann für den Bundestag sein. Von dieser Partei, meine Damen und Herren, sollte sich wirklich niemand etwas von Demokratie erzählen lassen und von dem, was sie bedroht. Sie ist die Bedrohung für die Demokratie.

(Zurufe)

Das ist das, was zu dieser Enquete-Kommission zu sagen ist.

(Beifall - Unruhe)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich Frau Quade für den Redebeitrag. - Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht jetzt der Abg. Herr Striegel. Herr Striegel, Sie haben das Wort.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer die Demokratie hintertreibt, Menschenrechte mit Füßen tritt, wer den Rechtsstaat zerstören will und das friedliche Zusammenleben aller Menschen in diesem Land unmöglich machen will,

(Zuruf)

dem sagen wir GRÜNE nicht nur „Stopp!“, dem treten wir aktiv entgegen und werden ihn an seinem Tun hindern. Ganz egal, was seine Motivation ist, ganz egal, hinter welcher politischen Theologie er sich zu verstecken sucht, ganz egal, mit welchem Terror er uns bedroht: Wir verteidigen die Demokratie gegen alle, die sie abschaffen wollen.

(Lachen)

Die von Rechtsextremen eingesetzte Enquete-Kommission „Linksextremismus in Sachsen-Anhalt“ ist kein geeignetes Instrument, um die Demokratie zu verteidigen.

(Zustimmung - Zuruf)

Diese Enquete-Kommission hat keine neuen Erkenntnisse gebracht. Um diese Erkenntnisse geht es der AfD auch nicht. Die AfD verfolgt mit dieser Enquete-Kommission das Ziel, Zivilgesellschaft zu formatieren. Alle, die im begrenzten Weltbild dieser rechtsextremen Partei keinen Platz haben, werden diffamiert und sollen aus dem politischen Diskurs gedrängt werden.

(Zurufe - Unruhe)

Die Vorwürfe, die Sie gegen Mitglieder von Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden erheben, sind infam. Sie behaupten Linksextremismus, wo keiner ist. Wer sich mit den Vorträgen, Artikeln und Interviews des von Ihnen in Ihrem dahingeschlunderten Bericht diffamierten Vertreters des Vereins Miteinander beschäftigt, der findet darin eben keinerlei demokratiefeindliche Inhalte. Keine! Sie behaupten Kontaktschuld; Sie bauen einen Popanz auf.

(Unruhe)

Indem Sie Ihre kundigen Kritiker zu Extremisten zu stempeln versuchen und in die Nähe von Ge-

walttätern rücken, versuchen Sie Ihr Braunhemd politisch in eine weiße Weste einzutauschen.

(Zurufe: Oh!)

Ja, die Demokratie wird in diesem Land bedroht. Sie wird bedroht von Terroristen,

(Zurufe)

die auf der Grundlage der Verschwörungsideologie eines vermeintlichen großen Austausches Menschen töten, eine Ideologie, die auch in der AfD gedeiht und transportiert wird. Sie wird bedroht von einer rechtsextremen Partei, die ihre politischen Erfolge darauf bauen will, dass es unserem Land schlecht geht, dass es Deutschland schlecht geht.

Die Demokratie wird bedroht, wo, wie in Wien gestern Abend, ein islamistischer Attentäter Menschen ermordet,

(Unruhe)

wo ein Lehrer, wie in Paris, starb, weil er von einem Islamisten hingerichtet wurde, der Meinungsfreiheit nicht akzeptieren konnte.

Dass in Sachsen-Anhalt die Gefahr durch Linksextremismus größer sei als die durch Rechtsextremismus oder Islamismus, ist eine bewusste Verdrehung der Tatsachen. - Herr Olenicak, Sie müssten das wissen. Sie müssten es wirklich wissen.

Ja, sogar schwere Gewaltstraftaten bis hin zu zwei versuchten Tötungsdelikten sind in der polizeilichen Kriminalstatistik in den vergangenen Jahren in diesem Phänomenbereich registriert worden. Diesen Delikten treten unsere Behörden mit aller notwendigen Konsequenz entgegen. Defizite in der Strafverfolgung sind dabei nicht zu erkennen.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren! Wir leben in einer Zeit, in der die Demokratie oft für selbstverständlich gehalten wird. Doch wir sind an einem Punkt in der Geschichte angelangt, an dem wir vor einer zentralen Aufgabe stehen. Wir müssen verhindern, dass die Demokratie von innen zerstört wird, dass sie zerstört wird von rechtsextremen Parteien wie der AfD, die versucht, aus den deutschen Parlamenten heraus demokratische Strukturen zu zerschlagen.

(Unruhe)

Die Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird sich dem entschieden entgegenstellen. Wir werden uns fortwährend und mit aller Kraft für die Demokratie in Sachsen-Anhalt einsetzen. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung - Zurufe)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Fragen sehe ich nicht. Dann danke ich Herrn Striegel für den Redebeitrag. - Für die CDU-Fraktion spricht der Abg. Herr Krause. Herr Krause, Sie haben das Wort.

Dietmar Krause (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Enquete-Kommission „Linksextremismus in Sachsen-Anhalt“ hat mit dem Beschluss des Landtages vom 24. August 2017 den Auftrag erhalten, unter Einbeziehung von Sachverständigen Handlungsempfehlungen für den Landtag zu erarbeiten, die als Grundlage für eine erfolgreiche Bekämpfung von Linksextremismus in Sachsen-Anhalt dienen soll.

Der Entwurf des Zwischenberichts der Koalitionsfraktionen für den Zeitraum vom Mai bis zum Dezember 2018 lag bereits in der Sitzung der Enquete-Kommission am 10. Dezember 2018 vor. Wir haben in unseren Berichtsentwurf die wesentliche Beratung insbesondere mit dem Verfassungsschutz und dem Staatsschutz zusammengefasst.

Ergebnis ist: Die Anzahl der Linksextremisten ist in den vergangenen Jahren auf einem konstanten Niveau geblieben. Zudem stellt die Enquete-Kommission fest, dass die zuständigen Behörden, insbesondere der Verfassungsschutz und der Polizeiliche Staatsschutz, ihrem gesetzlichen Auftrag entsprechend in der Lage sind, den Bedrohungen für Demokratie und Rechtsstaat durch linksextremistische Akteure wirksam zu begegnen.

Es entspricht auch der Meinung der CDU-Fraktion, dass weder links noch rechts oder religiös motivierter Extremismus in unserem Land eine Chance haben darf.

(Beifall)

Die Details können dem Bericht entnommen werden. Der Entwurf der Kenia-Koalition wurde mit 8 : 2 : 1 Stimmen beschlossen.

Darüber, warum der Bericht seit knapp zwei Jahren nicht im Landtag behandelt worden ist, hat der Kollege Herr Dr. Grube im Oktober 2020 während der Aktuellen Debatte zu diesem Thema ausführlich gesprochen.

(Zuruf)

Das Minderheitsvotum der AfD-Fraktion, das Bestandteil des Berichtes ist, enthält Klarnamen und behandelt Themen, die nicht Beratungsinhalt und Gegenstand der Diskussionen in der Enquete-Kommission gewesen sind. Der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst sieht diese Vorgehensweise sehr skeptisch. Die Zustimmung zu dem Bericht

wurde gegeben mit der Bitte, das Minderheitsvotum an die empfohlenen rechtlichen Standards anzupassen. Das ist nicht erfolgt. Dennoch hat der Ausschussvorsitzende den Zwischenbericht auf die Tagesordnung für die heutige Sitzung des Landtages gesetzt. Vertrauensvolle Parlamentsarbeit sieht anders aus.

Wir als CDU-Fraktion haben weiterhin Zweifel daran, dass die inhaltliche Darstellung der abweichenden Stellungnahme der AfD-Fraktion rechtmäßig ist. Diesem Punkt werden wir in dem Abschlussbericht Rechnung tragen, bevor wir eine Abstimmung darüber durchführen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Krause, es gibt eine Wortmeldung von Herrn Kohl. - Herr Kohl, Sie haben das Wort.

(Zuruf)

Hagen Kohl (AfD):

Ich glaube, ich muss zwei Dinge richtigstellen, Herr Krause. Ich meine, ich habe nicht die Wirkkraft, allein Dinge auf die Tagesordnung zu setzen. Das macht, glaube ich, noch immer der Ältestenrat. Und das, was wir zu dem Zwischenbericht vorgelegt haben, haben wir alles ganz klar in der Enquete-Kommission abgestimmt, und genau so wurde es umgesetzt. Ich verstehe Ihre Vorwürfe nicht.

(Beifall)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Krause, Sie haben die Möglichkeit zu antworten.

Dietmar Krause (CDU):

Herr Kohl, es ist nun einmal so, dass das heute auf der Tagesordnung gestanden hat.

(Lachen bei der AfD - Zuruf: Es ist schon spät! - Weitere Zurufe)

- Es ist irgendwie - - Ich weiß nicht.

(Unruhe)

Sie haben natürlich das Recht, das mit auf die Tagesordnung zu setzen, deshalb ist das heute mit drauf.

(Zuruf: Was?)

Ich habe meine Meinung dazu gesagt - fertig. Punkt.

(Beifall - Zuruf: Hä? - Lachen - Weitere Zurufe)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine weiteren Fragen, Herr Krause. Dann danke ich Ihnen für den Redebeitrag. - Für die AfD-Fraktion spricht der Abg. Herr Roi.

(Zustimmung)

Herr Roi, Sie haben das Wort.

Daniel Roi (AfD):

Herr Präsident! Hohes Haus! Der ehemalige Staatschef Frankreichs Jacques Chirac hat einmal gesagt: Es ist die Aufgabe der Opposition, die Regierung abzuschminken, während die Vorstellung läuft.

(Zuruf)

Meine Damen und Herren! Genau das hat die AfD mit Ihnen gemacht.

(Unruhe)

Die einzige Ergänzung, die man bei dem Thema Linksextremismus noch bringen muss, ist, dass die Linkspartei mittlerweile zur Regierungskoalition gehört und innerhalb dieses Kartells die Regierung in allem unterstützt, wenn es darum geht, zu vertuschen, zu täuschen und zu verharmlosen. Das ist jetzt bestätigt worden.

(Zustimmung)

Zu Ihrem Boykott des Zwischenberichts hat Herr Dr. Grube beim letzten Mal übrigens nicht geredet, Herr Krause, sondern er hat über Rechts-Extremismus geredet. Darüber haben wir in der letzten Sitzung schon eine Debatte geführt, in der es niemand von Ihnen geschafft hat, überhaupt ans Mikro zu kommen, außer Herr Grube, aber der faselte dann am Thema vorbei.

(Zustimmung)

Allein die Tatsache, dass die Linkspartei bei dieser Frage so fest an Ihrer Seite steht, an der Seite der Regierungskoalition, müsste doch eigentlich so manchen Konservativen in der CDU zum Nachdenken bewegen. Aber, wie man sieht, das juckt Sie alles nicht - nicht einmal die Tatsache, dass die Linkspartei auf ihrem Parteitag per Beschluss - das steht in unserem Sondervotum - den Schulterschuss zur Interventionistischen Linken besiegelt hat oder dass Frau Quade Autorin in der Zeitschrift der Roten Hilfe ist.

(Zurufe)

All das führt nicht zum Umdenken bei Ihnen. Nein, Sie geben sogar noch einen gemeinsamen Bericht - das muss man sich einmal vorstellen - mit der LINKEN zusammen ab und haben nicht einmal eine eigene Meinung. Herr Krause, viel haben Sie in den zwei Jahren nicht gesagt.

(Zustimmung)

Meine Damen und Herren! Durch die Arbeit der Enquete-Kommission „Linksextremismus“ wissen wir nun Details über die Aktivitäten der Interventionistischen Linken in Sachsen-Anhalt, zum Beispiel bei den Bildungswochen gegen Rassismus in Halle in den Jahren 2017 und 2018.

Genau diese IL wird seit Jahren auf der Bundesebene durch das Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet. Die Bildungswochen gegen Rassismus wurden übrigens auch seitens der Landeszentrale für politische Bildung gefördert - das war auch mehrfach Thema im Plenum - und auch durch die Bundesinitiative „Demokratie leben“. All das hat die AfD aufgedeckt, wer das alles fördert. Doch es interessiert Sie nicht, mit wem Sie dabei Seite an Seite zusammenarbeiten und wer aus der Regierung all das unterschreibt.

Dann kommen wir noch zu den Verstrickungen von Miteinander e. V. zu Linksextremisten, die wir mit Quellen offengelegt haben. Ich habe bisher noch keine inhaltliche Würdigung von Ihnen vernommen.

(Zuruf)

- Auch von Ihnen, Herr Striegel, nicht; das ist mir klar. Sie waren selbst in dem Verein tätig.

(Zurufe)

Die einzige Antwort, die Sie alle haben, ist, dem Verein noch mehr Geld zu geben. Im aktuellen Haushalt haben Sie das noch einmal aufgestockt. Das ist Ihre Antwort darauf.

(Zurufe)

Unsere dargelegten Erkenntnisse beweisen, dass der von Ihnen mit Millionen geförderte Verein Miteinander e. V. nicht nur Marschkolonnen der Linken ist, wie es Herr Stahlknecht einmal gesagt hat,

(Zurufe)

sondern fester und ständiger Begleiter von Linksextremisten, ja sogar Stichwortgeber.

Sie wollen eben nicht - deswegen haben Sie den Bericht auch blockiert -, dass herauskommt, dass Herr Begrich bei „30 Jahre Antifa in Ostdeutschland“ auf dem Podium saß. Sie wollen nicht, dass herauskommt, dass er Autor der linksextremen Zeitschrift „AK“ ist.

(Zurufe)

Und Sie wollen nicht, dass herauskommt, dass Herr Begrich bei der Gruppe „Prisma“ in Leipzig auftrat, die sich ebenso selbst zur Interventionistischen Linken zählt. All das wollen Sie nicht, Herr Striegel. Im Gegenteil: Sie wollen all diese Leute und deren Netzwerke nutzen, um sie gegen die AfD einzusetzen,

(Lachen)

weil Sie eben nicht in der Lage sind, uns mit Sachpolitik zu entzaubern, wie Sie es immer gesagt haben,

(Beifall)

oder uns irgendetwas entgegenzuhalten, während Sie mit Ihrer Politik das Land an die Wand fahren. Deshalb Ihre ganze Show, die Sie über 19 Monate hinweg hier geboten haben. Doch wir haben Sie abgeschminkt. Aber keine Sorge, die Vorstellung ist noch lange nicht vorbei. Verlassen Sie sich darauf: Wir werden weiterhin dafür sorgen, dass die Bürger erfahren, wen Sie mit Steuergeldern fördern und was Sie alles in diesem Land zulassen. Darauf können Sie sich verlassen, dafür sorgt die AfD. - Vielen Dank.

(Beifall)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Fragen sehe ich nicht. Dann danke ich Herrn Roi für den Redebeitrag. - Der Landtag nimmt den Ersten Zwischenbericht der Enquete-Kommission zur Kenntnis. Damit ist der Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

Schlussbemerkungen

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind damit am Ende der Sitzung des Landtages angelangt. Damit schließe ich die Sitzung und berufe den Landtag zu seiner 55. Sitzungsperiode für den 19. und 20. November 2020 ein. - Vielen Dank.

Schluss der Sitzung: 20:07 Uhr.